



Statistisches Landesamt

RHEINLAND-PFALZ

01 | 2006

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

Haushalte und Familien heute
Studierende im Wintersemester 2005/06



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Touristik im Nassauer Land e.V. – Nassau

Auch wenn sich die Familienstrukturen verändert haben, leben immer noch gut 80% der minderjährigen Kinder in einer Familie mit zwei verheirateten Elternteilen.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	3
Haushalte und Familien heute – kleiner und zunehmend kinderlos	10
Erstmals mehr als 100 000 Studierende im laufenden Wintersemester 2005/06	21
Stichwort: Volkszählung – Registergestützter Zensus	28
Daten zur Konjunktur	33
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	55
Neuerscheinungen	65

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Alte Gruben leisten wertvollen Beitrag zur Abfallentsorgung

Verwertung leicht rückläufig

Abbaustätten von Bodenschätzen leisten einen wichtigen Beitrag zur Abfallentsorgung und können damit gleichzeitig rekultiviert werden. Vor allem Bodenaushub wird in 142 ehemaligen Gruben, in denen beispielsweise Ton, Bims und Basalt abgebaut wurden, zum Verfüllen eingesetzt. Im Jahr 2004 wurden gut 4,2 Mill. t Abfälle dafür verwendet, 10% weniger als im Jahr zuvor. Der rückläufige Trend der Baukonjunktur schlägt sich damit auch in diesem Bereich nieder, da mit gut 4 Mill. t (95%) die Ablagerung von Bodenaushub (Boden und Steine) weiterhin eindeutig dominierend ist. Die übrigen Abfallarten sind dagegen nur von geringer Bedeutung.

Damit leistet die Rekultivierung von Abbaustätten einen erheblichen Beitrag zur Entlastung öffentlicher Deponien, auf denen im Jahr 2004 lediglich 240 000 t Bodenaushub abgelagert wurden.

Aufgrund der geologischen Gegebenheiten liegt der regionale Schwerpunkt der Rekultivierungsmaßnahmen in den an Bodenschätzen reichen Gebieten des nördlichen Rheinland-Pfalz. Auf den Westerwaldkreis sowie die Landkreise Neuwied und Mayen-Koblenz entfiel etwa ein Drittel der verfüllten Abbaustätten, in die rund die Hälfte der verwerteten Abfälle eingebaut wurden.

Die Daten stammen aus der jährlichen Erhebung über die Verwertung von Abfällen in überträgigen Abbaustätten.

2005: Industrie hat bis September zweimal über 6 Mrd. Euro Monatsumsatz eingefahren

4,3% Umsatzplus in den ersten drei Quartalen

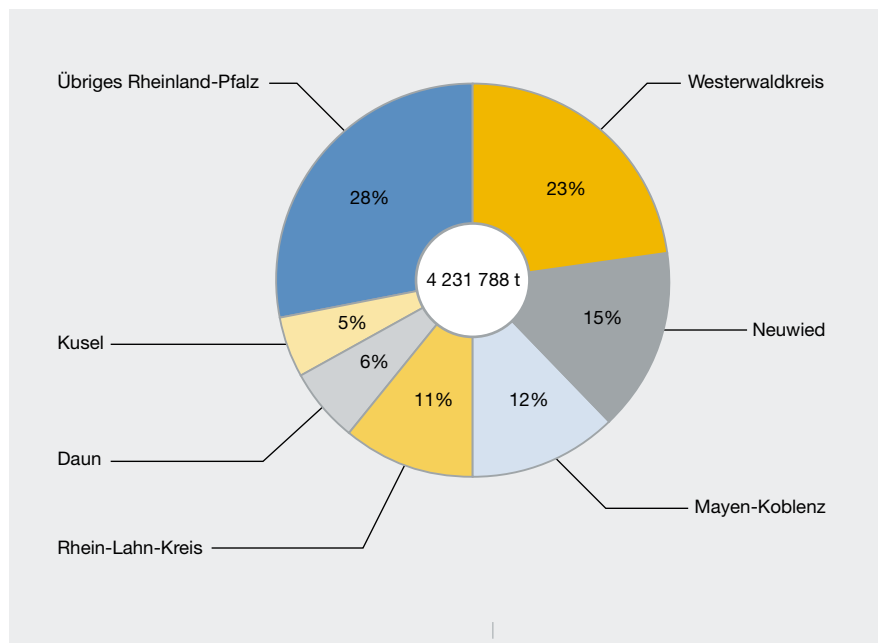
Die rheinland-pfälzische Industrie verzeichnete im September 2005 zum zweiten Mal im Jahr 2005 mehr als 6 Mrd. Euro Umsatz. Die Erlöse lagen mit 6,1 Mrd. Euro um 4,7% höher als im September des Vorjahres. Hiervon entfielen etwas mehr als 2,9 Mrd. Euro auf den Auslandsumsatz, was einer Exportquote im verarbeitenden Gewerbe von 48,4% entspricht – die bisher höchste Quote im Jahr 2005.

Im September 2005 lag die Zahl der Beschäftigten bei 275 016, das waren rund 7 400 bzw. 2,6% weniger als vor einem Jahr.

Dank guter Inlands- und Auslands-geschäfte konnte der Fahrzeugbau gegenüber September 2004 seinen Gesamtumsatz um 13,6% steigern. Der Maschinenbau meldete ebenfalls ein kräftiges Umsatzplus von 11,7% gegenüber dem Vorjahresmonat. Bei den Umsätzen zulegen konnten auch die Metallbranche mit +8,4% sowie die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren mit +8,3% gegenüber September 2004.

Von Januar bis September 2005 hat die rheinland-pfälzische Industrie 51,1 Mrd. Euro umgesetzt, das waren 4,3% mehr als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Die Auslandsumsätze konnten um 9,2% auf 24,4 Mrd. Euro gesteigert werden,

Abfallverwertung in überträgigen Abbaustätten 2004 nach ausgewählten Kreisen

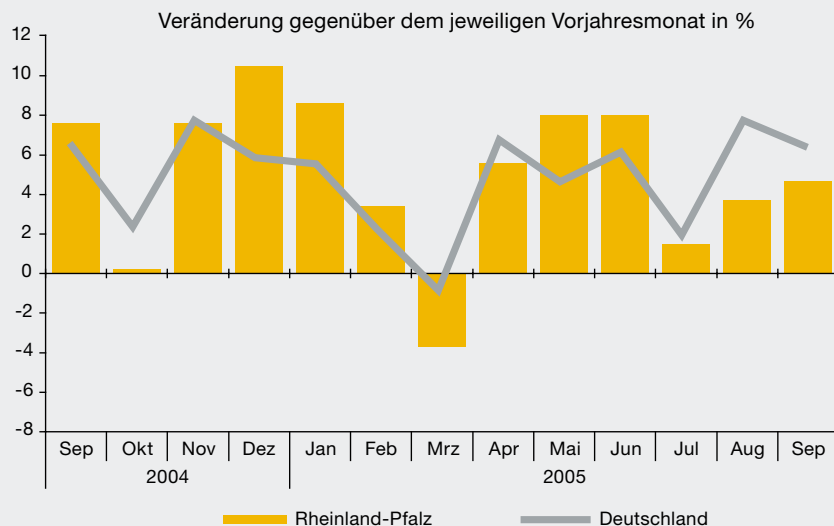


bei den Umsätzen im Inland gab es einen leichten Zuwachs von 0,2% auf 26,7 Mrd. Euro.

Bundesweit hat das verarbeitende Gewerbe im September 6,3% mehr umgesetzt als im gleichen Vorjahresmonat. Die Zahl der Beschäftigten lag um 1,5% niedriger als im September 2004.

Die Daten stammen aus dem Monatsbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, zu dem die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten regelmäßig melden. Befragt werden rund 2 110 Betriebe.

Umsätze im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland von September 2004 bis September 2005



Geplante Bauproduktion in den ersten drei Quartalen des Jahres 2005 – unterschiedliche Entwicklung im Wohn- und Nichtwohnbau

Wohnungsbau: Deutlich niedriger als im Vorjahr

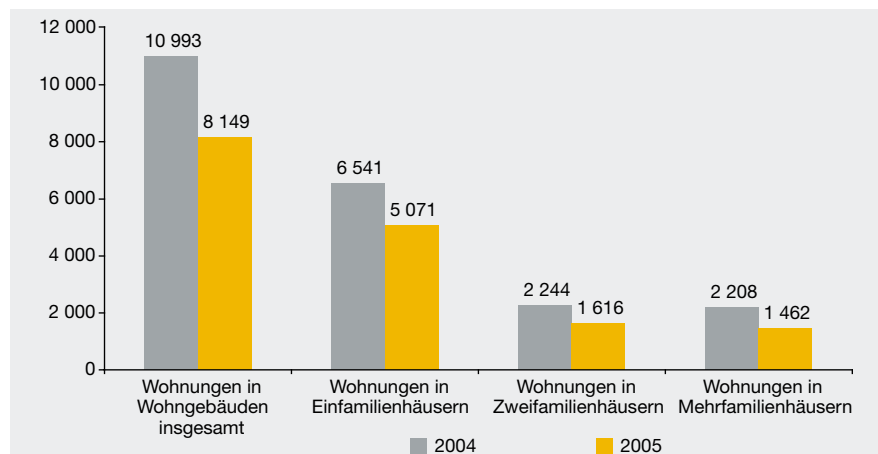
Den Neubau von 6 124 Wohngebäuden genehmigten die Bauaufsichtsbehörden in Rheinland-Pfalz von Januar bis einschließlich September 2005. Das waren fast 24% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (8 037). Für neu zu errichtende Einfamilienhäuser wurden 5 071 Bauanträge positiv beschieden, 22,5% weniger als im Vorjahr (6 541). Noch deutlicher war der Nachfragerückgang im Zwei- und im Mehrfamilienhausbau. Für diese Gebäudearten wurden bis Ende September dieses Jahres 808 bzw. 245 Baufreigaben erteilt, ein Rückgang von 28 bzw. 34,5% gegenüber den ersten drei Quartalen 2004. In den bis einschließlich September 2005 geplanten neuen Wohn-

häusern befinden sich insgesamt 8 149 Wohnungen, das ist gut ein Viertel weniger als die Planungen der Bauherren im gleichen Vorjahreszeitraum vorgesehen hatten (10 993).

Aus dem Rückgang der erteilten Bau-

genehmigungen folgt eine deutlich geringere Bauproduktion. Die geplante Wohnfläche von knapp 1,07 Mill. m² liegt um rund 25% unter dem vergleichbaren Vorjahreswert, die Neubauinvestitionen verringern sich ebenfalls um 25% von rund 1,77 Mrd. auf 1,33 Mrd. Euro.

Genehmigte Wohnungen in Wohngebäuden (Neubauten) in den ersten drei Quartalen 2004 und 2005 nach Gebäudearten



Der Rückgang der erteilten Baugenehmigungen war im Bundesgebiet in den ersten neun Monaten des Jahres 2005 weniger ausgeprägt als in Rheinland-Pfalz. In Deutschland verringerte sich die Zahl der Baufreigaben für Wohngebäude von 126 189 um rund 18% auf 103 214, die der zu errichtenden Wohneinheiten ging um knapp 16% von rund 183 000 auf gut 154 000 zurück. Entsprechend moderater fällt auch der Rückgang bei den kalkulierten Wohnungsbauinvestitionen von rund 17% auf 22,3 Mrd. Euro aus.

Es bleibt abzuwarten, ob der zum 1. Januar 2006 nun definitiv vollzogene Wegfall der Eigenheimzulage im vierten Quartal 2005 die Wohnungsbaunachfrage für 2005 noch nachhaltig beeinflussen wird. Da die Diskussion um Einschnitte bei der Eigenheimförderung schon seit einigen Jahren anhält, haben viele Bauwillige ihre Pläne bereits vorgezogen.

Nichtwohnbau: Auf Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden genehmigten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2005 die Errichtung von 1 105 neuen Nichtwohngebäuden. Das waren gut 7% weniger Bauanträge als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (1 192). Trotz dieses zahlenmäßigen Rückgangs blieb die geplante Bauproduktion nahezu auf dem gleichen Stand. Das vorgesehene Bauvolumen liegt unverändert bei rund 5,9 Mill. m³ Rauminhalt, die in den neuen Gebäu-

Baugenehmigungen für neue Wohngebäude in den ersten drei Quartalen 2004 und 2005 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Wohngebäude			Wohnungen		
	Januar-September		Veränderung	Januar-September		Veränderung
	2004	2005		2004	2005	
	Anzahl		%	Anzahl		%
Frankenthal (Pfalz), St.	34	29	-15	37	61	65
Kaiserslautern, St.	189	119	-37	272	140	-49
Koblenz, St.	116	102	-12	202	203	0
Landau i. d. Pfalz, St.	43	56	30	79	86	9
Ludwigshafen a. Rh., St.	121	109	-10	160	130	-19
Mainz, St.	146	164	12	596	310	-48
Neustadt a. d. Weinstr., St.	48	34	-29	62	62	-
Pirmasens, St.	36	22	-39	38	24	-37
Speyer, St.	126	55	-56	144	90	-38
Trier, St.	80	97	21	235	299	27
Worms, St.	74	85	15	103	100	-3
Zweibrücken, St.	18	28	56	21	33	57
Ahrweiler	245	155	-37	339	210	-38
Altenkirchen (Ww.)	305	213	-30	375	234	-38
Alzey-Worms	261	217	-17	354	272	-23
Bad Dürkheim	246	212	-14	355	286	-19
Bad Kreuznach	301	196	-35	398	248	-38
Bernkastel-Wittlich	230	181	-21	281	215	-23
Birkenfeld	146	90	-38	174	104	-40
Bitburg-Prüm	303	242	-20	362	320	-12
Cochern-Zell	177	113	-36	248	132	-47
Daun	160	109	-32	186	130	-30
Donnersbergkreis	163	110	-33	195	126	-35
Germersheim	214	226	6	284	330	16
Kaiserslautern	376	267	-29	471	355	-25
Kusel	205	140	-32	252	159	-37
Mainz-Bingen	495	365	-26	635	464	-27
Mayen-Koblenz	500	437	-13	681	586	-14
Neuwied	389	235	-40	489	298	-39
Rhein-Hunsrück-Kreis	285	241	-15	380	310	-18
Rhein-Lahn-Kreis	220	128	-42	277	160	-42
Rhein-Pfalz-Kreis	328	301	-8	473	383	-19
Südliche Weinstraße	230	177	-23	324	231	-29
Südwestpfalz	246	136	-45	287	172	-40
Trier-Saarburg	426	333	-22	536	409	-24
Westerwaldkreis	555	400	-28	688	477	-31
Rheinland-Pfalz	8 037	6 124	-24	10 993	8 149	-26
kreisfreie Städte	1 031	900	-13	1 949	1 538	-21
Landkreise	7 006	5 224	-25	9 044	6 611	-27

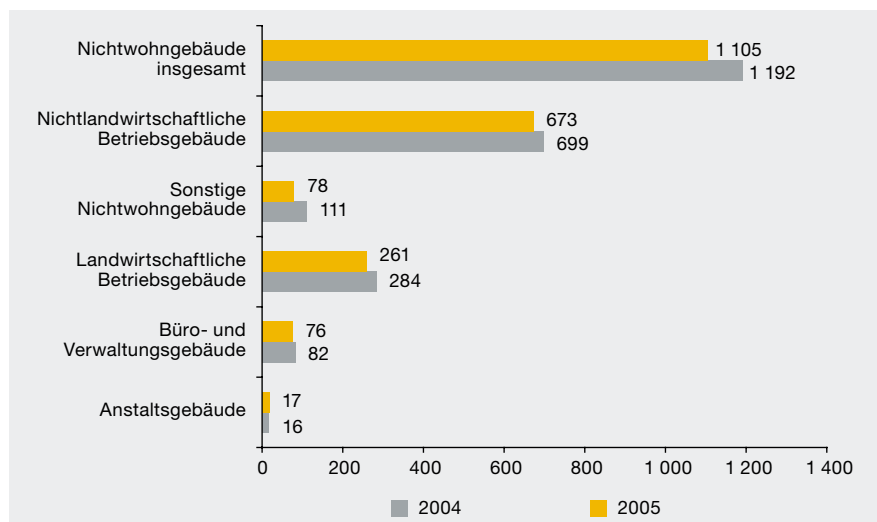
den vorgesehene Nutzfläche steigt um gut 2% von 857 000 auf rund 876 000 m². Gegenüber den ersten drei Quartalen des Jahres 2004 erhöht sich das Volumen der geplanten Investitionen geringfügig von 606 Mill. auf 610 Mill. Euro.

Die meisten Baugenehmigungen wurden für den Bau von nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (673) erteilt, darunter befanden sich 377 Handels- und Lagergebäude sowie 161 Fabrik- und Werkstattgebäude. Es folgten landwirtschaftliche Betriebsgebäude (261) sowie Büro- und Verwaltungsgebäude (76).

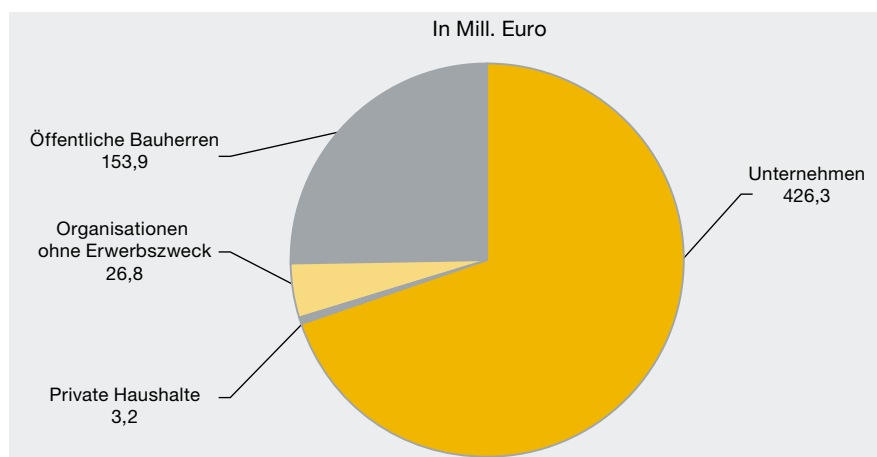
Größte Bauherrengruppe im Nichtwohnbau sind die Unternehmen. Auf sie entfielen in den ersten drei Quartalen 2005 insgesamt 917 Bauanträge mit einem geplanten Investitionsvolumen von rund 426 Mill. Euro (70%). Die öffentliche Hand war mit 107 Bauanträgen für neue Nichtwohnbauten und einem Gesamtvolumen von fast 154 Mill. Euro (25%) der zweitgrößte Investor, gefolgt von den Organisationen ohne Erwerbszweck (26,8 Mill. Euro). Investitionen privater Haushalte im Nichtwohnbau spielten nur eine untergeordnete Rolle (3,2 Mill. Euro).

Wie in Rheinland-Pfalz gab es auch bundesweit in den ersten drei Quartalen weniger Baugenehmigungen für Nichtwohnbäude. So sank die Zahl der genehmigten Bauanträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 21 545 um 5,2% auf 20 401. Die geplante Bauproduktion blieb hingegen ebenfalls stabil. Die Produktions-

Baugenehmigungen im Nichtwohnbau (Neubau) in den ersten drei Quartalen 2004 und 2005 nach Gebäudearten



Veranschlagte Baukosten genehmigter Nichtwohnbauten (Neubauten) in den ersten drei Quartalen 2005 nach Bauherren



planungen liegen beim Rauminhalt nahezu unverändert bei 121 Mill. m³, die zu schaffende Nutzfläche beträgt rund 18,5 Mill. m² (-1,4%). Die kalkulierten Baukosten in Höhe von knapp 13 Mrd. Euro liegen um gut 6% unter dem Wert der Vorjahresperiode (13,8 Mill. Euro). Bei gleich bleibenden Produktionsziffern ist dies im Nichtwohnbau – im Gegensatz zum Wohnungsbau – kein Widerspruch,

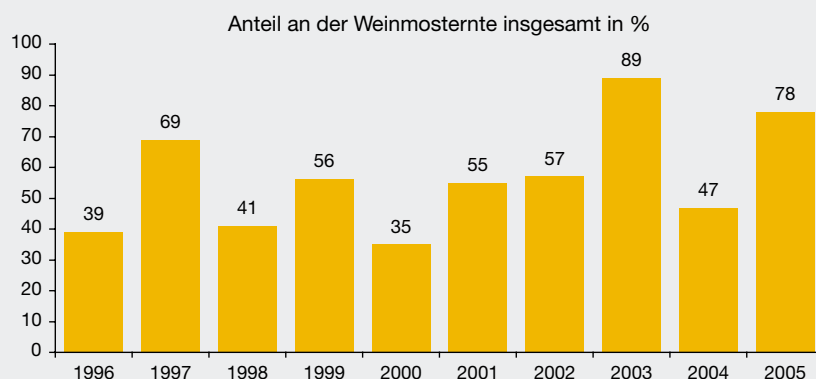
da Nichtwohngebäude je nach späterem Verwendungszweck in Hinsicht auf Gestaltung, Bauweise und Ausstattung stärker unterschiedlichen Anforderungen genügen müssen, als dies im Wohnungsbau der Fall ist. Entscheidend für die Höhe der geplanten Investitionen ist daher neben dem Produktionsvolumen vor allem auch die Art der zu errichtenden Gebäude.

Zweitbestser Weinjahrgang der letzten zehn Jahre

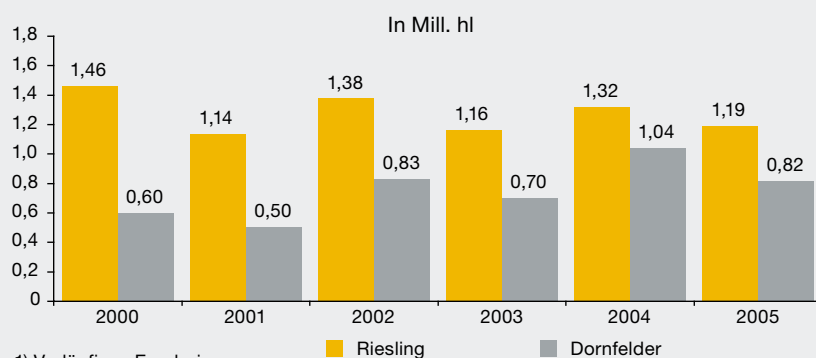
Die rheinland-pfälzischen Winzer können erneut auf einen qualitativ überdurchschnittlichen Weinjahrgang hoffen. Drei von vier Litern Weinmost (78%) aus der Lese dieses Jahres eignen sich für den Ausbau zu einem Qualitätswein mit Prädikat; im Vorjahr war es nur jeder zweite Liter (47%). Die Qualität des diesjährigen Erntegutes steht damit dem letzten „Jahrhundertjahrgang“ 2003 – dieser hatte einen fast 90-prozentigen Prädikatsweinanteil erreicht – nur wenig nach. Entsprechend gering ist in diesem Jahr der Anteil der Moste, die für normale Qualitätsweine (Q. b. A.) geeignet sind (22%); durchschnittlich macht diese Qualitätsstufe knapp die Hälfte der Erntemenge eines Jahrgangs aus. Einfache Weine des Jahrgangs 2005 dürften Mangelware bleiben, denn nur 0,1% der Mostmenge erfüllten nicht die Voraussetzungen für Qualitätsweine und werden der Kategorie „Tafelwein“ zugeordnet; in einem Durchschnittsjahr ist es etwa 1%.

Die Weinbauexperten des Statistischen Landesamtes korrigierten ihre ersten Aussagen zur voraussichtlichen Erntemenge nach unten. In der Endphase der Traubenreife drückte das überwiegend trockene und sonnige Herbstwetter, das zum Zeitpunkt der ersten Schätzungen so nicht vorhersehbar war, noch einmal auf die Hektarerträge. Knapp 6 Mill. hl werden abschließend erwartet, das sind 10% weniger als 2004. Der langjährige Durchschnitt (6,4 Mill. hl) wird damit deutlich unter-

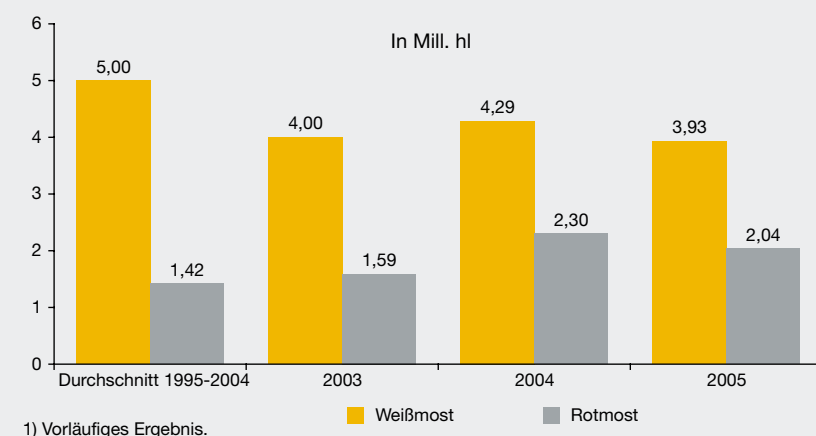
Für Qualitätswein mit Prädikat geeignete Erntemenge 1996–2005



Erntemengen von Riesling und Dornfelder 2000–2005¹⁾



Weinmosternte 2003, 2004 und 2005¹⁾



schritten. Es gibt einen Rückgang bei den Mosten sowohl für weiße Weine (3,9 Mill. hl; –8,5%) als auch für rote (2 Mill. hl; –11,5%).

Die Leitsorten Riesling (1,2 Mill. hl) und Dornfelder (820 000 hl) erbringen um 10 bzw. 21% niedrigere Erträge als im Vorjahr. Beide Rebsorten erreichen ein außergewöhnlich hohes Qualitätsniveau. Aufgrund ihrer hohen Mostgewichte liegen die Mostpartien überwiegend im Bereich der Qualitätsweine mit Prädikat, und zwar Riesling zu 90% (langjähriger Durchschnitt: 66%) und Dornfelder zu 71% (Durchschnitt: 23%). Besonders Dornfelderweine erzeugende Betriebe scheinen 2005 eine andere Anbau- und Qualitätsphilosophie verfolgt und – begünstigt durch das Wetter – auch erreicht zu haben: Wurden 2004 noch 146 hl je Hektar gekeltert, so waren es in diesem Jahr nur noch 108 hl je Hektar. Schon beim Rebschnitt wurden die Weichen vielfach in Richtung mehr Qualität und weniger Quantität gestellt.

Im Rahmen der Ernte- und Betriebsberichterstattung schätzen über 300 Weinbauexperten die voraussichtlichen Weinmosterträge (Ende August, Ende September, Anfang November). Aus der dritten Schätzung nach Abschluss der Weinlese wird Menge und Qualität der gewachsenen Ernte ermittelt. Damit ein Wein als Q. b. A oder Prädikatswein eingestuft wird, muss er ein Mindestmostgewicht erreichen, das in Abhängigkeit von Rebsorte und Anbaugebiet festgelegt ist. Als Q. b. A. wird ein Qualitätswein

eines bestimmten Anbaugebietes bezeichnet.

Geringe Einkommensspanne und agrarpolitische Maßnahmen lassen Rinderbestand schrumpfen

Leichte Erhöhung des Schweinebestandes

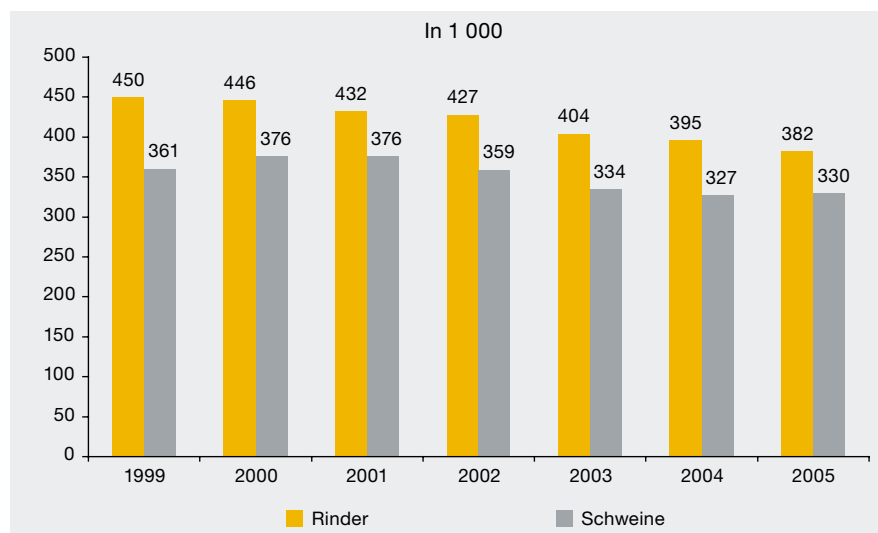
In den rheinland-pfälzischen Ställen standen im November 2005 knapp 330 000 Schweine. Damit hat nach den vorläufigen Ergebnissen der Bestand im Vergleich zum November 2004 um fast 1% zugenommen. Dagegen wurde der Rinderbestand um 3,4% auf rund 382 000 Tiere reduziert.

Ursache für die Ausdehnung der Schweineproduktion dürfte eine verbesserte Wirtschaftlichkeit aufgrund erzeugerfreundlicher Preise und niedriger Futterkosten sein. Trotz dieser guten Voraussetzungen gaben 9%

der Schweinehalter die Produktion auf; der Konzentrationsprozess setzt sich damit fort. Im November hielten noch 2 300 Betriebe Schweine.

Im Gegensatz zu den Schweinehaltern mussten die Milcherzeuger Preiseinbußen hinnehmen. Da die Milchproduktion kontingentiert ist und zugleich die Milchleistung der Kühe anstieg, nahm die Zahl der Milchkühe um 5,4% auf 117 900 Tiere ab. Die Zahl der Halter sank um über 10% auf 2 800. Die geringe Einkommensspanne und neue agrarpolitische Maßnahmen wie die Einführung flächen- statt tierbezogener Prämien dürften maßgebliche Ursachen für den weiteren Rückgang sein. Anfang November wurden nur noch 44 900 Ammen- und Mutterkühe (–4,7%) gezählt. Der aufgrund der neuen Agrarpolitik auch bei der Bullenhaltung (Schlachtvieh) erwartete Rückgang trat jedoch noch nicht ein. Der Bestand lag mit 45 200 Tieren gut 1% über dem Vorjahr.

Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände 1999–2005



Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal nahezu konstant

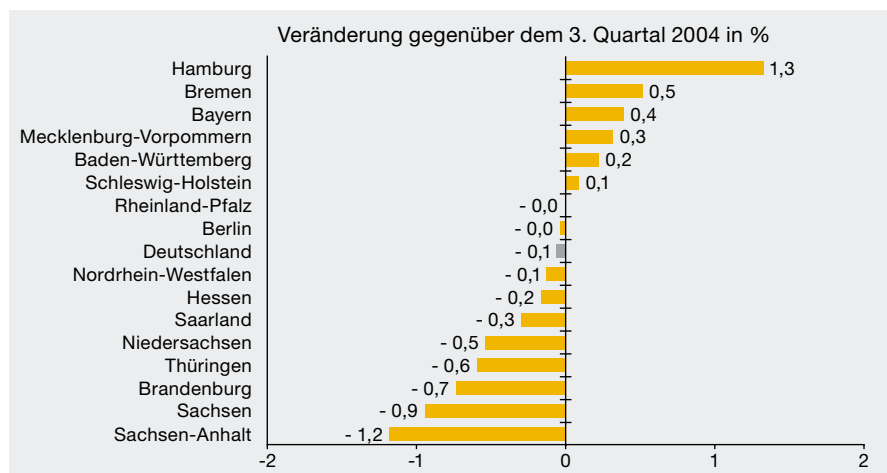
Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ hatten im dritten Quartal 2005 rund 1,789 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum blieb die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt somit nahezu unverändert. Positive Impulse kamen dabei aus den Dienstleistungsbe-
reichen, während die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe im Vorjahresvergleich wiederum sank.

Die Entwicklung im dritten Quartal 2005 verlief etwas günstiger als im zweiten Vierteljahr, als ein leichtes Minus von 2 300 Personen (–0,1%) gegenüber dem zweiten Quartal 2004 registriert wurde. In den ersten drei Monaten des Jahres 2005 hatte sich die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahreszeitraum dagegen deutlich um 7 200 Personen erhöht (+0,4%).

Im Bundesdurchschnitt hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal um 0,1% verringert, wobei die Entwicklung in den alten und neuen Ländern unterschiedlich verlief: Während in den alten Bundesländern (ohne Berlin) ein leichter Zuwachs um 0,1% gegenüber dem Vorjahresquartal registriert wurde, waren die Beschäftigtenzahlen in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) erneut rückläufig (–0,6%).

Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als durchschnittliche Größe aller Erwerbstätigen nach dem Inlands-

Erwerbstätige (am Arbeitsort) im 3. Quartal 2005

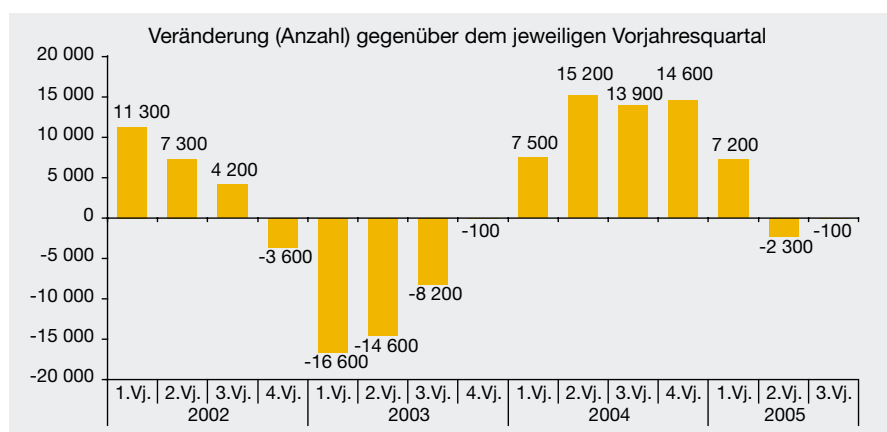


konzept (Arbeitsortkonzept). Erfasst werden alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendler in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte sowie Heimarbeiter und geringfügig Beschäftigte) oder als Selbstständige einschließlich deren mithelfenden

Familienangehörigen eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit.

Die Ergebnisse sind abgestimmt auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom 17. November 2005. Aktuelle Ergebnisse können auch auf der Internetseite des Arbeitskreises abgerufen werden: <http://www.statistik-hessen.de/erwerbstaetigenrechnung>.

Erwerbstätige (am Arbeitsort) in Rheinland-Pfalz 2002–2005



Haushalte und Familien heute – kleiner und zunehmend kinderlos



Von Romy Feldmann

Seit vielen Jahren ist in Deutschland eine zunehmende Individualisierung der Lebensformen zu beobachten. Dieser Wandel und die Alterung der Gesellschaft bringen veränderte Haushalts- und Familienstrukturen mit sich. Der Mikrozensus – eine repräsentative Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt – gibt Aufschluss über die Entwicklung der Zahl und der Zusammensetzung der Haushalte sowie der Familien. Zeigen sich hier schon die Veränderungen in unserer Gesellschaft? Untersucht wird der Zeitraum von 1991 bis 2004.

Mehr ältere
Menschen:
Jeder fünfte
Rheinland-
Pfälzer ist über
65 Jahre alt

Die heutigen Lebensformen¹⁾ sind nicht mehr fest vorgegeben und wechseln im Laufe der Biographie eines Menschen immer öfter. Zusätzlich zum Wandel der Lebensformen²⁾ steht die Gesellschaft vor dem Problem der demographischen Alterung. Seit 1991 ist die rheinland-pfälzische Bevölkerungszahl um 7,5% gestiegen. Dieses Bevölkerungswachstum ging aber einher mit einer gravierenden Verschiebung der Altersstruktur. Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren ist um 35% gestiegen. Dagegen erhöhte sich die Zahl der unter 18-Jährigen nur um 6,5%,

die der 18- bis 65-Jährigen blieb mit lediglich 1% Wachstum nahezu konstant.

Einer zunehmenden Zahl von älteren Menschen stehen also verhältnismäßig weniger Jüngere gegenüber. Bereits heute ist jeder fünfte Rheinland-Pfälzer über 65 Jahre alt.

Zahl der Haushalte steigt stark an

Ein Haushalt ist eine Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und wirtschaftet. Im März 2004 lebten in Rheinland-Pfalz 4 084 300 Menschen in 1 871 700 Privathaushalten. Seit 1991 ist die Zahl der Haushalte um 15,5% gestiegen – also doppelt so stark wie die Bevölkerung. Die durchschnittliche Haushaltsgröße sank deshalb von 2,4 auf 2,2 Personen. Damit sind die rheinland-pfälzischen Haushalte etwas größer als im Bundesdurchschnitt (2,1 Personen).

Der rheinland-
pfälzische
Durchschnitts-
haushalt
besteht aus
2,2 Personen

1) Der Begriff wird üblicherweise in einem soziologischen Sinn verwendet (Kleinfamilie, Single, Wohngemeinschaft als Lebensformen).

2) Zum Wandel der Lebensformen, Haushalte und Familien vgl. Peuckert, R.: Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden 2004; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familien im Spiegel der amtlichen Statistik. Berlin 2003; Schäfers, B.: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Stuttgart 2004.

Datenbasis

Der Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland.¹⁾ Seit 1957 wird 1% der Bevölkerung in Deutschland befragt; bundesweit waren im Jahr 2004 somit 370 000 Haushalte einbezogen, in denen 820 000 Personen lebten. In Rheinland-Pfalz waren etwa 18 000 Haushalte mit knapp 41 000 Personen in die Befragung einbezogen. Der Mikrozensus liefert Daten auf Haushalts-, Familien- und Individualebene und ist somit eine unverzichtbare Informationsquelle für Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft wie auch für die Wissenschaft.

Die Fragen des Mikrozensus gliedern sich in ein jährlich wiederkehrendes Grundprogramm und Zusatzprogramme. Zum jährlichen Grundprogramm gehören neben den Angaben zur Haushaltszusammensetzung auch Fragen zu Migration und Integration, zum Lebensunterhalt und Einkommen, zur Erwerbslosigkeit und Arbeitssuche, zur aktuellen und früheren Erwerbstätigkeit sowie zur Bildung. Die Zusatzprogramme wechseln jedes Jahr; ein Themengebiet kehrt nach vier Jahren wieder. Dadurch soll die Belastung für die Befragten, die durch die Erhebung des Mikrozensus entsteht, reduziert werden. Im Rahmen der vierjährigen Zusatzprogramme werden u. a. Angaben zum Berufs- und Ausbildungspendeln, zur Wohnsituation, zur Krankenversicherung sowie zur Gesundheit und Behinderteneigenschaft erhoben.

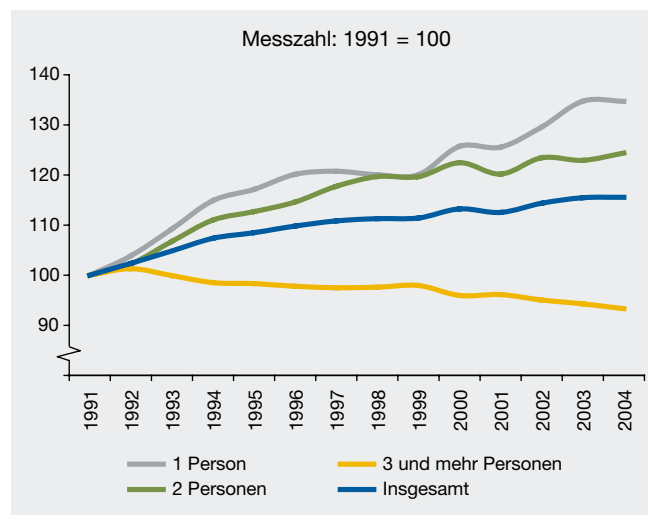
1) Zum Mikrozensus ab 2005 siehe Ickler, G.: Mikrozensus 2005, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 12/2004, S. 507–514.

Zahl der Haushalte mit drei und mehr Personen sinkt

Die abnehmende Haushaltsgroße ist einerseits Ausdruck der zunehmenden Zahl von Ein- und Zweipersonenhaushalten (ihr Anteil hat sich um 5 bzw. 2 Prozentpunkte erhöht), andererseits gibt es weniger Haushalte mit drei und mehr Personen (ihre Zahl ist um 7% gesunken). Insgesamt gliedern sich die Privathaushalte in Rheinland-Pfalz heute zu je etwa einem Drittel in Haushalte mit einer

S 1

Haushalte 1991–2004 nach der Haushaltsgröße



Person, zwei Personen bzw. drei und mehr Personen. Im Vergleich mit Deutschland gibt es in Rheinland-Pfalz anteilig weniger Haushalte mit nur einer Person und einen höheren Anteil von Haushalten mit drei und mehr Personen. Dabei spielt die vorwiegend ländliche Struktur in Rheinland-Pfalz eine wichtige Rolle. Einpersonenhaushalte sind vor allem in Großstädten häufig anzutreffen. Rheinland-Pfalz hat mit Koblenz, Ludwigshafen, Mainz und Trier lediglich vier Großstädte, in denen mehr als 100 000 Menschen leben. Zusammen wohnten in den vier Städten mit 556 600 Einwohnern nur knapp 14% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung.

Anteil großer Haushalte in Rheinland-Pfalz höher als im Bundesdurchschnitt

Rheinland-Pfälzer wohnen zunehmend in kleinen Haushalten

Betrachtet man die Gesamtzahl der in den Haushalten lebenden Menschen, so zeigt sich, dass nur noch gut die Hälfte (53%) aller Rheinland-Pfälzer in Haushalten mit drei

und mehr Personen wohnt. 1991 waren es noch 61%. Der Anteil der in Ein- und Zweipersonenhaushalten Lebenden hat sich dementsprechend um 8 Prozentpunkte auf 47% erhöht.

Einpersonen-
haushalte
haben sich
zum häufigsten
Haushaltstyp
entwickelt

Seit 1991 haben die Einpersonenhaushalte mit +35% den stärksten Zuwachs zu verzeichnen. Ihre Zahl stieg von 490 100 auf 660 200. Lebten 1991 erst 13% der Rheinland-Pfälzer allein, so waren es 2004 bereits 16%, also fast jeder Sechste. Im gesamten Bundesgebiet lag der Anteil der allein Lebenden mit 18% sogar noch höher.

Bei den allein lebenden Menschen handelt es sich um eine recht heterogene Gruppe von Personen mit sehr verschiedenen Lebenssituationen. Viele Faktoren tragen dazu bei, dass Menschen allein leben. So ermöglichen es Transfereinkommen vielfach, einen eigenen Haushalt zu führen. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen führt zu eigenem Erwerbseinkommen und damit zu mehr Selbständigkeit. Ein weiterer Grund dafür, dass Menschen häufiger allein leben, ist die Zunahme der Ehescheidungen.

Allein zu leben ist eine Frage des Alters und des Geschlechts

Noch immer ist das Alleinleben unter den älteren Menschen am weitesten verbreitet. Aber es leben auch immer mehr junge Menschen allein. Diese Entwicklung vollzieht sich je nach Geschlecht und Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe sehr unterschiedlich. Insgesamt leben Frauen zu einem deutlich höheren Anteil allein als Männer. Knapp 58% der allein Lebenden sind Frauen, 42% sind Männer. Für die verschiedenen Lebensaltersstufen zeigen sich erhebliche Unterschiede in den Strukturen. So sind nur ein Drittel aller allein lebenden Frauen, aber zwei Drittel der allein lebenden Männer unter 55 Jahre alt.

Frauen leben
häufiger allein
als Männer

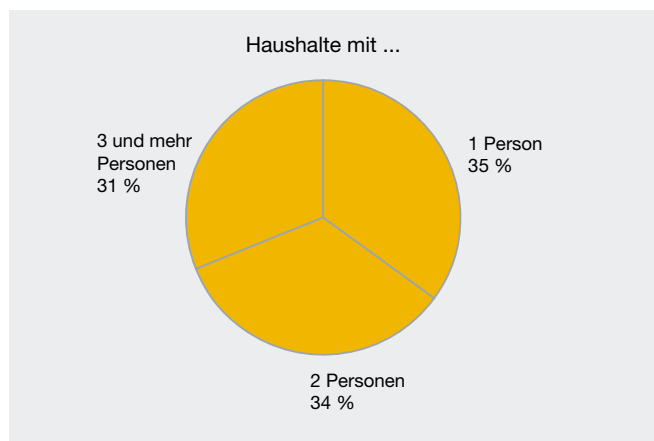
Um diese Strukturunterschiede genauer zu beleuchten, wurden die allein Lebenden in zwölf Altersgruppen untergliedert. Die unterste Altersgruppe umfasst die allein Lebenden zwischen 20 und 25 Jahren, die oberste Altersgruppe bilden die 75-Jährigen und Älteren.

In der untersten Altersklasse, den 20- bis 25-Jährigen, lebt jede fünfte Frau, hingegen nur jeder sechste Mann allein. Hieran wird deutlich, dass die jungen Frauen früher das Elternhaushalt verlassen als die jungen Männer. Im Alter zwischen 25 und 50 Jahren sind dann jedoch mehr Männer als Frauen in Einpersonenhaushalten vertreten. In der Altersgruppe der 50- bis 55-Jährigen leben mit je 13% genauso viele Männer wie Frauen allein. In den älteren Jahrgängen wohnen dann wieder wesentlich mehr Frauen als Männer in Einpersonenhaushalten.

Nur im mittleren
Lebensabschnitt
leben Männer
häufiger allein
als Frauen

S 2

Haushalte 2004
nach der Haushaltsgröße



Frauen in der Familienphase leben selten allein – Anteil der allein lebenden Männer steigt

Bei den Frauen spiegelt sich in den Zahlen der allein Lebenden deutlich die Familienphase wider. Während im Alter zwischen 20 und 30 Jahren 20% der Frauen allein leben, erreicht dieser Anteil im Alter zwischen 30 und 50 Jahren Tiefstwerte und beläuft sich auf nur 10%. Das liegt vor allem daran, dass Frauen, die Kinder haben, in der Regel mit ihren Kindern zusammenleben, und dies zu- meist auch nach der Trennung von einem (Ehe-)Partner. Aber auch hier ist ein Wandel zu verzeichnen: Im Jahr 1991 lebten nur 6% der Frauen dieser Altersklasse allein.

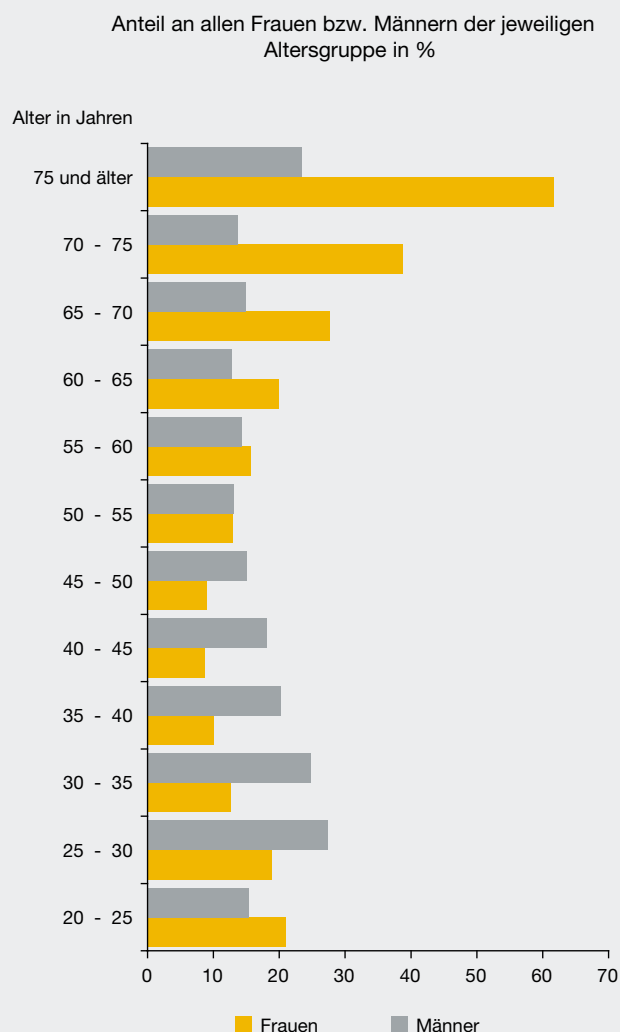
Frauen in hohem Alter leben häufig allein – Verwittungsrisiko höher als bei Männern

Ab 50 Jahren steigt der Anteil der allein lebenden Frauen wieder deutlich an. Weit überdurchschnittliche Werte werden ab einem Alter von 65 Jahren erreicht und Höchstwerte bei den Frauen ab 75 Jahren. In dieser Altersgruppe leben drei von fünf Frauen allein. Hier spielt die höhere Lebenserwartung der Frauen sowie der Altersunterschied von Paaren eine besondere Rolle. Frauen sind meist jünger als ihre Partner, das Verwittungsrisiko ist für Frauen somit bedeutend höher.

Der Anteil der allein Lebenden nimmt bei den älteren Frauen aber ab, und zwar vor allem aufgrund der Sterbefälle von Kriegswitwen. Am auffälligsten ist die durch die Generation der Kriegswitwen bedingte Veränderung bei der Gruppe der 70- bis 75-jährigen Frauen. Im Vergleich zu 1991, als es in dieser Altersgruppe Kriegswitwen gab, hat der Anteil der allein Lebenden im Jahr 2004 unter den jetzt 70- bis 75-jährigen Frauen, die in den Kriegsjahren noch Kinder waren, um 9 Prozentpunkte abgenommen.

S 3

Frauen und Männer in Einpersonenhaushalten 2004

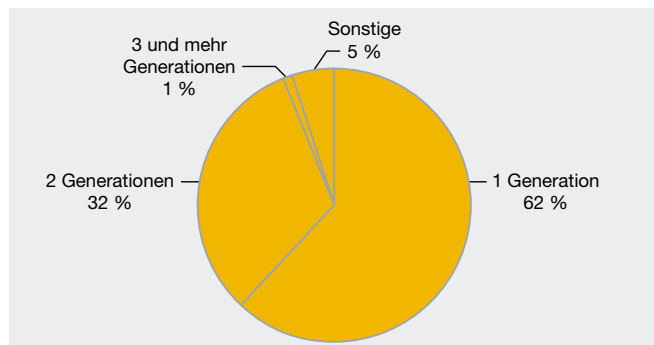


Der Anteil der allein lebenden Männer ist seit 1991 von 9% auf 14% gestiegen. Diese Zunahme ist in fast allen Altersgruppen zu beobachten. Ungefähr verdoppelt hat sich der Anteil der allein lebenden Männer im Alter zwischen 30 und 45 Jahren. Im Jahr 2004 lebten 21% der Männer in dieser Altersklasse allein. Lediglich in der höchsten Altersgruppe ab 75 Jahren ist der Anteil der allein lebenden Männer mit 24% konstant geblieben.

In fast allen Altersgruppen leben Männer zunehmend allein

S 4

Haushalte 2004 nach der Zahl der Generationen



Immer seltener leben mehrere Generationen in einem Haushalt zusammen

Die steigende Zahl von kleinen Haushalten und der Rückgang bei den großen sind auch auf eine veränderte Generationenstruktur in den Haushalten zurückzuführen. Es gibt immer mehr Haushalte ohne Kinder; dass sogar drei Generationen in einem Haushalt leben, ist eher selten geworden. Während es früher oft nötig war, gemeinsam zu wirtschaften, bieten die zunehmende eigene Erwerbstätigkeit – besonders bei den Frauen – sowie der Empfang von Transfereinkommen mehr Menschen die Möglichkeit, einen eigenen Haushalt zu führen. Der Ausbau von Pflegeheimen eröffnet Familienangehörigen zudem Alternativen zur häuslichen Pflege. Andererseits ermöglichen ambulante Pflegedienste vielen Älteren, weitgehend selbstständig in einem eigenen Haushalt zu leben.

43% der Eingenerationenhaushalte sind Paarhaushalte ohne Kinder

Der überwiegende Teil der Haushalte in Rheinland-Pfalz sind Haushalte mit nur einer Generation. Mit 62% hat sich der Anteil der Eingenerationenhaushalte gegenüber 1991 noch weiter erhöht. Den größten Anteil an den Eingenerationenhaushalten wiederum haben mit 57% die Haushalte mit nur

Info

Das traditionelle Familienkonzept und das Lebensformenkonzept¹⁾

Daten über Familien wurden bis 2004 im Mikrozensus nach dem „traditionellen Familienkonzept“ erhoben. Die hier vorliegenden Auswertungen beziehen sich auf dieses Konzept, in dessen Mittelpunkt die Ehe steht. Zu den Familien gehören danach Ehepaare mit oder ohne Kinder sowie allein erziehende Elternteile mit ihren Kindern. Neben diesen Formen des Zusammenlebens werden nur noch die Alleinstehenden ausgewiesen. Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern werden unter den allein Erziehenden, nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder unter den Alleinstehenden erfasst.

Seit dem Mikrozensus 2005 findet das „Lebensformenkonzept“ Anwendung. Dieses Konzept unterscheidet die „familialen“ von den „nichtfamilialen“ Lebensformen. Zu den „familialen“ Lebensformen gehören demnach alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern. Dazu zählen Ehepaare mit Kindern, nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit ihren Kindern. Unter die „nichtfamilialen“ Lebensformen fallen Ehepaare ohne Kinder, nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende. Der Vorteil des Lebensformenkonzepts gegenüber dem traditionellen Familienkonzept besteht zum einen darin, dass das Kind im Mittelpunkt der Familie steht, denn das Leben mit Kindern bringt andere Bedürfnisse mit sich als das Leben ohne Kinder. Zum anderen berücksichtigt das neue Konzept die steigende Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Bisher wurden nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unter allein Erziehenden, nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder unter Alleinstehenden registriert. Diese systematische Übererfassung von Alleinerziehenden und Alleinstehenden wird mit dem Lebensformenkonzept beseitigt.

Die Daten für das Jahr 2005 werden etwa Mitte 2006 vorliegen. Um die Vergleichbarkeit mit den vergangenen Jahren zu ermöglichen, für die keine Daten nach dem neuen Konzept verfügbar sind, werden die Daten der Erhebung 2005 zu den Familien sowohl nach dem traditionellen Familienkonzept, als auch nach dem Lebensformenkonzept ausgewertet.

¹⁾ Zu den Familienkonzepten im Mikrozensus vgl. Heidenreich, H.-J./Nöthen, M.: Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/2002, S. 26–38; Nöthen, M.: Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/2005, S. 25–40.

einer Person, 43% sind Paarhaushalte ohne Kinder.

Stark rückläufig ist hingegen die Zahl der Zweigenerationenhaushalte sowie der Haushalte mit drei und mehr Generationen. Der Anteil der Zweigenerationenhaushalte sank im Betrachtungszeitraum von 40% auf 32%. Der ohnehin geringe Anteil der Haushalte mit drei und mehr Generationen ist von 1,5% auf 0,7% gesunken.

Nicht verwandte
Personen
wohnen
häufiger
zusammen

Hingegen hat der Anteil der sonstigen Haushalte, in denen nicht geradlinig verwandte Personen zusammenleben, zugenommen. In diese Kategorie fallen auch die Wohngemeinschaften. Mittlerweile ist jeder zwanzigste Haushalt in diese Rubrik einzuordnen; gegenüber 1991 ist ihre Zahl um 66% gestiegen.

Familien zunehmend kinderlos

87% der Familien
sind Ehepaare
mit oder ohne
Kinder, 13% sind
allein Erziehende

Familien sind die Grundlage unserer Gesellschaft. Sie grenzen sich vom privaten Haushalt durch die Ehegemeinschaft (ein-

getragene Lebensgemeinschaften zählen nicht zu den Familien) bzw. durch verwandtschaftliche Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern ab.

Im Jahr 2004 gab es in Rheinland-Pfalz 1,1 Mill. Familien. Mit einem Anteil von 87%, der leicht über dem Bundesdurchschnitt (85%) liegt, wird der größte Teil dieser Familien von Ehepaaren mit oder ohne Kinder gebildet. In Rheinland-Pfalz lebt etwas mehr als die Hälfte der Ehepaare gemeinsam mit einem oder mehreren Kindern in einem Haushalt (50,7%); im Bundesdurchschnitt ist es etwas weniger als die Hälfte (48,4%). Das bedeutet aber nicht, dass die Hälfte der Ehepaare wirklich kinderlos ist. Möglich ist insbesondere, dass die Kinder bereits das Elternhaus verlassen haben – im Mikrozensus wird die tatsächliche Kinderzahl nicht erfragt.

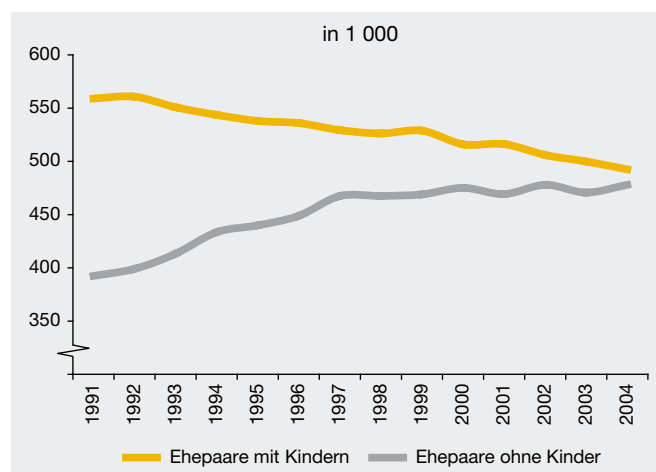
Jedes zweite
Ehepaar hat
ein oder
mehrere Kinder
im Haushalt

Zwar ist in Rheinland-Pfalz seit 1991 die Zahl der Familien um gut 5% gestiegen, gleichzeitig sank jedoch der Anteil der Familien mit Kindern um fast 6 Prozentpunkte auf 57%. Insgesamt ging die Zahl der Ehepaare mit Kindern zurück (von 1991 bis 2004 um 12%), während die Zahl der Ehepaare ohne Kinder zunahm (+22%).

Mehr
kinderlose
Familien

S 5

Ehepaare mit Kindern bzw. ohne Kinder 1991–2004



Die Zeitreihen der Ehepaare mit bzw. ohne Kinder entwickeln sich aufeinander zu und stehen kurz vor dem Gleichstand (siehe Schaubild 5). Diese Trends sind nicht nur auf die erhöhte Kinderlosigkeit zurückzuführen. Auch die Alterung der Gesellschaft trägt dazu bei. Die Kinder älterer Ehepaare leben in der Regel schon in ihren eigenen Haushalten. Hinzu kommt die gestiegene Lebenserwartung, die eine längere Phase ohne Kinder im Haushalt mit sich bringt.

Mehr allein Erziehende

Anteil der allein Erziehenden in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt

Während im Betrachtungszeitraum die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern kaum gestiegen ist, hat die Zahl der allein Erziehenden mit einem oder mehreren solchen Kindern erheblich zugenommen. Im Jahr 2004 erzogen 143 700 Mütter und Väter ihre Kinder allein. Damit ist die Zahl der allein Erziehenden seit 1991 um 36% gestiegen. Während in Rheinland-Pfalz gut 13% der Familien zu den allein Erziehenden gehören, liegt der Anteil in Deutschland bei fast 15%.

Immer mehr Väter allein erziehend

Unter den allein Erziehenden überwiegen mit 82% eindeutig die Mütter. Allerdings stieg die Zahl der allein erziehenden Väter in Rheinland-Pfalz seit 1991 stärker (+40%) als die Zahl der allein erziehenden Mütter (+36%). Im gesamten Bundesgebiet ist mit annähernd 20% ein etwas höherer Anteil allein erziehender Väter zu verzeichnen als in Rheinland-Pfalz, wo sich der Anteil auf 18% beläuft.

Allein Erziehende leben zumeist getrennt oder sind geschieden

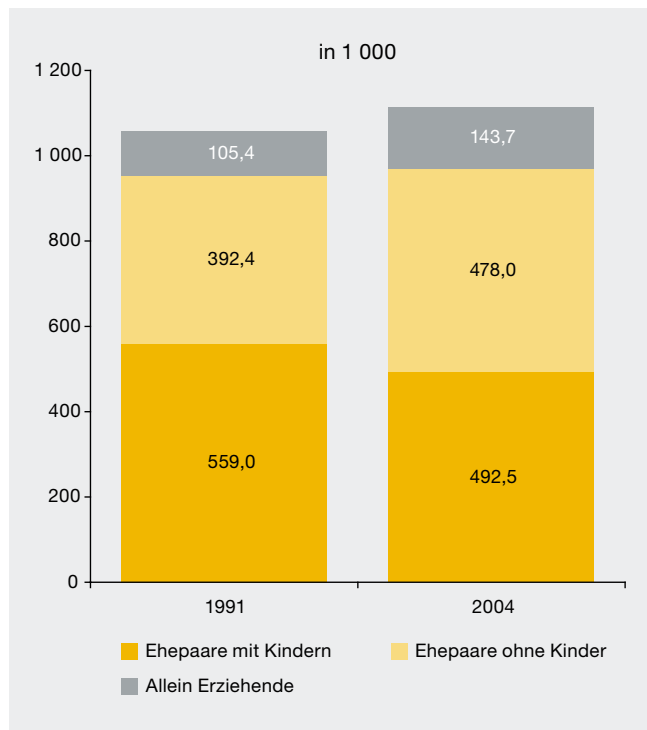
Bei den allein Erziehenden handelt es sich nach dem traditionellen Familienkonzept um ledige, verheiratete getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Mütter und Väter. Es ist dabei unerheblich, ob allein Erziehende mit ihrem Kind bzw. ihren Kindern und einem Partner, z. B. in Form einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft, in einem Haushalt leben.

Die Mehrheit der allein Erziehenden lebt getrennt oder ist bereits geschieden. Allein erziehende Mütter leben mit 60% häufiger getrennt oder sind geschieden als allein erziehende Väter (52%).

Auffällig ist aber auch die hohe Zahl Lediger unter den allein erziehenden Vätern. Jeder

S 6

Familien nach dem Familientyp 1991 und 2004



vierte allein erziehende Vater ist ledig, bei den Müttern ist es nur jede sechste. Stark rückläufig ist die Zahl der verwitweten allein Erziehenden. Ihr Anteil sank seit 1991 bei Müttern um 18 Prozentpunkte auf 24% und bei Vätern um 12 Prozentpunkte auf 22%.

2004 gab es mehr Kinder unter 18 Jahren als 1991 – bundesweit waren es weniger

Die Zahl der Kinder unter 18 Jahren ist in Rheinland-Pfalz gestiegen. Im Jahr 2004 waren von den insgesamt 1,1 Mill. Kindern rund 750 000 in diesem Alter; gegenüber 1991 bedeutet dies einen Zuwachs um 6,5%. Deutschlandweit ist die Zahl der Kinder unter 18 Jahren dagegen um 4% gesunken.

T 1

Bevölkerung, Haushalte und Familien in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
1991 und 2004

Merkmal	Rheinland-Pfalz			Rheinland-Pfalz		
	1991	2004	Veränderung	1991	2004	Veränderung
	1 000		%	1 000		%
Bevölkerung						
Insgesamt	3 775,9	4 057,4	+7,5	80 274,6	82 500,8	+2,8
unter 18 Jahre	704,0	750,0	+6,5	15 521,8	14 828,8	-4,5
18 bis 65 Jahre	2 466,3	2 491,7	+1,0	52 720,1	52 304,6	-0,8
65 Jahre und älter	605,6	815,7	+34,7	12 032,6	15 367,5	+27,7
Haushalte und durchschnittliche Haushaltsgröße						
Haushalte insgesamt	1 619,9	1 871,7	+15,5	35 256,0	39 122,0	+11,0
Einpersonenhaushalte	490,1	660,2	+34,7	11 858,0	14 566,0	+22,8
Mehrpersonenhaushalte	1 129,8	1 211,5	+7,2	23 398,0	24 556,0	+4,9
davon mit						
2 Personen	506,1	629,5	+24,4	10 863,0	13 335,0	+22,8
3 und mehr Personen	623,6	582,0	-6,7	12 536,0	11 221,0	-10,5
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,4	2,2	-8,3	2,3	2,1	-8,7
Familien						
Insgesamt	1 056,8	1 114,2	+5,4	22 032,0	22 415,0	+1,7
davon						
Ehepaare	951,4	970,5	+2,0	19 492,0	19 096,0	-2,0
mit Kind(ern)	559,0	492,5	-11,9	11 098,0	9 249,0	-16,7
ohne Kind(er)	392,4	478,0	+21,8	8 394,0	9 847,0	+17,3
allein Erziehende	105,4	143,7	+36,3	2 540,0	3 319,0	+30,7
allein erziehende Mütter	86,7	117,6	+35,6	2 146,0	2 666,0	+24,2
allein erziehende Väter	18,7	26,1	+39,6	394,0	653,0	+65,7
Durchschnittliche Kinderzahl in Familien mit Kindern	1,63	1,67	+2,5	1,64	1,65	+0,6

Da die absolute Zahl der Familien mit Kindern im selben Zeitraum nicht so stark gewachsen ist, stieg die durchschnittliche Zahl der Kinder unter 18 Jahren je Familie leicht an, und zwar von 1,6 auf 1,7.

Die Zahl der Kinder insgesamt (minderjährige und volljährige) ist gegenüber 1991 um knapp 2% gesunken. In demselben Zeitraum war im gesamten Bundesgebiet ein Rückgang der Zahl dieser Kinder um 7% zu beobachten.

um 13% zugenommen. Unverändert blieb die Zahl der Familien mit zwei Kindern.

Ehepaare und allein Erziehende unterscheiden sich dabei deutlich im Hinblick auf ihre Kinderzahl. Bei Ehepaaren wachsen wesentlich häufiger zwei und mehr Kinder auf. Während bei 44% der Ehepaare nur ein Kind aufwächst, liegt der Anteil bei den allein erziehenden Müttern bei 64%, bei allein erziehenden Vätern sogar bei 74%.

Ehepaare
haben mehr
Kinder als
allein
Erziehende

Etwa die Hälfte
der Familien
mit Kindern hat
nur ein Kind
im Haushalt

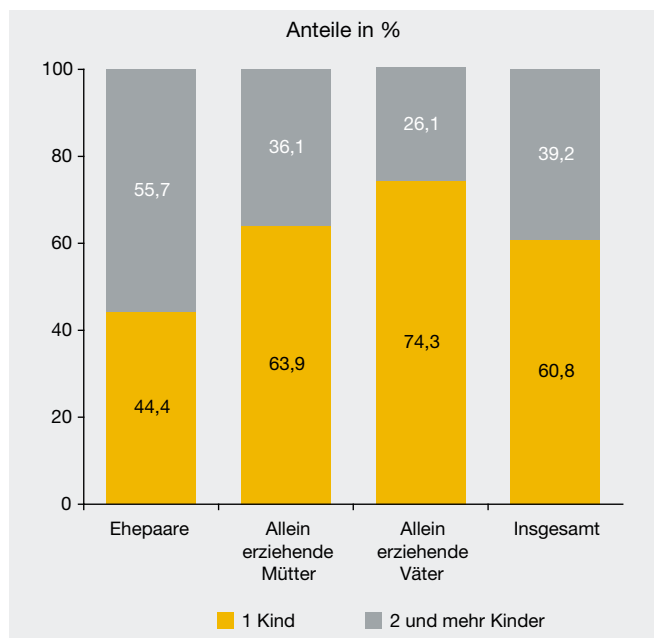
In 57% aller Familien leben Kinder; in der Hälfte dieser Familien lebt nur ein Kind. Gegenüber 1991 ist die absolute Zahl der Familien mit einem Kind um 9% gesunken. Auch Familien mit vier und mehr Kindern gibt es deutlich seltener (-8,5%). Dagegen hat die Zahl der Familien mit drei Kindern

Die meisten Kinder wachsen in „Normalfamilien“ auf

Die meisten minderjährigen Kinder in Rheinland-Pfalz leben in der so genannten „Normalfamilie“, das heißt in einer Familie mit zwei verheirateten Elternteilen. 82% aller Kinder

S 7

Familien nach Familientyp und Kinderzahl 2004



wachsen in solchen Familien auf. Damit ist die „Normalfamilie“ in Rheinland-Pfalz stärker verbreitet als in ganz Deutschland. Im bundesweiten Durchschnitt wachsen nur knapp 78% aller Kinder in einem Haushalt mit beiden Elternteilen auf. Allerdings ist gegenüber 1991 auch in Rheinland-Pfalz ein Rückgang des Anteils der Kinder in „Normalfamilien“ um 8 Prozentpunkte zu beobachten.

Kleinere Kinder leben häufiger noch in ihrer „Normalfamilie“ als ältere

Der Anteil der Kinder, die in einer „Normalfamilie“ aufwachsen, hängt stark vom Alter der Kinder ab. Hier spiegeln sich Paarbindungs- und Paarlösungsprozesse der Eltern wider. Je jünger die Kinder sind, desto häufiger leben sie bei einem Ehepaar. Junge Kinder unter sechs Jahren wachsen mit knapp 87% noch immer überdurchschnittlich oft bei Ehepaaren auf. Das liegt vor allem daran, dass Kinder auch heute noch überwiegend in bestehende Ehen hineingeboren werden.

Der Anteil der Kinder, die bei ledigen Elternteilen leben, sinkt mit zunehmendem Alter. Liegt dieser Anteil bei der jüngsten Altersgruppe unter sechs Jahren noch bei gut 7%, so sinkt er bis zur Gruppe der 10- bis 18-Jährigen auf nur noch knapp 2%. Dagegen steigt der Anteil der Kinder, die bei getrennt lebenden, geschiedenen oder verwitweten Elternteilen leben, mit dem Alter der Kinder an. Kinder unter sechs Jahren leben zu 6% in solchen Familien. Kinder zwischen 10 und 18 Jahren leben dagegen dreimal häufiger bei getrennt lebenden, geschiedenen oder verwitweten Elternteilen.

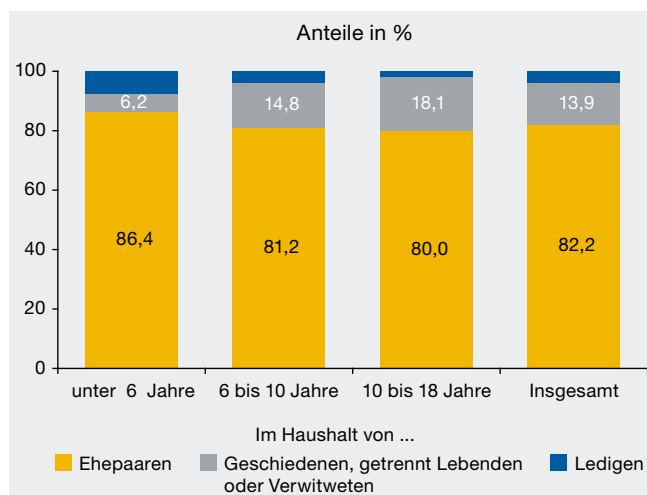
Ältere Kinder vergleichsweise öfter „Scheidungskinder“

Vier von fünf Kindern wachsen mit Geschwistern auf

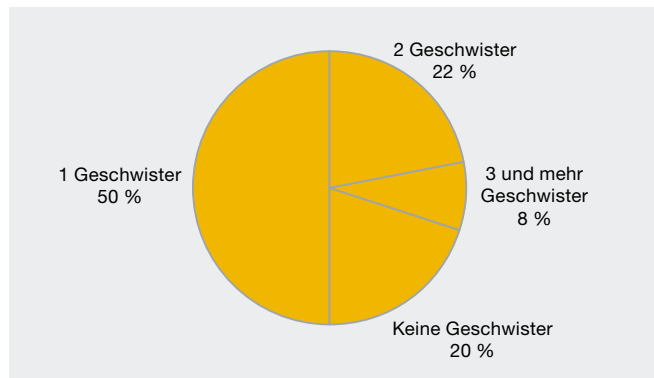
Zur Ermittlung der Zahl der Geschwister wird nur die Altersgruppe der 6- bis 10-jährigen Kinder betrachtet. Für diese Altersgruppe wird unterstellt, dass die jüngeren Geschwister schon geboren sind und die älteren noch im elterlichen Haushalt leben.

S 8

Minderjährige Kinder 2004 nach Altersgruppen und dem Familienstand ihrer Eltern



S 9

6- bis 10-jährige Kinder 2004
nach der Geschwisterzahl

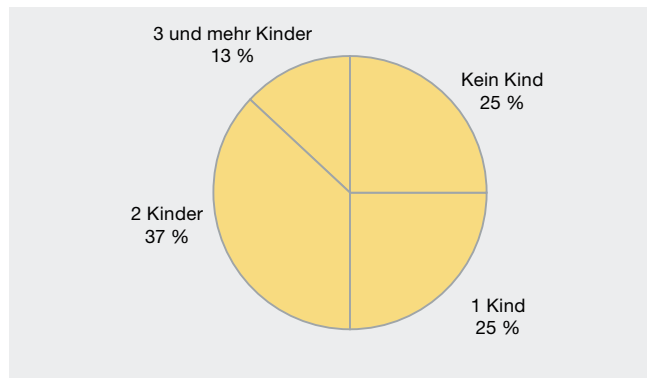
Die Hälfte aller Kinder wächst mit einem Bruder oder einer Schwester auf

Im Jahr 2004 war nur jedes fünfte Kind ein Einzelkind. Die Hälfte aller Kinder hatte eine Schwester oder einen Bruder. Gut 22% hatten zwei Geschwister und nur 8% hatten drei und mehr Geschwister. Gegenüber 1991 hat der Anteil der Kinder mit Geschwistern in Rheinland-Pfalz leicht abgenommen. Im bundesweiten Vergleich wachsen die rheinland-pfälzischen Kinder etwas seltener mit Geschwistern auf. Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil der Einzelkinder um 1 Prozentpunkt niedriger als in Rheinland-Pfalz. Um 1 Prozentpunkt höher liegt der Anteil der Kinder mit einem Bruder oder einer Schwester sowie mit drei und mehr Geschwistern. Dagegen gibt es in Rheinland-Pfalz häufiger als im Bundesdurchschnitt Kinder mit zwei Geschwistern.

25% der 35- bis 40-jährigen Frauen leben ohne Kinder

Aus den Daten des Mikrozensus ist nicht zu erkennen, ob Frauen, die ohne Kinder leben, keine Kinder geboren haben. Im Rahmen des Mikrozensus werden nur die Kinder gezählt, die im Haushalt leben. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um

S 10

35- bis 40-jährige Frauen 2004
nach der Kinderzahl

eigene, Adoptiv-, Pflege- oder Enkelkinder handelt. Zur Untersuchung der Frage, ob Frauen mit oder ohne Kinder leben, werden nur die Frauen im Alter zwischen 35 und 40 Jahren betrachtet. In dieser Altersgruppe kann man davon ausgehen, dass die jüngsten Kinder bereits geboren sind und die ältesten Kinder noch im Haushalt leben. Die Analyse zeigt, dass ein Viertel der rheinland-pfälzischen Frauen in dieser Altersgruppe in einem Haushalt ohne Kinder lebt. Ein weiteres Viertel lebt mit einem Kind und die Hälfte aller Frauen dieses Alters mit mindestens zwei Kindern. Gegenüber 1991 ist damit der Anteil der Frauen, die ohne Kinder leben, deutlich gestiegen. Damals lebte nur jede fünfte Frau ohne Kinder. Der Anteil der Frauen mit Kindern ist insgesamt um 5 Prozentpunkte gesunken.

Fazit

Zwischen 1991 und 2004 haben sich aufgrund der demographischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Wandels die Strukturen sowohl der Haushalte als auch der Familien verändert.

Wie sich gezeigt hat, nimmt die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte zu, während die Zahl der größeren Haushalte sinkt. Diese Entwicklung wird durch verschiedene Faktoren begünstigt. So führt die Alterung der Gesellschaft zu einem Anstieg der Zahl kleinerer Haushalte: Einerseits bringt die Zunahme der Lebenserwartung eine längere Phase ohne Kinder im Haushalt mit sich, andererseits führt eine spätere Elternschaft zu einer verlängerten vorfamiliären Phase. Hinzu kommen die erhöhten Mobilitätsanforderungen im Erwerbsleben. So ist das getrennte Wohnen – auch unter Eheleuten – heute keine Seltenheit mehr. Die zunehmende Technisierung der Haushalte und der Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen fördern ebenso die Selbständigkeit des Einzelnen und damit die Möglichkeit, einen eigenen Haushalt zu führen. Vor allem aber ist die sinkende Haushaltsgröße Ausdruck des gesellschaftlichen Wandels und der zunehmenden Individualisierung der Lebensentwürfe. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen gibt diesen mehr Selbständigkeit und die Möglichkeit, einen eigenen Haushalt zu gründen.

All diese Faktoren haben starke Auswirkungen auf die Familienformen. So steigt die Zahl der Frauen und Männer, die zeit lebens kinderlos bleiben. Immer weniger Ehen werden geschlossen, immer mehr

Ehen enden vor dem Scheidungsrichter. Zwar werden auch heutzutage die meisten Kinder in bestehende Ehen hineingeboren und wachsen bei einem verheirateten Elternpaar auf. Da es jedoch weniger Ehen gibt, werden dementsprechend auch weniger Kinder geboren. Parallel zum Rückgang der Zahl der Ehepaare mit Kindern steigt die Zahl der allein Erziehenden. Ihr Anteil an den Familien wird größer. Ob die Kinder damit auch wirklich nur bei einem Elternteil oder in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft aufwachsen, ist aus den Daten des Mikrozensus bis 2004 nicht erkennbar. Erst mit dem Mikrozensus 2005 können darüber exakte Angaben gemacht werden. Diese Daten werden ab Mitte 2006 vorliegen. Mit der Einführung des Lebensformenkonzepts reagiert die amtliche Statistik auf die hier kurz vorgestellten gesellschaftlichen Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Haushalts- und Familienstruktur.

Romy Feldmann, Diplom-Kauffrau, ist Referentin im Referat Analysen und Prognosen, Forschungsdaten.

Erstmals mehr als 100 000 Studierende im laufenden Wintersemester 2005/06



Von Hans-Jürgen Weber

Ein zentrales Element der Hochschulstatistiken, die umfangreiches Datenmaterial aus dem Hochschulbereich liefern, ist die Studentenstatistik. Die Angaben über die Studierenden werden aus den Verwaltungsunterlagen der Hochschulen generiert. Die Aktualität der Ergebnisse ist ein besonders wichtiges Qualitätskriterium. Bereits kurz nach Beginn des Wintersemesters werden deshalb auf der Basis von Schnellmeldungen vorläufige Ergebnisse über Studierenden- und Studienanfängerzahlen publiziert. Sie liegen der folgenden Darstellung zugrunde.

Starker Anstieg der Studienberechtigten

Das Potenzial, aus dem sich die Studienanfänger an den Hochschulen rekrutieren, stellen die studienberechtigten Schulabgänger. Die Zahl dieser Absolventen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife ist seit Mitte der 1990er-Jahre – insbesondere demographisch bedingt – stetig gestiegen. Wurden im Jahr 1995 noch rund 12 100 studienberechtigte Schulabgänger in Rheinland-Pfalz registriert, so waren es im Jahr 2004 bereits 17 200 Personen. Innerhalb von neun Jahren ist die Zahl der Studienberechtigten damit um 42% gestiegen. Der Zuwachs fiel in Rheinland-Pfalz 16 Prozentpunkte höher aus als im Bundesgebiet.

Prozentualer Zuwachs der Studienberechtigten in Rheinland-Pfalz höher als im Bundesgebiet

Von den insgesamt 17 200 studienberechtigten Schulabgängern des Jahres 2004 in Rheinland-Pfalz waren knapp 46% männlichen und 54% weiblichen Geschlechts. Damit sind Frauen inzwischen deutlich in der Mehrzahl. Im Jahr 1995 waren sie mit 49% noch leicht unterrepräsentiert.

Nach einer Prognose der Kultusministerkonferenz wird die Zahl der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2010 noch auf bis zu 21 600 ansteigen. Erst ab 2011 wird dann mit einem rückläufigen Potenzial Studienberechtigter gerechnet.¹⁾

Weiterer Anstieg der Studienberechtigten bis zum Jahr 2010

Studienberechtigtenquote liegt inzwischen bei knapp 39%

Die dargestellte Entwicklung spiegelt sich auch in der Studienberechtigtenquote

1) Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020, in: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 176, Oktober 2005.

T 1

Studienberechtigte Schulabgänger und Studienberechtigtenquote 1995–2004

Jahr	Durchschnittliche Bevölkerungszahl der 18- bis unter 21-Jährigen ¹⁾	Studienberechtigte Schulabgänger			Studienberechtigtenquote ²⁾		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		Anzahl			%		
1995	39 526	12 106	6 193	5 913	30,6	30,6	30,7
2000	44 028	15 267	7 008	8 259	34,7	31,2	38,3
2001	45 124	15 918	7 467	8 451	35,3	32,4	38,3
2002	45 156	16 628	7 692	8 936	36,8	33,2	40,6
2003	44 990	16 912	7 750	9 162	37,6	33,7	41,6
2004	44 533	17 194	7 963	9 231	38,6	35,0	42,4

1) Durchschnitt aus den drei Altersjahrgängen. – 2) Anteil der studienberechtigten Schulabgänger(innen) an der alters- und geschlechtsspezifischen Bevölkerung.

wider. In diesem Quotienten werden die studienberechtigten Schulabgängerinnen und -abgänger eines Absolventenjahrgangs auf einen errechneten Durchschnittsjahrgang der 18- bis unter 21-Jährigen bezogen. Hierfür wird der Mittelwert aus den Bevölkerungszahlen der entsprechenden drei Altersjahrgänge gebildet.

Im Jahr 1995 lag die Studienberechtigtenquote in Rheinland-Pfalz bei knapp 31%. Bis zum Jahr 2004 ist sie auf annähernd 39% gestiegen. Sie blieb damit – trotz einer im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überproportionalen Zunahme der Studienbe-

rechtigten – immer noch um knapp drei Prozentpunkte unter dem derzeitigen Anteil in Deutschland. Besonders stark hat sich die Studienberechtigtenquote bei den Schulabgängerinnen erhöht. Sie ist in Rheinland-Pfalz von knapp 31% im Jahr 1995 um knapp 12 Prozentpunkte auf mehr als 42% im Jahr 2004 gestiegen. Dagegen erhöhte sich die Quote bei den männlichen Schulabgängern im selben Zeitraum lediglich um 4,4 Prozentpunkte auf nunmehr 35%.

Starker Anstieg der Studienberechtigtenquote bei weiblichen Schulabgängern

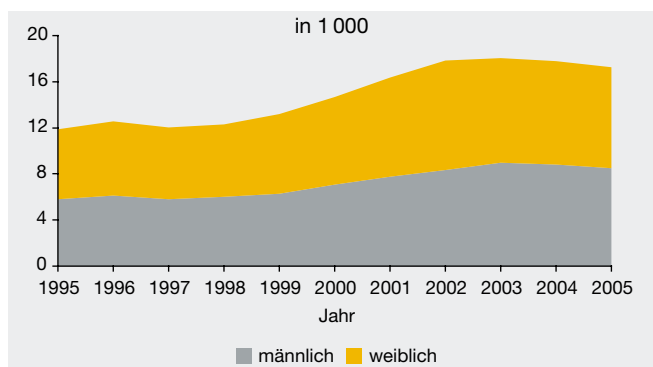
Zahl der Studienanfänger rückläufig

Eine akademische Ausbildung kann man in Rheinland-Pfalz zurzeit an 20 Hochschulen erhalten. Insgesamt vier Universitäten und weitere vier wissenschaftliche Hochschulen sowie neun Fachhochschulen und drei Verwaltungsfachhochschulen bieten ein breites Spektrum an Ausbildungsgängen. Nicht alle Studienanfänger an diesen Hochschulen haben auch ihre Schulausbildung in Rheinland-Pfalz absolviert. Ein erheblicher Teil stammt aus anderen Bundesländern, insbesondere aus Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und dem Saarland, aber auch aus dem Ausland. Umgekehrt gibt es in Rheinland-Pfalz auch etliche Studienberechtigte, die ein Studium außerhalb des Landes beginnen, sowie solche, die gar keinen Hochschulabschluss anstreben. Die Zahl der rheinland-pfälzischen Studienberechtigten ist daher kein Maßstab für die Zahl der Studienanfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen.

20 Hochschulen bieten breites Ausbildungsspektrum

S 1

Studienanfänger 1995–2005 nach Geschlecht



Im Studienjahr 2005, das heißt im zurückliegenden Sommersemester und im derzeit laufenden Wintersemester, nahmen insgesamt 17 275 junge Menschen in Rheinland-Pfalz ein Hochschulstudium auf. Im

Seit zwei Jahren rückläufige Zahl von Erstsemestlern

Jahr zuvor waren noch 17 807 Personen im ersten Hochschulsesemester eingeschrieben gewesen. Nachdem 2003 mit 18 030 Personen die bisher höchste Erstimmatrikulation in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen war, sind nun schon im zweiten Jahr in Folge die Studienanfängerzahlen rückläufig.

Zuvor waren – vom Berichtsjahr 1998 an – stetig Zuwächse registriert worden. Die in den beiden letzten Jahren beobachteten Rückgänge dürften einerseits auf zunehmend eingeführte hochschulinterne Zulassungsbeschränkungen und andererseits auf Verzögerungen bei der Studienaufnahme, z. B. durch Wehr- bzw. Ersatzdienst oder eine vorhergehende berufliche Ausbildung, zurückzuführen sein. Aber auch die zunehmende Arbeitslosigkeit in den Akademikerberufen könnte manchen Studienberechtigten von der Aufnahme eines Hochschulstudiums abgehalten haben.

Von den 17 275 Ersteinschreibern des Jahres 2005 waren 8 785 oder 51% Frauen. Studentinnen stellen unter den Studienanfängern bereits seit Mitte der 1990er-Jahre die Mehrheit.

Rückgang der Ersteinschreibungen bei allen Hochschularten

Unterschiedliche Entwicklung in einzelnen Hochschulen

Von den Studienanfängern im laufenden Studienjahr schrieben sich rund 61% an Universitäten, 35% an Fachhochschulen, 3% an Verwaltungsfachhochschulen und knapp 1% an den vier sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen ein. Vom Rückgang der „Erstsemesterzahlen“ im Vergleich zum Vorjahr waren alle vier Hochschularten betroffen. Die prozentual stärkste Abnahme wiesen mit –3,3% die Universitäten auf; die Fachhochschulen hatten ein Minus von

T 2

Studienanfänger in den Studienjahren 2004 und 2005 nach Hochschulen

Universität Hochschule Fachhochschule (FH)	2004	2005 ¹⁾	Veränderung	
	Anzahl			%
Technische Universität Kaiserslautern	1 589	1 713	124	7,8
Universität Koblenz-Landau	1 615	1 735	120	7,4
Joh. Gutenberg-Universität Mainz	5 308	4 710	-598	-11,3
Universität Trier	2 469	2 463	- 6	-0,2
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung	81	90	9	11,1
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften	16	6	-10	-62,5
Theologische Fakultät Trier	45	47	2	4,4
Phil.-Theol. Hochschule Vallendar	5	1	-4	-80,0
FH Bingen	451	493	42	9,3
FH Kaiserslautern	1 004	903	- 101	-10,1
FH Koblenz	1 239	1 283	44	3,6
FH Ludwigshafen	545	534	-11	-2,0
FH Mainz	796	745	-51	-6,4
FH Trier	1 287	1 267	-20	-1,6
FH Worms	489	394	-95	-19,4
Evangelische FH Ludwigshafen	187	179	- 8	-4,3
Katholische FH Mainz	162	201	39	24,1
FH der Dt. Bundesbank Hachenburg	41	40	-1	-2,4
FH für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	360	351	-9	-2,5
FH für Finanzen Edenkoben	118	120	2	1,7
Insgesamt	17 807	17 275	-532	-3,0

1) Vorläufiges Ergebnis.

2,6% zu verzeichnen. Am geringsten fiel der Rückgang mit –1,5% an den Verwaltungsfachhochschulen aus.

Betrachtet man die einzelnen Hochschulen, so zeigt sich bei den vier Universitäten ein sehr unterschiedliches Bild. Während die Technische Universität Kaiserslautern und die Universität Koblenz-Landau sogar deutliche Zunahmen bei der Zahl der Studienanfänger hatten (+7,8 bzw. +7,4%) und deren Zahl an der Universität Trier fast unverändert blieb, gab es an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz einen starken Rückgang von 11,3%. Bei den Fachhochschulen nahm die Zahl der Ersteinschreiber bei sechs von neun Fachhochschulen ab. Demgegenüber

konnten die Katholische Fachhochschule Mainz, die Fachhochschule Bingen und die Fachhochschule Koblenz mit gestiegenen Erstsemesterzahlen aufwarten.

Deutlich weniger Ersteinschreibungen bei Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

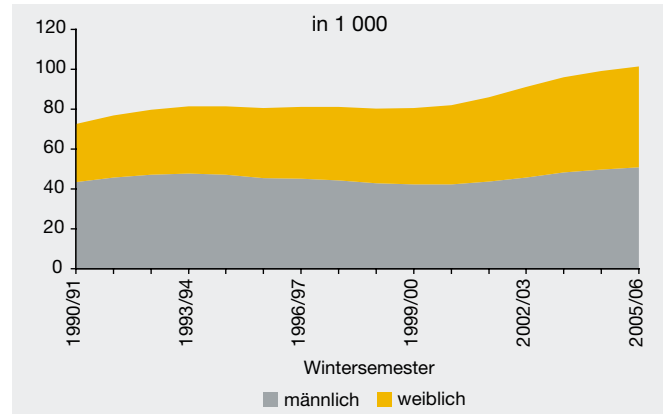
Deutlich weniger Studienanfänger entschieden sich für rechts-, wirtschafts- bzw. sozialwissenschaftlich ausgerichtete Studienfächer. In dieser Fächergruppe fiel der Rückgang der Ersteinschreibungen mit -12,4% besonders kräftig aus. Demgegenüber ergaben sich deutliche Zuwächse in den Ingenieurwissenschaften (+5,1%), in Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (+4,6%) und in den Sprach- und Kulturwissenschaften (+4,2%). Trotz des bemerkenswert starken Rückgangs konnte die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit aktuell 34% der Erstimmatrikulierten ihre führende Stellung im Fächerspektrum behaupten. Auf die Studienangebote aus der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften entfielen insgesamt 23%, auf die Mathematik sowie die Naturwissenschaften 19% und auf die Ingenieurwissenschaften 16% der Neueinschreiber.

Neue Rekordhöhe an Studierenden – deutlich mehr Frauen

Nach den aktuell vorliegenden Schnellmeldungen sind im laufenden Wintersemester 2005/06 – trotz rückläufiger Studienanfängerzahlen – an den rheinland-pfälzischen Hochschulen so viele angehende Akademiker wie nie zuvor eingeschrieben. Mit 101 516 Studierenden (ohne Beur-

S 2

Studierende in den Wintersemestern
1990/91–2005/06 nach Geschlecht



laubte, Gasthörer und Studienkollegiaten) wurde eine neue Rekordhöhe erreicht und erstmals in der rheinland-pfälzischen Landesgeschichte die Marke von 100 000 Studierenden überschritten.

Trotz rückläufiger Zahl der Studienanfänger betrug der Anstieg gegenüber dem Vorjahr 2,4%. In den letzten 15 Jahren hat die Zahl der Studierenden um 40% zugenommen.

In diesem Zeitraum hat sich die Frauenquote an den Hochschulen deutlich erhöht (+9,7 Prozentpunkte). Im Wintersemester 1990/91 waren von 100 Studierenden erst 40 weiblich. Im derzeit laufenden Wintersemester stellen Frauen die Hälfte der Studentenschaft.

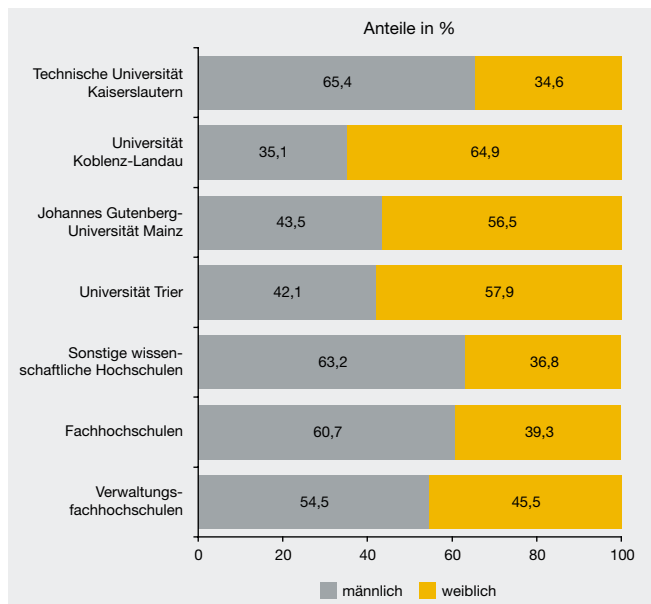
Mittlerweile sind 50% der Studierenden Frauen

Die Zahl der Studentinnen ist in den letzten 15 Jahren um 74% gestiegen. Die Zahl ihrer männlichen Kommilitonen nahm im gleichen Zeitraum lediglich um 17% zu. Der Trend, dass zunehmend Frauen an die Hochschulen streben, ist ungebrochen. Auch gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester fiel der Zuwachs bei den Studentinnen mit +2,7% erneut höher aus als bei den Studenten mit +2,1%.

Erstmals Marke von 100 000 Studierenden überschritten

S 3

Studierende im Wintersemester 2005/06 nach Hochschulen bzw. Hochschularten und Geschlecht



An den Universitäten in Rheinland-Pfalz sind im laufenden Wintersemester sogar mehr Frauen als Männer eingeschrieben. Lediglich an der überwiegend technisch orientierten Universität Kaiserslautern sind die Frauen mit 35% in der Minderheit. Die höchste Frauenquote verzeichnet die Universität Koblenz-Landau mit 65%. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass hier ein deutlicher Schwerpunkt im Bereich der Lehrerbildung liegt. Auch die beiden anderen Landesuniversitäten in Trier und Mainz weisen mit 58 bzw. 57% deutlich überdurchschnittliche Frauenanteile auf. Demgegenüber sind Studentinnen an den Fachhochschulen mit knapp 40% unterrepräsentiert. Dies ist hauptsächlich auf die auch hinsichtlich der Studentenzahlen gut besetzten technischen und naturwissenschaftlichen Studiengänge zurückzuführen.

Höchste Frauenquote an der Universität Koblenz-Landau

Von den 50 744 im Wintersemester 2005/06 immatrikulierten Studentinnen sind mehr als 36% in einem Studiengang der Sprach- und Kulturwissenschaften und knapp 31% in einem rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftlich ausgerichteten Studiengang eingeschrieben. Immerhin gut 14% der Studentinnen belegen mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer, 7% studieren eine ingenieurwissenschaftliche Disziplin und 6% humanmedizinisch/gesundheitswissenschaftlich ausgerichtete Studienfächer.

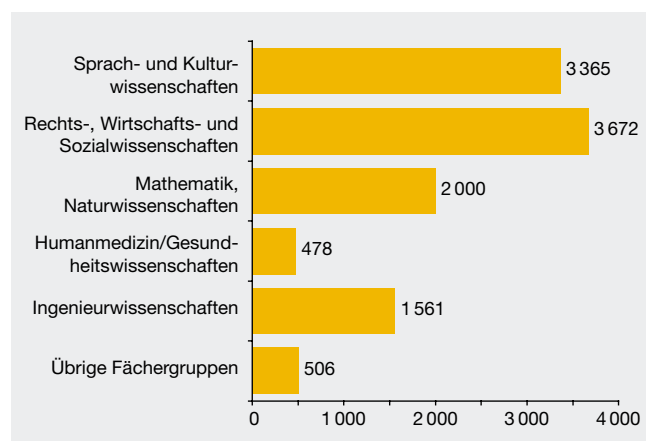
Studienfächer der Sprach- und Kulturwissenschaften bei Frauen am beliebtesten

Nur geringer Anstieg bei ausländischen Studierenden

Leicht zugenommen hat im Wintersemester 2005/06 auch die Zahl der ausländischen Studierenden, und zwar um 52 oder 0,5% auf 11 582. Sie stellen damit einen Anteil von 11,4% der Gesamtstudentenschaft. An Universitäten sind ausländische Kommilitoninnen und Kommilitonen mit einem Anteil von 12,2% etwas stärker vertreten als an Fachhochschulen (10,4%).

S 4

Ausländische Studierende im Wintersemester 2005/06 nach Fächergruppen



Ausländische Studierende bevorzugen Studienfächer der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Wie ihre deutschen Studienkolleginnen und -kollegen studieren auch die meisten Ausländer rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fächer. Im laufenden Wintersemester liegt der entsprechende Anteil bei 32%. Ein weiterer Studienschwerpunkt sind Sprach- und Kulturwissenschaften (29%), gefolgt von Mathematik und Naturwissenschaften (17%) sowie Ingenieurwissenschaften (14%). Die Ausländerquoten in diesen vier am stärksten besetzten Fächergruppen reichen von 10,6% bei Mathematik und Naturwissenschaften bis 12,9% bei Sprach- und Kulturwissenschaften.

Entwicklung der Studierendenzahlen an den einzelnen Hochschulen verschieden

Zuwächse an Universitäten und Fachhochschulen

Betrachtet man die Studierendenzahlen an den verschiedenen Hochschularten, dann hatten gegenüber dem Wintersemester 2004/05 die Universitäten wie die Fachhochschulen Zuwächse zu verzeichnen, wobei sowohl prozentual (+3,1%) als auch absolut (+2 042 Studierende) die Universitäten am stärksten zulegten. Die Zunahme bei den Fachhochschulen war mit +1,9% (+578 Studierende) vergleichsweise moderat.

Weniger Studierende gibt es sowohl bei den Verwaltungsfachhochschulen (–8%) als auch bei den vier sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen (–6,1%); eine Ausnahme bildet hier nur die Theologische Fakultät Trier (+5,4%). Bezogen auf die Absolutwerte fallen die sinkenden Studierendenzahlen der beiden letztgenannten Hochschularten allerdings nur geringfügig ins Gewicht, da hier die Immatrikuliertenzahlen vergleichsweise klein sind.

T 3

Studierende in den Wintersemestern 2004/05 und 2005/06 nach Hochschulen

Universität Hochschule Fachhochschule (FH)	2004/ 05	2005/ 06 ¹⁾	Veränderung	
	Anzahl		%	
Technische Universität Kaiserslautern	8 567	9 397	830	9,7
Universität Koblenz-Landau	10 352	11 018	666	6,4
Joh. Gutenberg-Universität Mainz	34 329	34 391	62	0,2
Universität Trier	12 842	13 326	484	3,8
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung	447	439	- 8	-1,8
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften	512	435	- 77	-15,0
Theologische Fakultät Trier	295	311	16	5,4
Phil.-Theol. Hochschule Vallendar	114	99	- 15	-13,2
FH Bingen	2 189	2 246	57	2,6
FH Kaiserslautern	5 211	5 147	- 64	-1,2
FH Koblenz	5 386	5 779	393	7,3
FH Ludwigshafen	2 711	2 736	25	0,9
FH Mainz	4 482	4 401	- 81	-1,8
FH Trier	5 787	5 875	88	1,5
FH Worms	2 575	2 570	- 5	-0,2
Evangelische FH Ludwigshafen	734	811	77	10,5
Katholische FH Mainz	637	725	88	13,8
FH der Dt. Bundesbank Hachenburg	186	147	- 39	-21,0
FH für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	1 376	1 275	- 101	-7,3
FH für Finanzen Edenkoben	406	388	- 18	-4,4
Insgesamt	99 138	101 516	2 378	2,4

1) Vorläufiges Ergebnis.

Die Zunahme an den vier Universitäten verteilt sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Hochschulen. Die Zuwachsraten reichen von lediglich 0,2% an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz bis 9,7% an der Technischen Universität Kaiserslautern.

Auch in Absolutzahlen gesehen legte die Technische Universität Kaiserslautern unter allen rheinland-pfälzischen Hochschulen mit einem Anstieg von 830 Studierenden am deutlichsten zu. Dies ist vor allem auf den starken Zuspruch zurückzuführen, den derzeit die dort eingerichteten Fernstudiengänge erfahren.

An sechs der insgesamt neun Fachhochschulen im Land stiegen die Studieren-

Höchster absoluter Zuwachs an der TU Kaiserslautern

Ausbau des Studienangebotes: Hohe Zunahme der Studierenden an der FH Koblenz

denzahlen, wobei hier die Fachhochschule Koblenz – absolut gesehen – mit einem Plus von 393 Immatrikulierten deutlich vorn liegt. Dies ist überwiegend auf den Ausbau des Studienangebotes an dem neu errichteten Standort dieser Fachhochschule in Remagen zurückzuführen. Auch die beiden Fachhochschulen in freier Trägerschaft, die Katholische Fachhochschule Mainz und die Evangelische Fachhochschule Ludwigs-hafen, legten deutlich zu. Sie erreichten – prozentual gesehen – mit +13,8% bzw. +10,5% die höchsten Zunahmen unter den Fachhochschulen. Im Vergleich hierzu legte die Fachhochschule Koblenz um 7,3% zu. Rückläufig sind demgegenüber die Immatrikulationen an allen drei Verwaltungsfachhochschulen im Land. Das im Zuge der Europäisierung der Geldpolitik deutlich geschrumpfte Aufgabenspektrum der Deutschen Bundesbank hat insbesondere an der Fachhochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg zu einem sehr starken Rückgang (–21%) geführt.

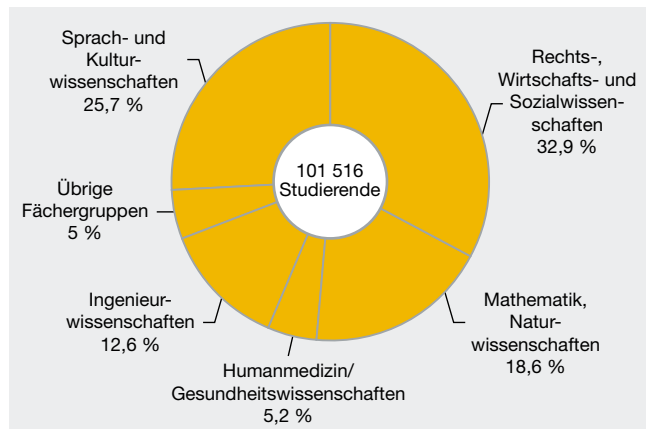
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am stärksten besetzte Fächergruppe

Fast unveränderte Verteilung der Studierenden nach Fächergruppen

Ein Drittel der Studierenden ist im aktuellen Wintersemester 2005/06 in einem Studienfach der Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften eingeschrieben. Mit knapp 26% aller Immatrikulierten bilden die Sprach- und Kulturwissenschaften die zweitstärkste Fächergruppe, gefolgt von Mathematik und Naturwissenschaften (knapp 19%) sowie den Ingenieurwissenschaften mit 12,6%. Die verbleibenden rund 10% der Immatrikulierten entfallen zu ungefähr gleichen Teilen

S 5

Studierende im Wintersemester 2005/06 nach Fächergruppen

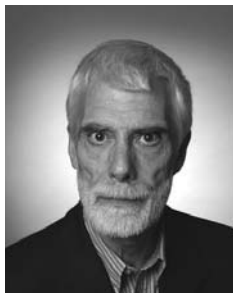


auf die Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und die Gruppe der übrigen Fächer. Damit ergibt sich im Hinblick auf die Verteilung der Studierenden auf die Fächergruppen im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester ein fast unverändertes Bild.

Gemessen in Absolutzahlen verzeichnete die Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften mit einem Plus von 957 Einschreibungen gegenüber dem Wintersemester 2004/05 den höchsten Zuwachs. Aber auch in den Ingenieurwissenschaften (+539) sowie in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften (+532) wurden größere Hörerzahlen als vor einem Jahr ermittelt.

Hans-Jürgen Weber, Diplom-Betriebswirt (FH), ist als Sachgebietsleiter für die Hochschul- und Berufsbildungsstatistiken zuständig.

Stichwort: Volkszählung – Registergestützter Zensus



Von Helmut Kollmar

In den zurückliegenden Wochen tauchte in den Medien und in der Öffentlichkeit, aber auch im politischen Raum immer wieder das Stichwort „Volkszählung – Registergestützter Zensus“ auf. Anlass für die Diskussionen gaben neben den Auswirkungen des demographischen Wandels und den verstärkten Bemühungen um die Integration der ausländischen Bevölkerung auch Fragen nach der Höhe nationaler und europäischer Fördermittel, die sich u. a. nach Bevölkerungszahlen richten. Der folgende Beitrag liefert einige Grundinformationen zum besseren Verständnis des sehr komplexen Themenbereichs.

Bedarf an
Basisdaten in
tiefer regionaler
Gliederung

Notwendigkeit von Zensusdaten

Volkszählungen und andere Zensusformen haben national wie international die Funktion, in regelmäßigen Abständen eine umfassende Bestandsaufnahme von Bevölkerung und Gesellschaft vorzunehmen. Sie liefern Basisdaten über die Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wohnsituation in tiefer regionaler Gliederung. Ihre Ergebnisse sind unmittelbar oder mittelbar Grundlage für politische Planungsprozesse verschiedenster Art sowie für das statistische Gesamtsystem, z. B. als Fortschreibungs- und Auswahlgrundlage. Die Ermittlung einer korrekten Bevölkerungszahl, die in Deutschland, aber auch auf supranationaler Ebene als Bemessungsgrundlage und Abgrenzungskriterium vielfältige Verwendung findet, ist eine der zentralen Aufgaben eines Zensus.

Die Wanderungsbewegungen und die gesellschaftlichen Veränderungen seit Beginn der 1990er-Jahre haben die Zusammensetzung der Bevölkerung deutlich verändert und machen aktuelle Daten erforderlich. Das gilt vor allem auch, wenn die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger nicht als unabänderlich anzusehen sind, sondern steuernd in deren Entwicklung eingegriffen werden soll. Deshalb ist es umso gravierender, dass eine solche grundlegende Bestandsaufnahme in den alten Bundesländern inzwischen 18 Jahre, in den neuen Bundesländern gar 24 Jahre zurückliegt.

Herkömmliche Volkszählung

Die bisher in Deutschland ausschließlich oder überwiegend genutzte Form einer um-

Letzte
Bestandsauf-
nahme liegt
18 Jahre
zurück

Deutscher Zensus bisher immer in Form einer Befragung der Bevölkerung

fassenden Bestandsaufnahme der Bevölkerung war die traditionelle Volkszählung. Sie setzt beim einzelnen Bürger an und erfragt dort alle notwendigen Daten über

- Wohnverhältnisse,
- Haushalts- und Familienzusammenhänge,
- Lebensverhältnisse, wie Bildung, Erwerbsbeteiligung, Unterhaltsquellen.

Im Ergebnis bilden diese Daten ein in sich geschlossenes System, mit dem ein zusammenhängendes Datenspektrum über Wohnungen, Haushalte und Personen flächendeckend und in kleinräumiger Gliederung (sogar unterhalb der Gemeindeebene, z. B. für Stadtteile) für Auswertungszwecke zur Verfügung steht.

Hoher Aufwand für traditionelle Volkszählung

Diese bisher in Deutschland übliche Befragung aller Gebäude- und Wohnungseigentümer, Haushalte und Personen erfordert den Aufbau einer großen Erhebungsorganisation bei den Kommunen und den statistischen Ämtern und bringt eine sehr lange Bearbeitungszeit mit sich. Damit verbunden waren beträchtliche Kosten für die Durchführung, aber auch für eine Öffentlichkeitsarbeit, die Bürgerinnen und Bürger für eine Mitarbeit gewinnen musste. Nach Schätzungen soll die Zählung 1987, die nur in den alten Bundesländern durchgeführt wurde, 1 Mrd. DM gekostet haben. Eine erneute Zählung alter Art, jetzt in Gesamtdeutschland, könnte nach überschlägigen Berechnungen über 1 Mrd. Euro kosten.

Registergestützter Zensus als Alternativmodell

Unter Kostengesichtspunkten, aber auch im Hinblick auf eine Entlastung der Bevöl-

Info

Nutzbare Register im Rahmen eines Zensus:

- Melderegister für demographische Grunddaten der Bevölkerung.
- Grundsteuerdateien, Dateien der Finanzbehörden, von Gebäudebrandschutzversicherungen sowie von Versorgungs- und Entsorgungsbetrieben zur Ermittlung der Anschriften aller Gebäude- und Wohnungseigentümer. (Wegen des Fehlens von Gebäude- und Wohnungsregistern müssen die gewünschten Daten durch eine – postalische – Befragung bei Gebäude- und Wohnungseigentümern erhoben werden.)
- Dateien der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Arbeitslose und in Fortbildungsmaßnahmen befindliche Personen.
- Dateien der im öffentlichen Dienst beschäftigten Beamtinnen und Beamten.

kerung begannen in den 1990er-Jahren Statistikexperten aus Bund und Ländern ein Alternativkonzept zu entwickeln, bei dem so weit wie möglich auf vorhandene Verwaltungsregister zurückgegriffen werden sollte. Das Modell erhielt den Namen „Registergestützter Zensus“.

Grundlage eines registergestützten Zensus ist die kombinierte Nutzung vorhandener Register zur direkten Gewinnung von Daten oder mindestens zur Unterstützung von Erhebungen. Die in Frage kommenden Register gehen im Einzelnen aus dem oben stehenden Textkasten hervor.

In der amtlichen Statistik Deutschlands ist die Zusammenfassung von Daten unterschiedlicher Register eine bisher nicht praktizierte Zensusmethode. Erschwert wird dieses Verfahren dadurch, dass der-

Entwicklung neuer Zensusformen notwendig

Gewinnung von Daten aus unterschiedlichen Registern in Deutschland erschwert

zeit in der Bundesrepublik – im Gegensatz zu anderen Staaten – keine Identifikatoren, wie z. B. eine „Bürgernummer“, existieren, die eine Verknüpfung verschiedener Datenquellen erleichtern.

In diesem Zusammenhang sind auch Verfahren zu entwickeln, mit denen nicht unmittelbar aus Registern zu entnehmende Daten gewonnen werden können. Hierzu gehört die so genannte „Haushaltegenerierung“, ein Verfahren zur maschinellen Generierung von Haushaltszusammenhängen durch die kombinierte Nutzung von Melderegisterdaten und der in einer Gebäude- und Wohnungszählung primär erhobenen Daten.

Ein solcher Methodenwechsel muss zwingend durch

- eingehende Verfahrenstests,
- eine Prüfung der Qualität der relevanten Register und
- eine Prüfung der Validität der aus den verschiedenen Quellen zu gewinnenden Daten

vorbereitet werden. Mit dem Zensusvorbereitungsgesetz vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1882) beauftragte deshalb der Gesetzgeber die statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit entsprechenden Testerhebungen zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus (Zensus-test).¹⁾

Mit dem Zensus-test sollten im Wesentlichen über folgende Sachverhalte zuverlässige Erkenntnisse erlangt werden:

- Qualität der Melderegister im Hinblick auf Über- und Untererfassungen der Einwohner.

- Wirkungsgrad von Verfahren zur statistischen Bereinigung der Melderegister um Mehrfachfälle, Über- und Untererfassungen.
- Unterschiede in den Ergebnissen zwischen einer postalischen Erhebung der Wohnungsdaten bei den Gebäude-/Wohnungseigentümern (GWZ) und deren Erhebung durch eine direkte Befragung der Haushalte (Wohnungsnutzer) über Erhebungsbeauftragte.
- Die Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Verfahrens zur Haushaltegenerierung und Prüfung der Zuverlässigkeit dieses Verfahrens.
- Nutzungsmöglichkeiten und Qualität der Register der Bundesagentur für Arbeit.

Ergebnis des Zensus-tests

Zentrales Ergebnis des in den Jahren 2001/02 durchgeführten Zensus-tests war, dass ein registergestützter Zensus in Deutschland grundsätzlich machbar ist und sich die im Zensus-testgesetz vorgesehenen statistischen Methoden und Verfahren weitgehend als geeignet erwiesen haben.

Die festgestellten Fehlerquoten der Melde-register sind stark von der Organisation der Meldeverfahren in den einzelnen Bundesländern, aber besonders auch von der Gemeindegröße abhängig. Nach Einschätzung der statistischen Ämter bedarf es deshalb in größeren Gemeinden einer zusätzlichen Qualitätsprüfung und Bereinigung der zu verwendenden Registerdaten. Hierfür werden Primärerhebungen in Form von Stichproben als ausreichend angesehen.

Register-
gestützter
Zensus
grundsätzlich
möglich

Neue
Erhebungs-
verfahren
im Test

¹⁾ Zu Inhalt und Methoden des Zensus-tests siehe Kollmar, Helmut: Der Zensus-test, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 1/2002, S. 8–12.

Im Ergebnis kann ein registergestützter Zensus flächendeckend bis zur Gemeindeebene (teilweise auch darunter) folgende Daten ermitteln:

- Bevölkerungszahlen,
- Eckdaten zur Bevölkerungsstruktur (Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit sowie Familien- und Haushaltszusammenhänge),
- Angaben über Gebäude und Wohnungen einschließlich deren Größe und Ausstattung,
- Daten über die Erwerbstätigkeit der Beamten und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie über Arbeitslose.

Bisheriges Datenspektrum einer Volkszählung aus Registern allein nicht zu gewinnen

Ein nur auf Register gestützter Zensus liefert damit nicht vollständig die bisherigen Ergebnisse einer klassischen Volkszählung. Angaben über Selbständige, Pendler, Bildungsstand und Quellen des Lebensunterhalts der Bevölkerung fehlen beispielsweise. Zu deren Ermittlung bedürfte es ergänzender Primärerhebungen beim Bürger. Diese könnten – bei einer Beschränkung auf Stichprobenerhebungen – mit den bereits zur Qualitätsprüfung und Bereinigung der benutzten Register durchzuführenden Erhebungen (Registerkontrollen) zusammengefasst werden. Dabei werden die Stichprobenumfänge – und damit die entstehenden Kosten – entscheidend durch die regionale Nachweistiefe bestimmt, die auf der einen Seite für die Ergebnisse der Registerkontrollen und auf der anderen Seite für die zusätzlichen Daten gewünscht wird. In Abhängigkeit davon könnten für Deutschland die Kosten eines registergestützten Zensus zwischen rund 300 und 500 Mill. Euro liegen.

Kosten der Gewinnung zusätzlicher Daten von der regionalen Nachweistiefe abhängig

Offene Fragen bei der Bewertung des Alternativmodells

Die Entscheidung für eine konkrete Variante einer ergänzenden Stichprobenerhebung wird durch die sehr unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen und Gemeindegrößen in den einzelnen Bundesländern deutlich erschwert. So bedeutet beispielsweise die Wahl einer Erhebungsvariante, bei der sich aus Kostengründen die Registerkontrollen und die Gewinnung zusätzlicher Informationen auf größere Gemeinden (z. B. mit 10 000 und mehr Einwohnern) beschränken, dass kleinräumig strukturierten Flächenländern wie Rheinland-Pfalz – mit mehr als 2 300 zumeist kleineren Gemeinden – im Ergebnis überwiegend nur die aus den Registern und aus der postalischen Befragung der Gebäude- und Wohnungsinhaber stammenden Grunddaten zur Verfügung stünden. Aus den durch Stichprobenerhebungen gewonnenen zusätzlichen Daten könnten nicht einmal auf der Ebene von Verbandsgemeinden flächendeckend Ergebnisse erstellt werden. Bei Großstädten, wie z. B. Berlin, würden die notwendigen Daten zur Korrektur der aus Registern stammenden Bevölkerungszahlen fehlen, aber auch die fachlichen Ergänzungsdaten für Stadtbezirke, Gemeindeteile oder andere Planungseinheiten.

Zur Fortführung der Vorbereitungsarbeiten für einen registergestützten Zensus und zur Optimierung der Kosten-Nutzen-Relation wurde von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder zwischenzeitlich ein Projekt eingerichtet, das die Schaffung der methodischen, organisatorischen und rechtlichen Grundlagen für einen registergestützten Zensus zum Gegenstand hat. Dazu sollen – auch unter Mitwirkung der Wissenschaft – Vorschläge für Verfahren

Projekt zur Verbesserung der Kosten-Nutzen-Relation eines registergestützten Zensus

entwickelt werden, die eine Verbesserung der Ergebnisermittlung in tiefer regionaler Gliederung ermöglichen.

Zensus im Zeitraum 2010/11?

EU-Zensus-
runde um
2010 geplant

Den Empfehlungen der Vereinten Nationen folgend, in etwa 10-jährigem Abstand Zählungen durchzuführen, hat auch die Europäische Union erste Überlegungen angestellt, im Zeitraum 2010/11 eine neue Zensusrunde in allen Mitgliedsstaaten anzustreben. Dabei soll die Form der Erhebung – in Frage kommen beispielsweise direkte Befragungen der Bürger, Nutzung vorhandener Register, Kombinationsmodelle – den Einzelstaaten überlassen werden.

Zur Teilnahme Deutschlands an einer – wahrscheinlich also um 2010/11 stattfindenden – EU-weiten Zensusrunde sind vorbereitende Arbeiten erforderlich, die einer gesetzlichen Grundlage bedürfen. Daher ist als Teil des bereits erwähnten Projekts auch vorgesehen, bis spätestens Ende 2007 den Entwurf für ein so genanntes „Vorschaltgesetz“ zu erarbeiten.

Notwendigkeit
aktueller Daten
wird zuneh-
mend erkannt

Die Dringlichkeit, mit der die Veränderungen der letzten Jahrzehnte sowie der stattfindende demographische Wandel und dessen vielfältige Auswirkungen auf Staat, Gesellschaft und Wirtschaft erkannt, quantifiziert und bewältigt werden müssen, hat im politischen Raum und ebenso in Teilen der Öffentlichkeit die Erkenntnis wach-

sen lassen, dass auch die Bundesrepublik Deutschland auf aktuelle Daten angewiesen ist. Zudem haben die internationalen Anforderungen hinsichtlich vergleichbarer Daten Beachtung gefunden. So ist u. a. im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung die Beteiligung Deutschlands an einer EU-weiten Zensusrunde vereinbart worden. Dabei wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine solche Erhebung mit möglichst geringer Belastung für die Bürger und kostengünstig durchzuführen. Dieser Forderung entspricht eher ein registergestützter Zensus als eine herkömmliche Volkszählung, auch wenn diese in einzelnen Stellungnahmen Befürworter findet.

Die amtliche Statistik wird unter den derzeitigen Gegebenheiten die begonnenen Arbeiten für einen zukünftigen registergestützten Zensus intensiv fortsetzen und alle Maßnahmen unterstützen, die einer nachhaltigen Verbesserung der zur Verwendung in einem Zensus vorgesehenen Register dienlich sind. Gleichzeitig ist es erforderlich, in der Politik und vor der Öffentlichkeit neben den Möglichkeiten auch die Grenzen eines registergestützten Zensus bewusst zu machen.

Helmut Kollmar, Diplom-Volkswirt, leitet die Abteilung Gesellschaft, Bevölkerung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Index klettert im Dezember auf Fünfjahreshoch

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Dezember unerwartet stark verbessert

Die deutsche Wirtschaft präsentierte sich vor Weihnachten in einer unerwartet starken Verbesserung. Der ifo Geschäftsklimaindex kletterte von 97,8 auf 99,6 Punkte. Ein solch hoher Indexstand wurde zuletzt im August 2000 erreicht. Der kräftige Anstieg hat viele Experten überrascht. Nach der Delle im November war allgemein nur mit einer leichten Verbesserung des Geschäftsklimas gerechnet worden. Vor allem internationale Faktoren, wie die robuste Konjunktur in den USA, der zuletzt gesunkene Ölpreis und der stabile Dollar, werden als Gründe für die gute Stimmung in den Unternehmen angeführt. Damit ist der seit dem Frühjahr zu beobachtende Aufwärtstrend weiterhin intakt, und es gibt Hoffnungen auf eine spürbare Belebung in 2006.

Sowohl die Lage als auch die Geschäftserwartungen werden von Unternehmen deutlich besser eingeschätzt

Die vom ifo Institut befragten Unternehmen haben im Dezember ihre gegenwärtige Geschäftslage und ihre Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate wesentlich günstiger beurteilt als noch im November. Sowohl der Lageindex als auch der Erwartungsindex standen im November bei 97,8 Punkten. Beide sprangen im Dezember auf 99,6 Punkte.

Freundlichere Stimmung im verarbeitenden Gewerbe

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima nach dem Rückgang im November wieder merklich aufgehellt. Die Unternehmen in diesem wichtigen Bereich der deutschen Wirtschaft schätzten

vor allem ihre Geschäftsaussichten für das kommende Halbjahr günstiger ein als noch im November. Dies ist nicht zuletzt auf das Exportgeschäft zurückzuführen, an das die Unternehmen verstärkt optimistische Erwartungen knüpfen. Aber auch die Beurteilung der Geschäftslage hat sich im Vergleich zum Vormonat verbessert.

Die Stimmungsbesserung im Bauhauptgewerbe, die bereits seit September zu beobachten ist, setzte sich im Dezember fort. Die befragten Unternehmen in dieser Branche haben vor allem ihre Geschäftslage günstiger beurteilt als im November.

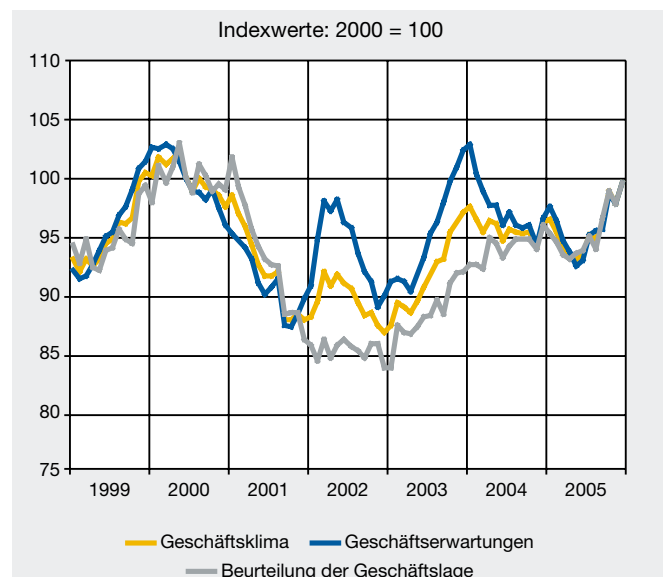
Weitere Klima-verbesserung im Bauhauptgewerbe

Auch im Handel ergab sich im Dezember ein deutlich günstigeres Geschäftsklima, und zwar sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel.

Spürbar bessere Stimmung im Handel

Stand:
Dezember
2005

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).

Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.

Dies ist ganz wesentlich auf eine positivere Einschätzung der aktuellen Geschäftslage zurückzuführen. Beim Einzelhandel spielt hier sicherlich das Weihnachtsgeschäft eine Rolle, das einträglicher als erwartet verlaufen ist. Aber auch die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate haben sich im Groß- und Einzelhandel verbessert.

Steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe – kräftiger Anstieg auch im Baugewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im September gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und zwar zum dritten Mal in Folge stärker als im Vormonat. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im September 2005 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 7,7%. Im August wurde ein Plus von 5% registriert.

Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung gegenüber dem Vorjahr durch Sondereinflüsse aufgrund erfassungstechnischer Änderungen im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ eingeschränkt. Wegen des hohen Gewichts der chemischen Industrie im verarbeitenden Gewerbe können sich diese Änderungen auch im Gesamtergebnis auswirken.

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im September 2005 erneut von Zuwächsen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland getragen. Dies ist seit Mai zu beobachten; seit Juni stiegen die Inlandsaufträge dabei jeweils deutlich stärker als die Aufträge aus dem Ausland. Im September lagen die realen Zuwachsraten in etwa auf dem gleichen Niveau. Bei den Bestellungen aus dem Inland wurde gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ein Plus von 7,8% registriert. Die Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich gegenüber September 2004 in ähnlichem Maß und stiegen um 7,5%. Im August 2005 hatte der Zuwachs an Aufträgen aus dem Inland bei 7% und an Inlandsaufträgen lediglich bei 3,1% gelegen.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im September 2005 ein kräftiges Auftragsplus. Die Fahrzeugbestellungen nahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat real um 10,3% zu. Zuvor hatte es im August 2005 mit +2,6% erstmals seit sechs Monaten wieder einen Zuwachs gegeben. Diese Wende ist auf die Inlandsaufträge zurückzuführen. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen aus der heimischen Produktion stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 31,3%. Im August hatte der Zuwachs bereits bei 20,8% gelegen. Dagegen sind die Auftragseingänge aus dem Ausland weiter rückläufig; im Vorjahresvergleich sanken sie im September 2005 um 7% – nach einem Minus von 11,6% im Vormonat.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im September 2005 im Vorjahresvergleich um 11% an, nach 6,8% im August. Aus dem Inland gab es wieder ein Auftragsplus, das auf dem Niveau der beiden Vormonate lag. Die Zuwachsrate belief sich im September 2005 im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 5,4%, nach 4,4% im August und 6,5% im Juli. Die

Steigerung der Auftrags-eingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland

Bestellungen aus dem Inland füllten die Auftragsbücher im Fahrzeugbau

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im September 2005 gegenüber dem Vorjahr um 7,7% gestiegen

Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar

Auftragseingänge im Maschinenbau weiter im Plus – Aufträge aus dem Ausland stiegen stärker als die Inlandsaufträge

Auftragszahlen aus dem Ausland sind im Vorjahresvergleich nach dem starken Anstieg um 8,5% im August noch einmal deutlich nach oben gegangen. Im September 2005 wurde hier ein Plus von 14,8% erreicht.

Steigende Nachfrage in der Metall-erzeugung und -verarbeitung kommt in erster Linie aus dem Ausland

In der Metallherzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) stiegen die Auftragseingänge im September 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat mit +3,7% genauso stark wie schon im August. Dabei blieben die Zuwächse bei den Inlandsbestellungen (+0,5% im Vergleich zum September 2004) deutlich hinter denen der Auftragseingänge aus dem Ausland (+8,2%) zurück. Im August 2005 war die Inlandsnachfrage noch um 3,4% gestiegen, während im Auslandsgeschäft ein Auftragsplus von 4,2% registriert wurde.

Vergleichbarkeit mit den Vormonaten in der chemischen Industrie eingeschränkt

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung mit dem Vorjahr durch erfassungstechnische Änderungen eingeschränkt. Die Auswirkungen lassen sich nicht quantifizieren.

Die Auftragseingänge in der chemischen Industrie erhöhten sich im September 2005 um 12,1% gegenüber dem September des Vorjahres. Im August hatte die Steigerungsrate noch bei 8,6% gelegen. Damit wurden wieder fast so hohe Zuwächse erreicht wie zwischen Dezember 2004 und Mai 2005 – das Plus bei den Auftragseingängen bewegte sich damals zwischen 13,6% im April und 17,7% im Februar 2005. Die Steigerung der Inlandsnachfrage fiel mit +7,4% gegenüber September 2004 etwas stärker aus als noch im August (+5,9%). Der Anstieg bei den Aufträgen aus dem Ausland war mit +14,7% im September wieder deutlich höher als in den vorausgegangenen Sommermonaten.

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Sep-

tember 2005 nach dem kräftigen Zuwachs vom August (+7,5%) noch einmal deutlich gestiegen. Im September nahmen die Bestellungen um 12,9% gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Damit setzte sich die positive Entwicklung fort, die sich bereits im Juli angedeutet hatte. Zuvor waren seit März jeweils sinkende Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahr beobachtet worden.

Steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bei weiter sinkender Zahl der Baugenehmigungen

Dagegen ist die Entwicklung bei den Baugenehmigungen alles andere als positiv. Nach dem deutlichen Rückgang vom August (-16,8%) ist ihre Zahl im September 2005 im Vorjahresvergleich um 14,6% gesunken. Obwohl diese Rückgänge nicht so hoch sind wie zum Jahresanfang, scheint es sich bei den leichten Zuwächsen in den Monaten Mai bis Juli doch nur um ein Strohfeuer gehandelt zu haben.

Leicht steigende Umsätze im Einzelhandel, Stagnation im Großhandel und Einbußen im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze weisen seit einem halben Jahr leichte Zuwächse auf. Im September 2005 ist der Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert um 1,7% gestiegen. Davor erhöhten sich die realen Umsätze gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat fünfmal in Folge zwischen 0,5% im Juli und 1% im Mai 2005.

Zuwächse im Einzelhandel – Stagnation im Großhandel

Im Großhandel ist dagegen derzeit kein eindeutiger Trend erkennbar. Nachdem die Umsätze im Mai gestiegen und im Juni zurückgegangen waren, stagnieren sie seither.

Im August gab es keine Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat, während im Juli und jetzt auch im September 2005 minimal steigende Umsätze zu verzeichnen waren. Gegenüber September 2004 stiegen die realen Großhandelsumsätze um 0,1%.

Anhaltender
Abwärtstrend im
Gastgewerbe

Im Gastgewerbe ist der Abwärtstrend ungebrochen. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im September 2005 gegenüber dem September des Vorjahres real um 1,3%. Der Rückgang blieb damit aber kleiner als die Umsatzverluste, die zu Beginn des Jahres zu beobachten waren.

Anstieg des Verbraucherpreisindex im Dezember wieder verlangsamt

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsisindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Verbraucher-
preise im
Dezember um
2,2% gestiegen

Der Verbraucherpreisindex erreichte im Dezember 2005 einen Wert von 109,4. Gegenüber dem Vormonat stieg der Index um 0,8%. Im Vergleich zum Dezember des Vorjahres ist der Verbraucherpreisindex um 2,2% gestiegen. Der Index liegt damit zum sechsten Mal in Folge über der 2%-Marke. Der starke Preisanstieg ist aber nicht etwa Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung, sondern im Wesentlichen auf die Verteuerung von Ölprodukten und die jüngste Erhöhung der Tabaksteuer zurückzuführen. Die Entwicklung des Ölpreises führte im Bereich „Verkehr“ zu einem Preisanstieg um 5,5%. Im Bereich „Bildungswesen“ kam es zu einer Steigerung von 5,4%. Rückläufige Preise im Vorjahresvergleich waren dagegen in den Bereichen „Bekleidung und Schuhe“ mit –1,8% sowie „Nachrichtenübermittlung“ mit –2,5% zu verzeichnen.

Arbeitslosenzahl hat sich kaum verändert

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Wie bereits im Oktober verlief die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen auch im November etwas anders als in den Jahren zuvor. Bisher machten sich die gewohnten saisonalen Effekte kaum bemerkbar. Ein Grund hierfür ist, dass die in dieser Jahreszeit üblichen Freisetzungen von Saisonarbeitskräften (wie beispielsweise im Bereich der Hotels und Gaststätten) derzeit durch günstigere Entwicklungen in anderen Bereichen überlagert werden. Ein weiterer Grund ist die Umstellung der Statistik vom Monatsende auf die Monatsmitte, die dafür sorgt, dass sich Saisoneffekte bisher nur zu einem Teil in den Zahlen widerspiegeln.

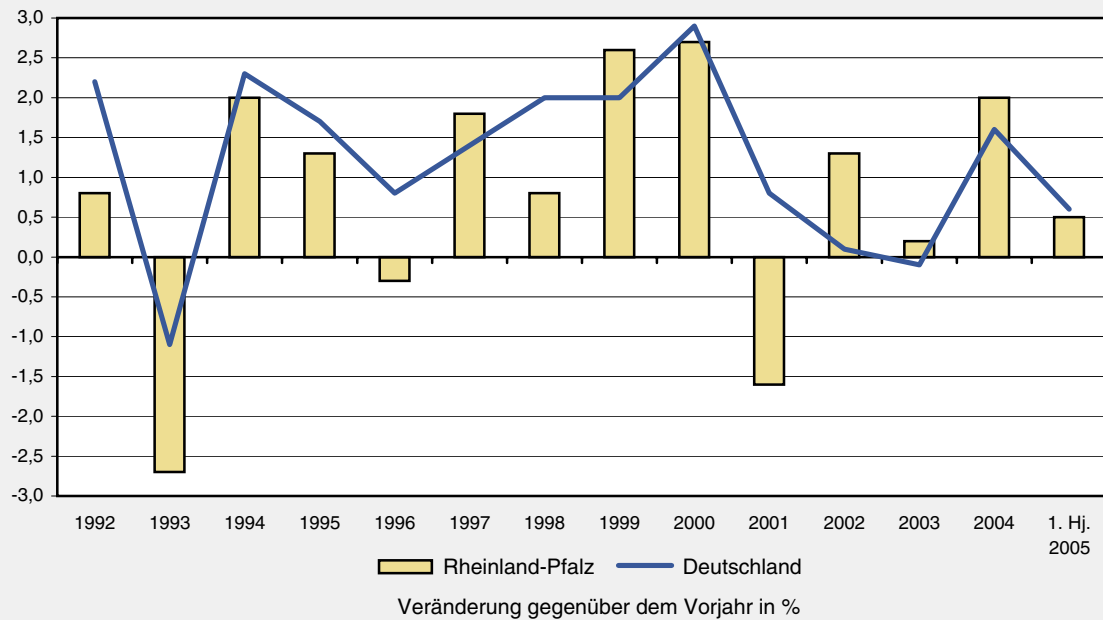
Zahl der
Arbeitslosen
im November
fast unverändert

Mitte November 2005 waren in Rheinland-Pfalz rund 164 200 Frauen und Männer ohne Arbeit. Das waren rund 400 oder 0,3% weniger als im Oktober. Im Vergleich zum November 2004 ist die Zahl der Arbeitslosen jedoch um 11 700 Personen oder 7,7% höher. Dieser deutliche Anstieg der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosenzahl ist aber immer noch eine Folge der Arbeitsmarktreformen zu Beginn des Jahres.

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im November 2005 auf 8,1% und blieb damit auf dem Niveau des Vormonats. Ein Jahr zuvor hatte die Quote bei 7,6% gelegen.

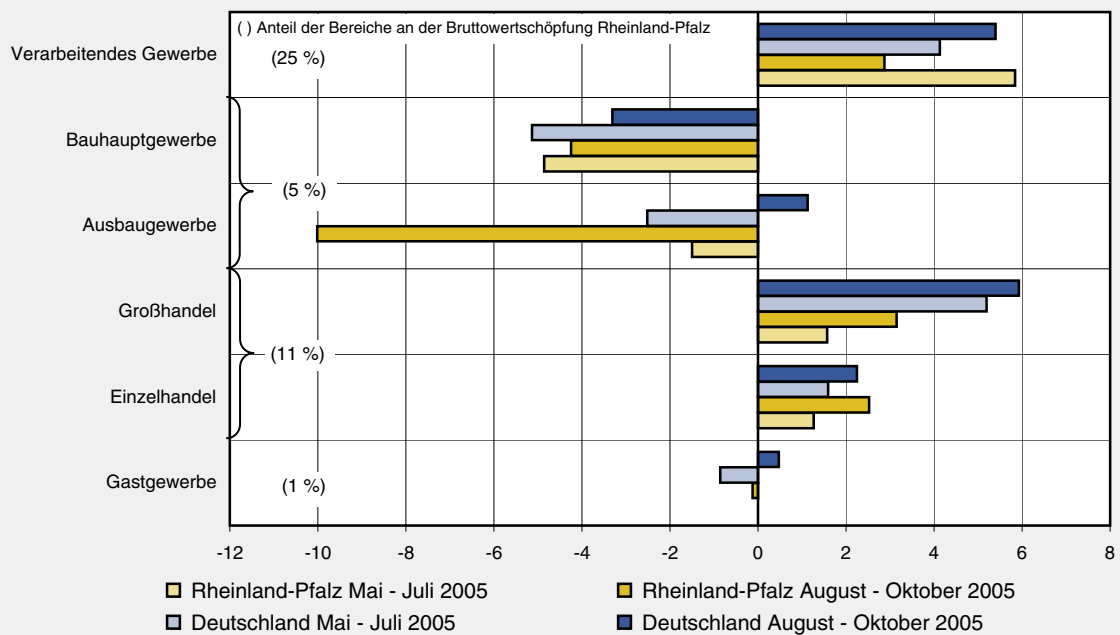
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdaten; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ (Berechnungsstand: September 2005)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2005 im Februar 2006.

Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland

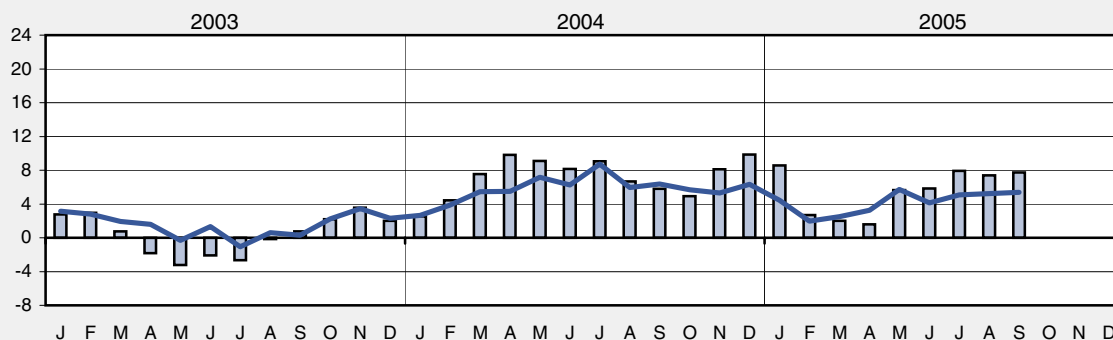


1) Ausbaugewerbe: Quartale.

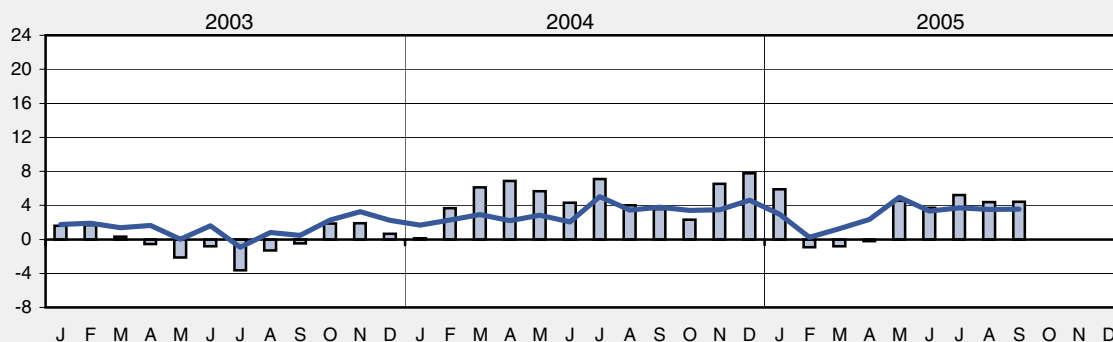
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

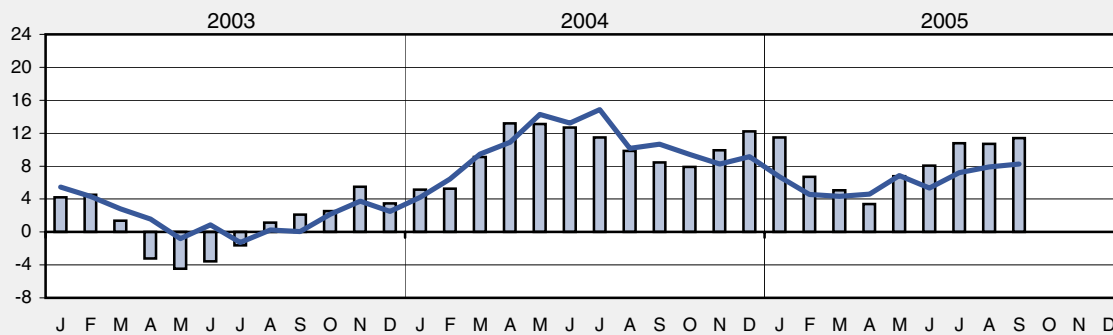
Insgesamt



Inland



Ausland



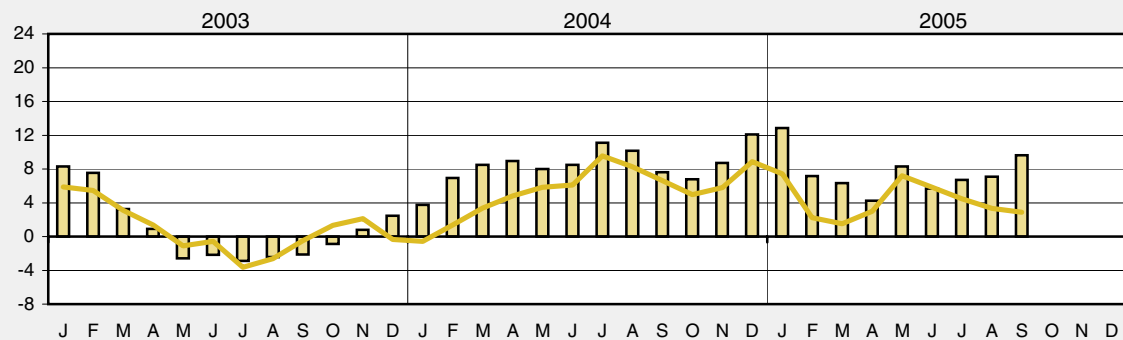
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

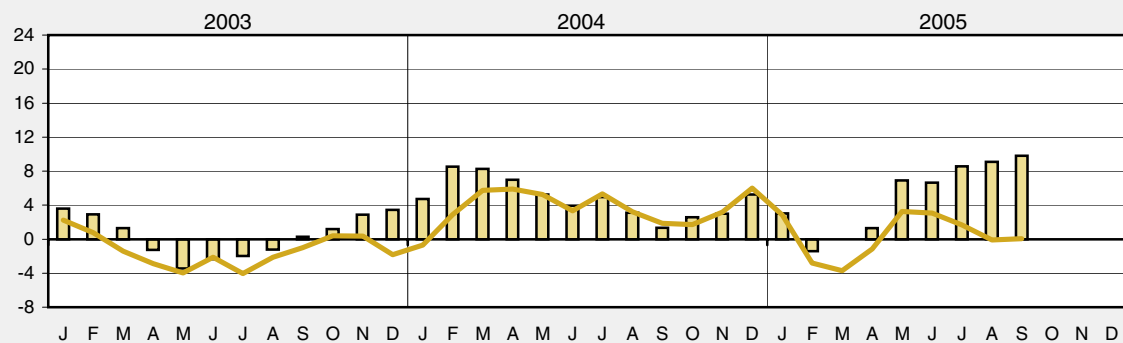
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

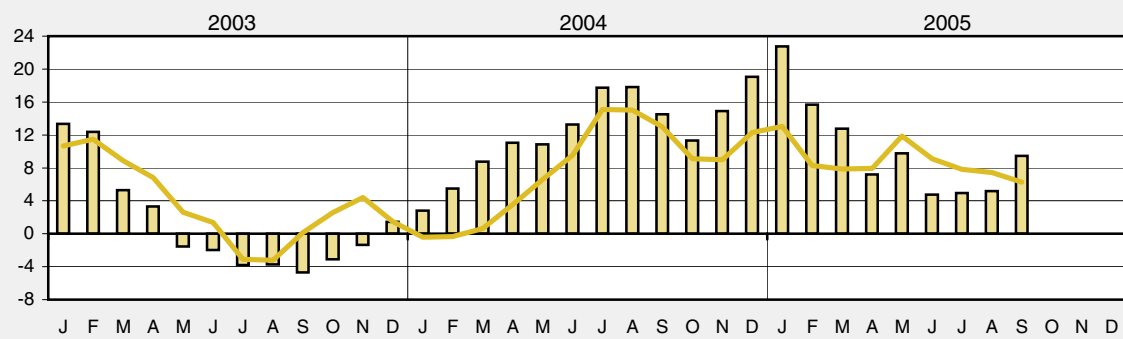
Insgesamt



Inland



Ausland

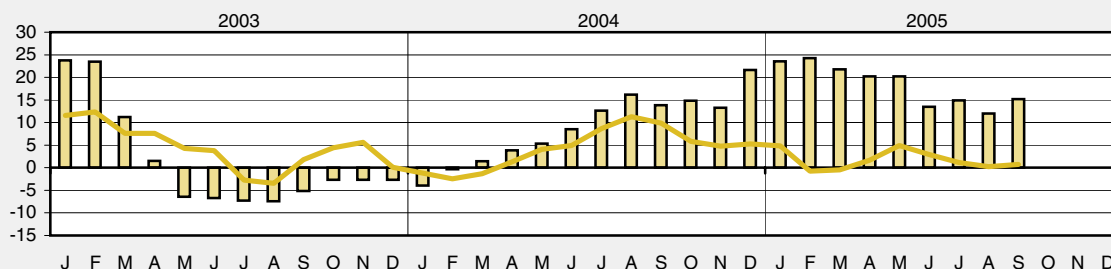


Auftragseingang Gesamtumsatz

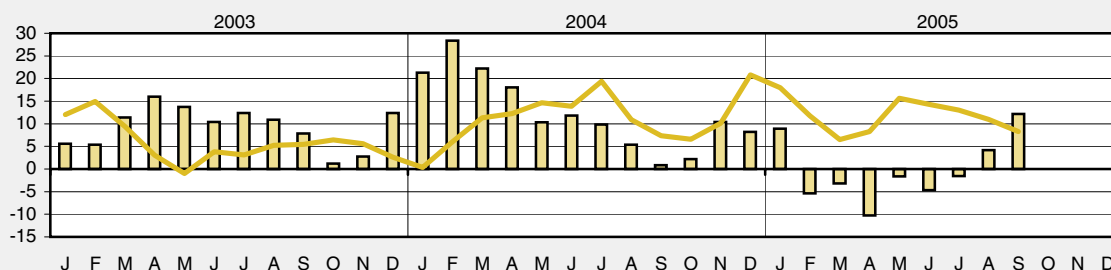
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

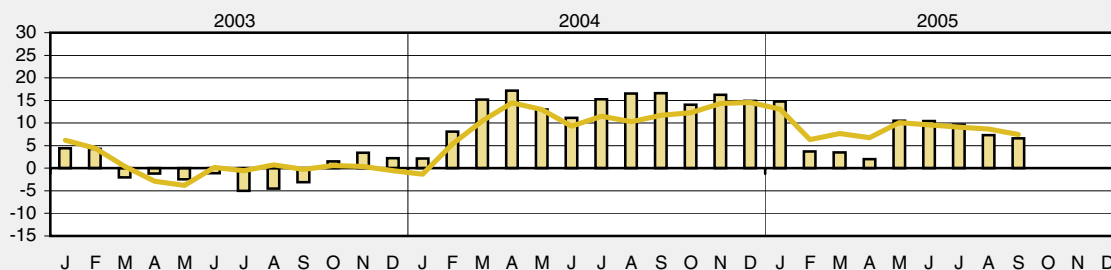
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 32%)



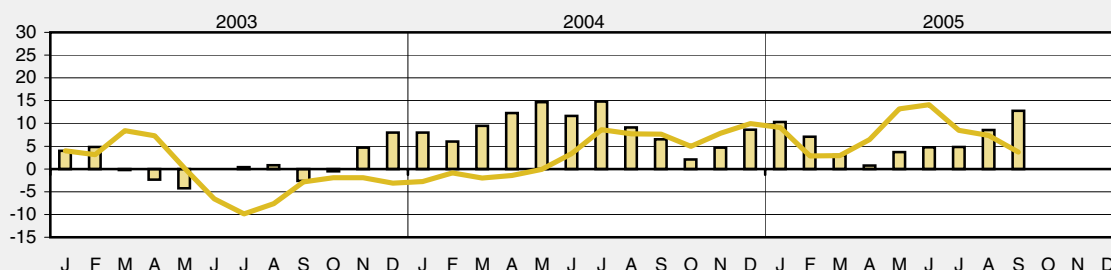
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 15%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 10%)



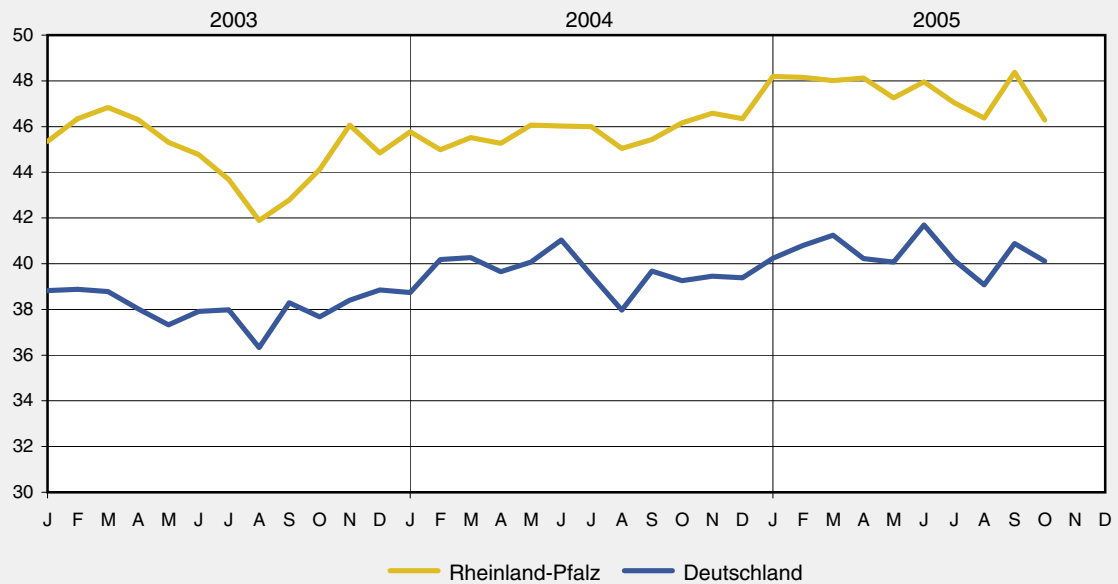
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 9%)



Auftragseingang Gesamtumsatz

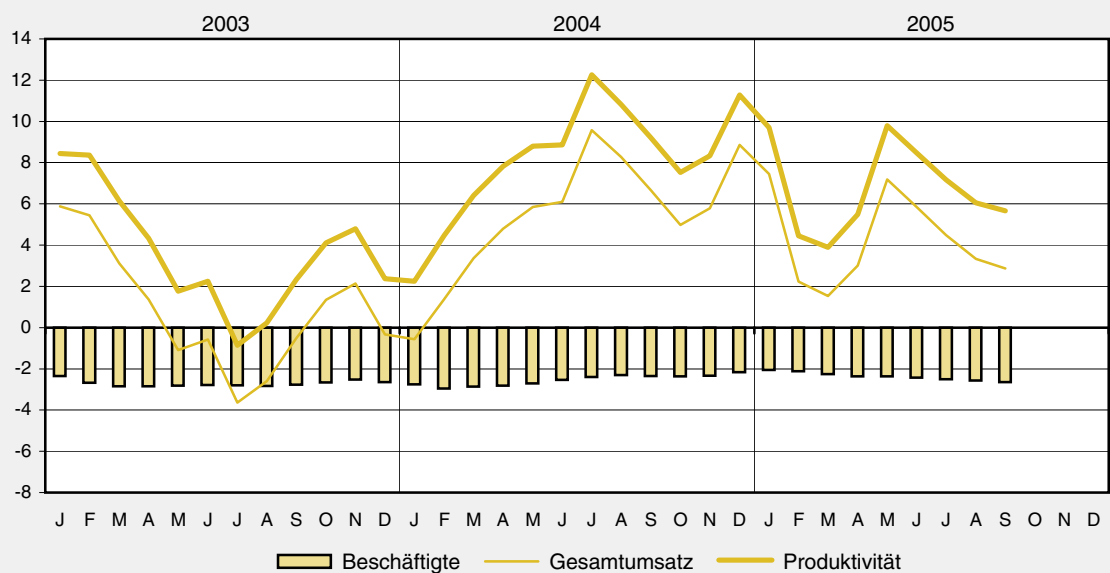
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

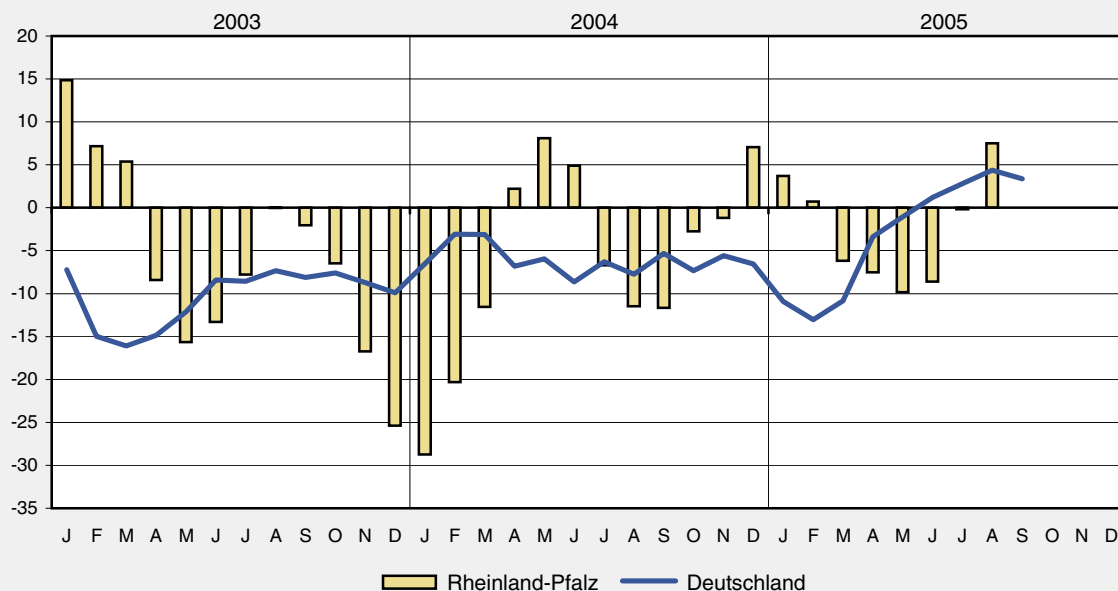
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

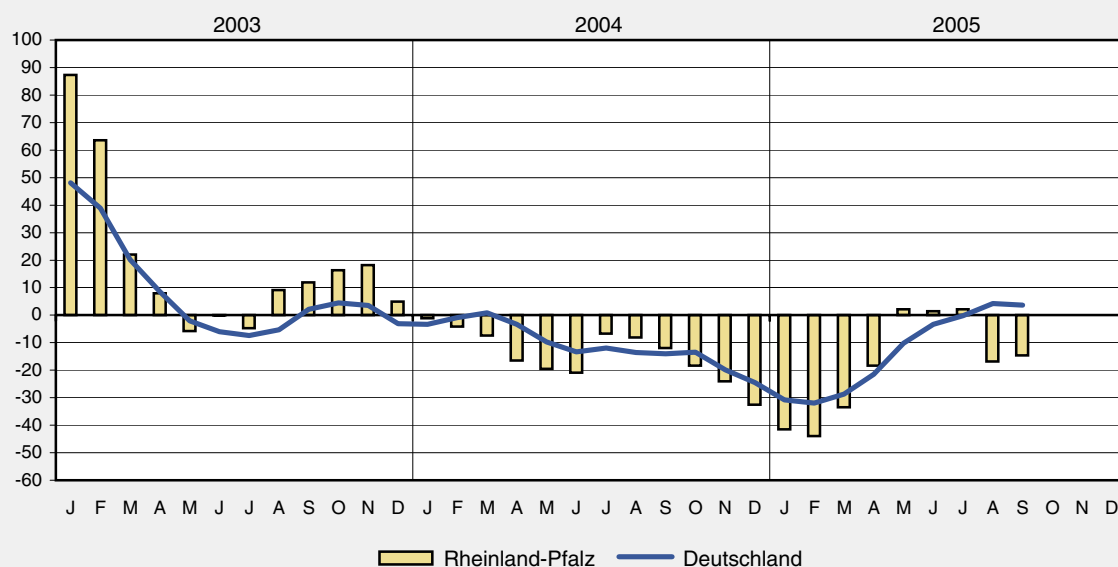
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



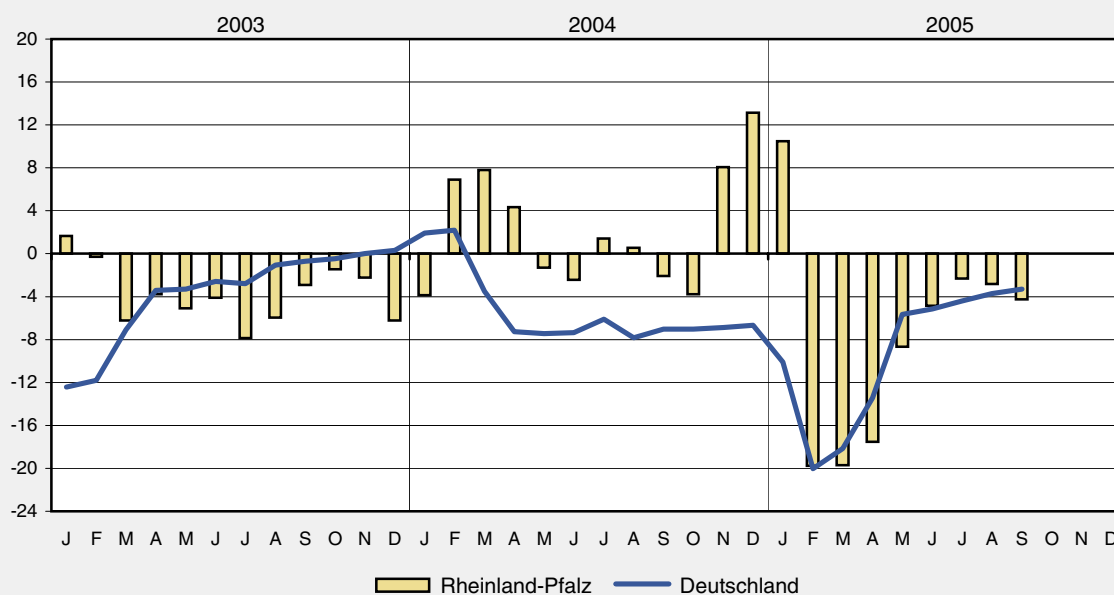
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

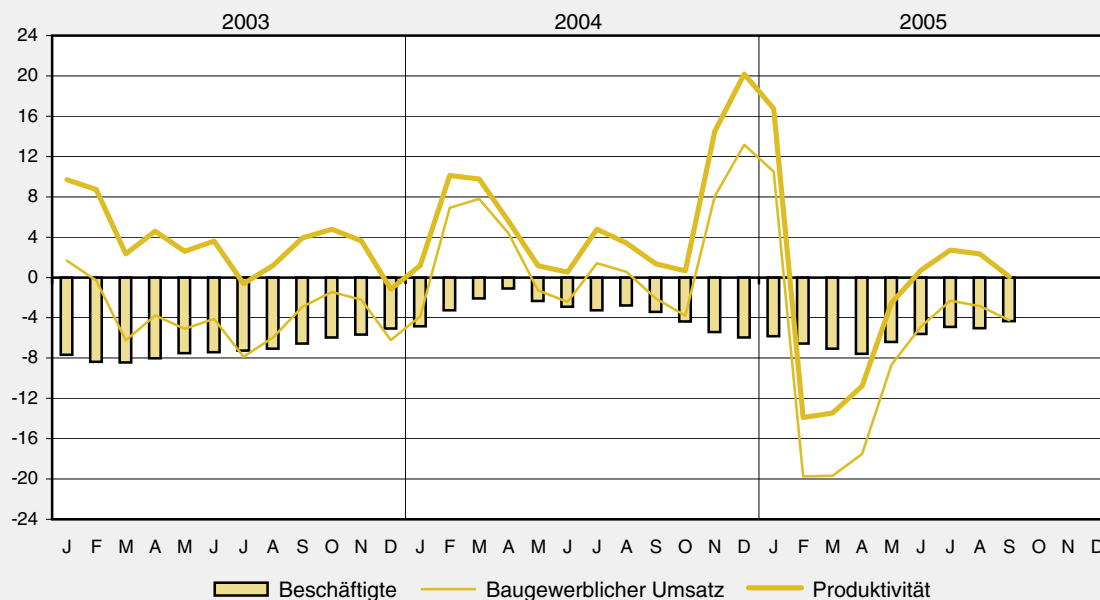
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

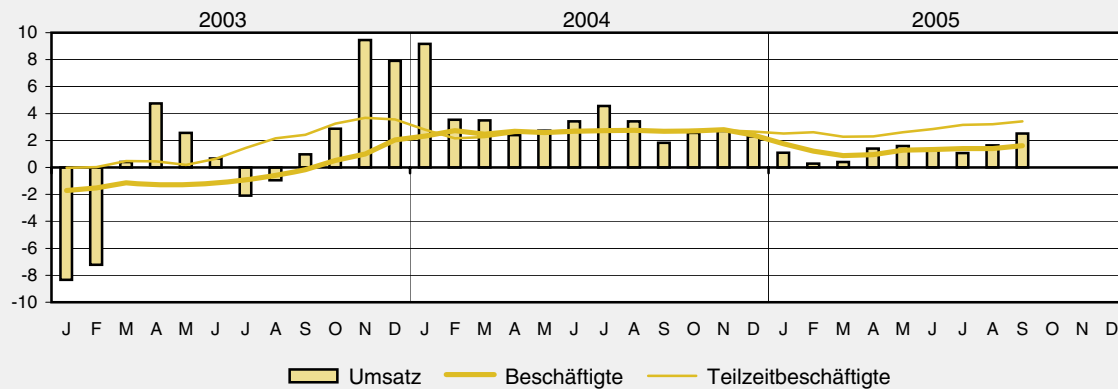
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



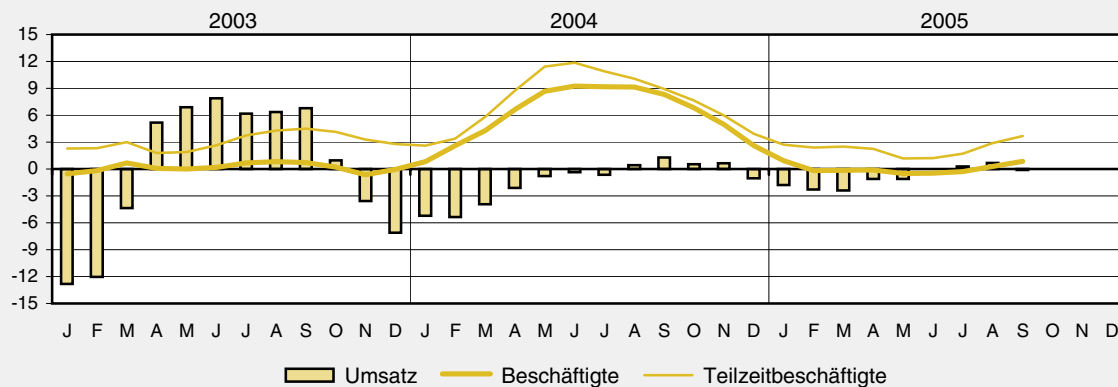
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

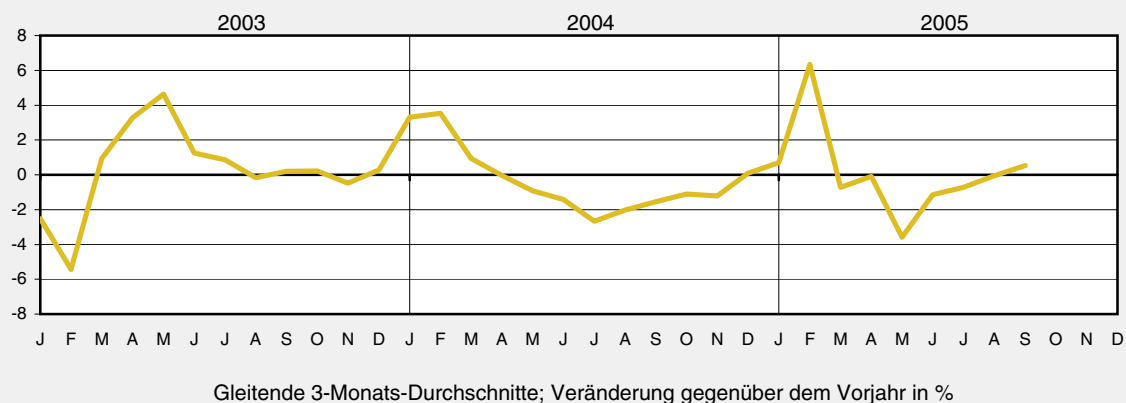
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



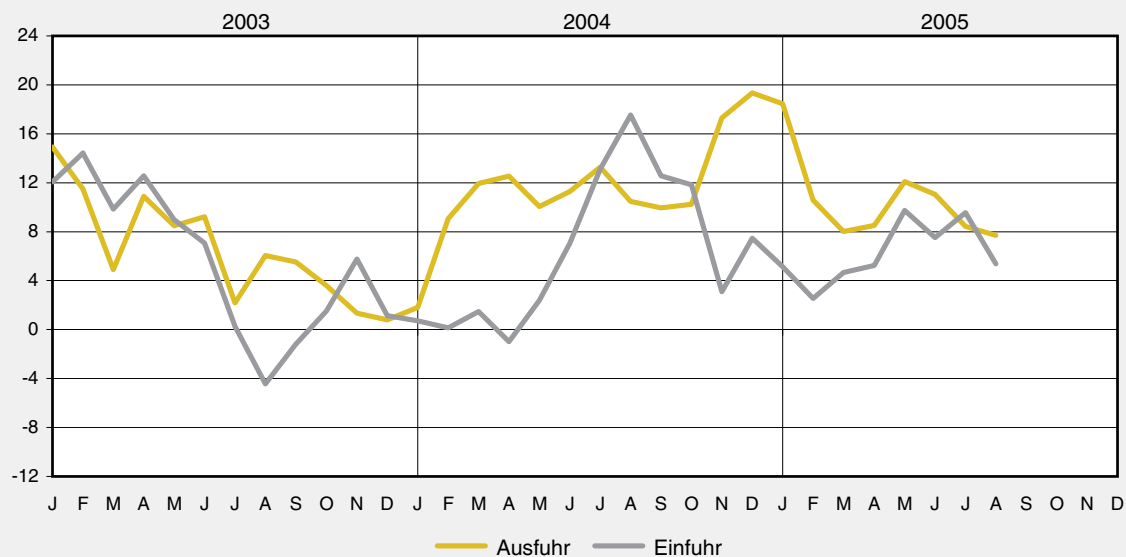
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

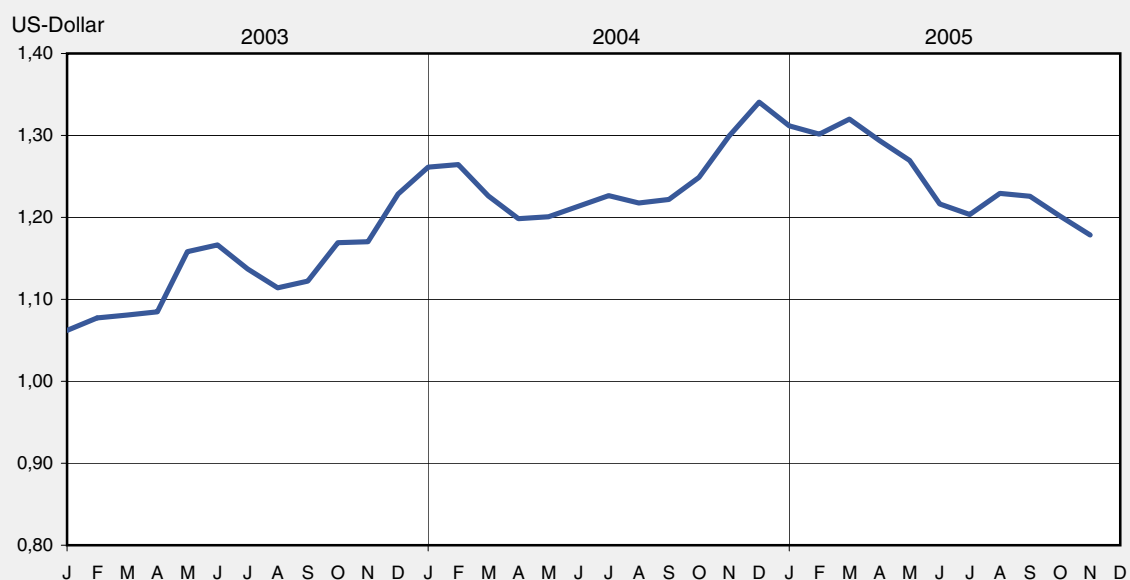


Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



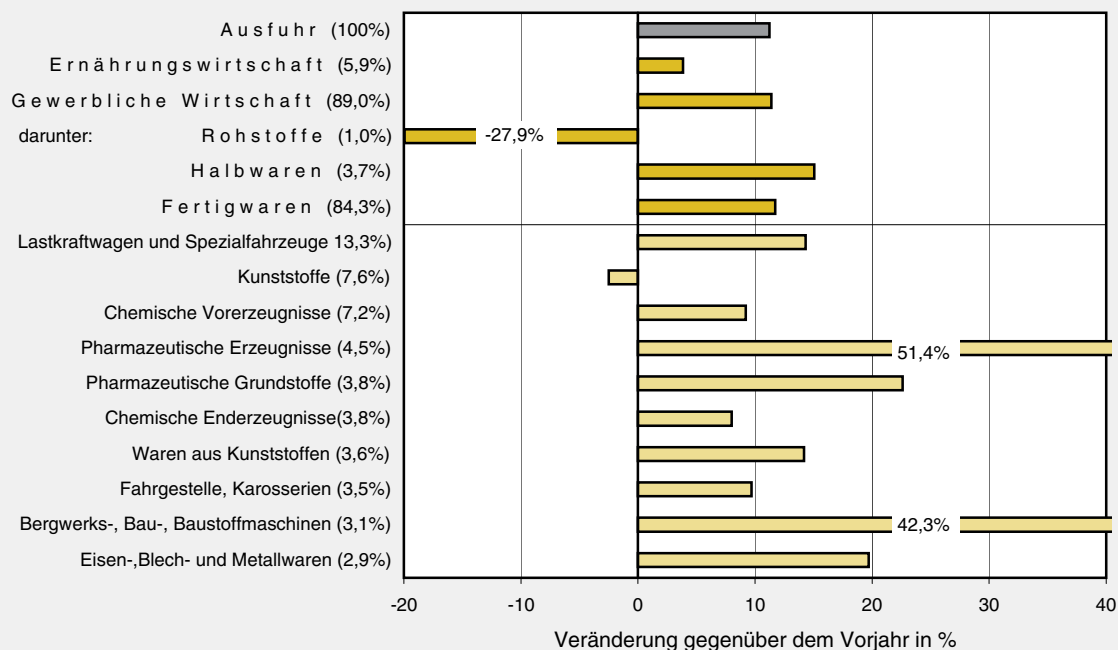
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

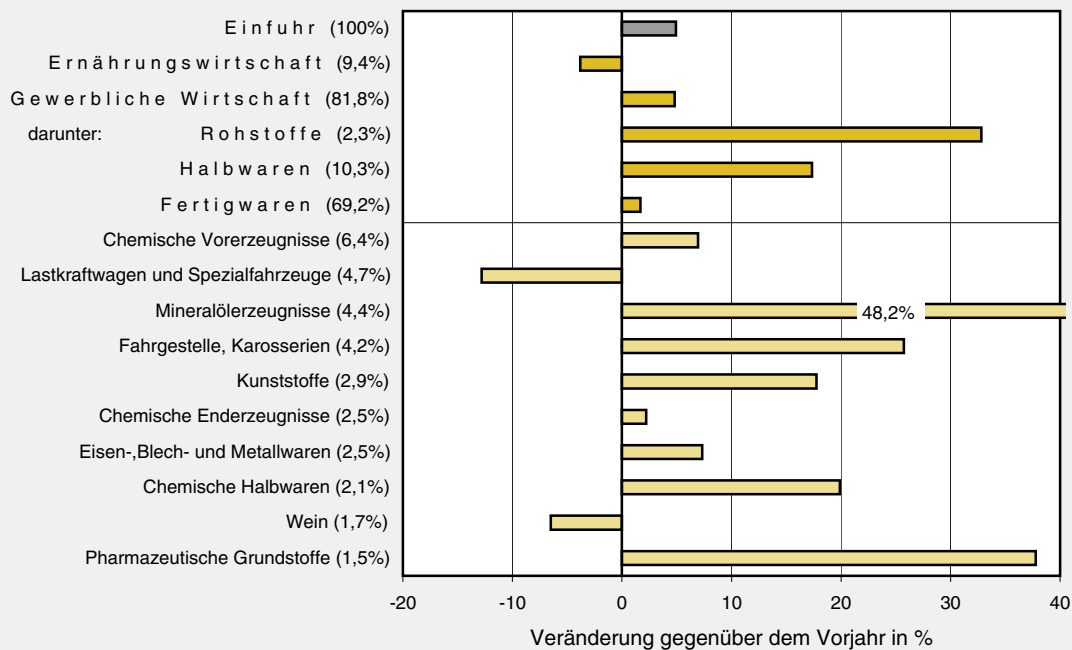


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Oktober 2004 - September 2005)

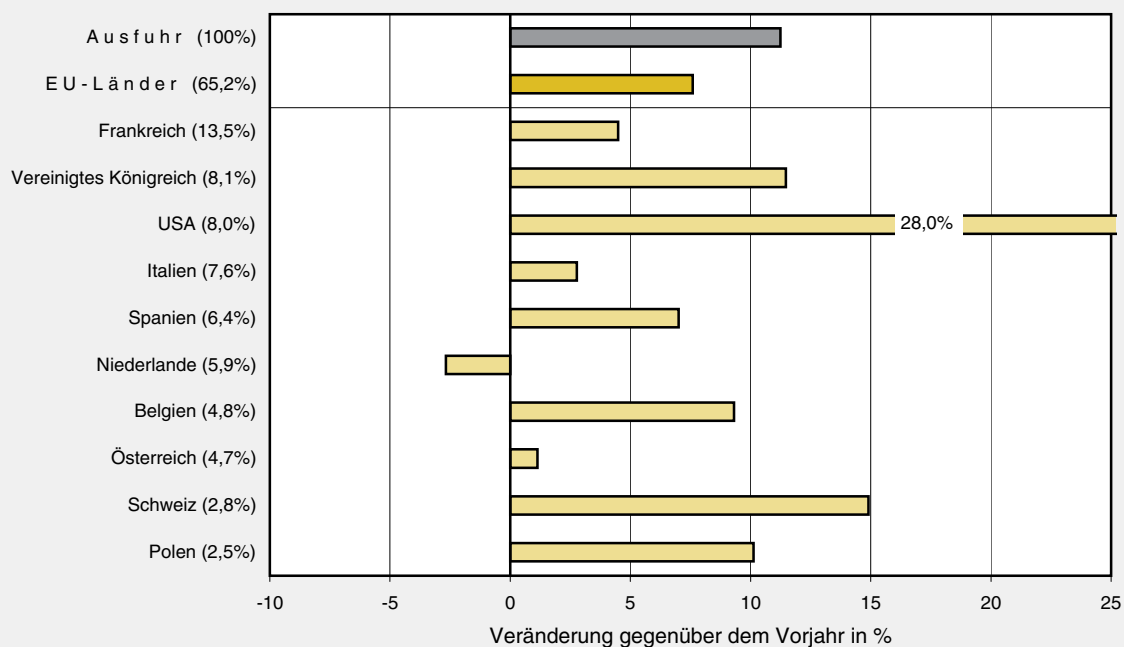


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Oktober 2004 - September 2005)

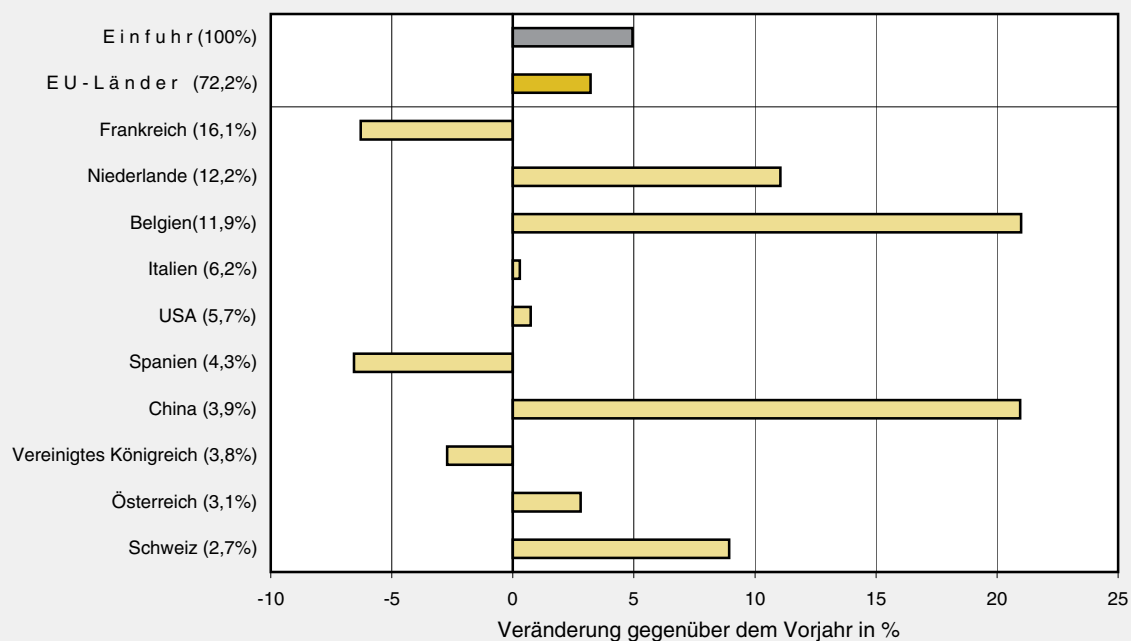


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(Oktober 2004 - September 2005)

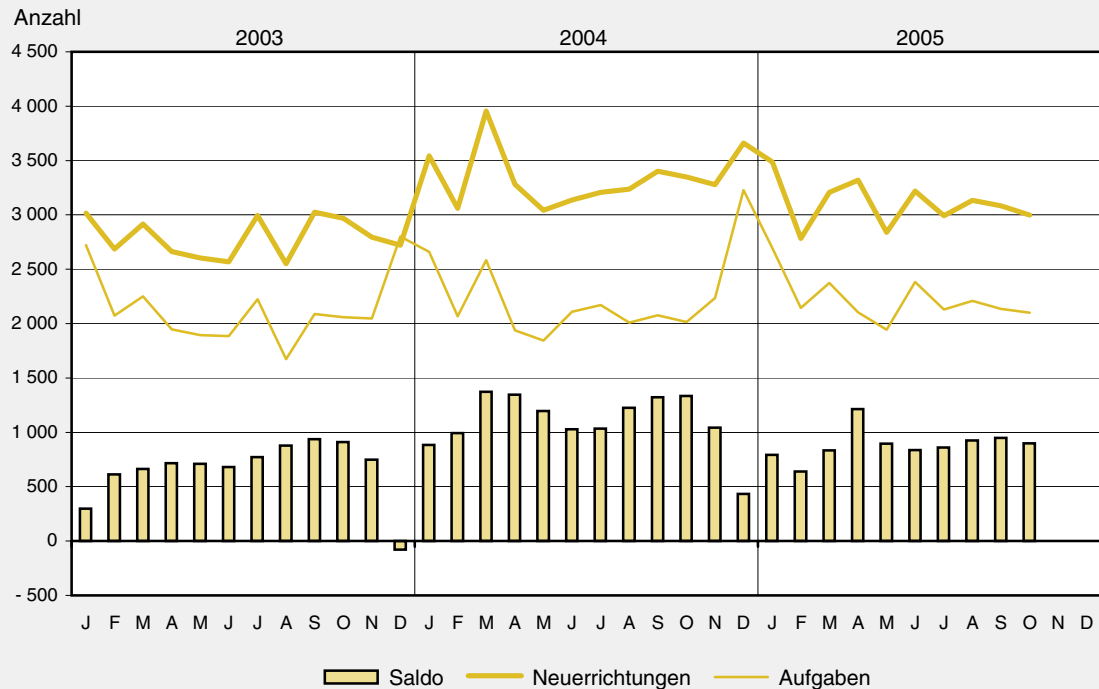


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(Oktober 2004 - September 2005)

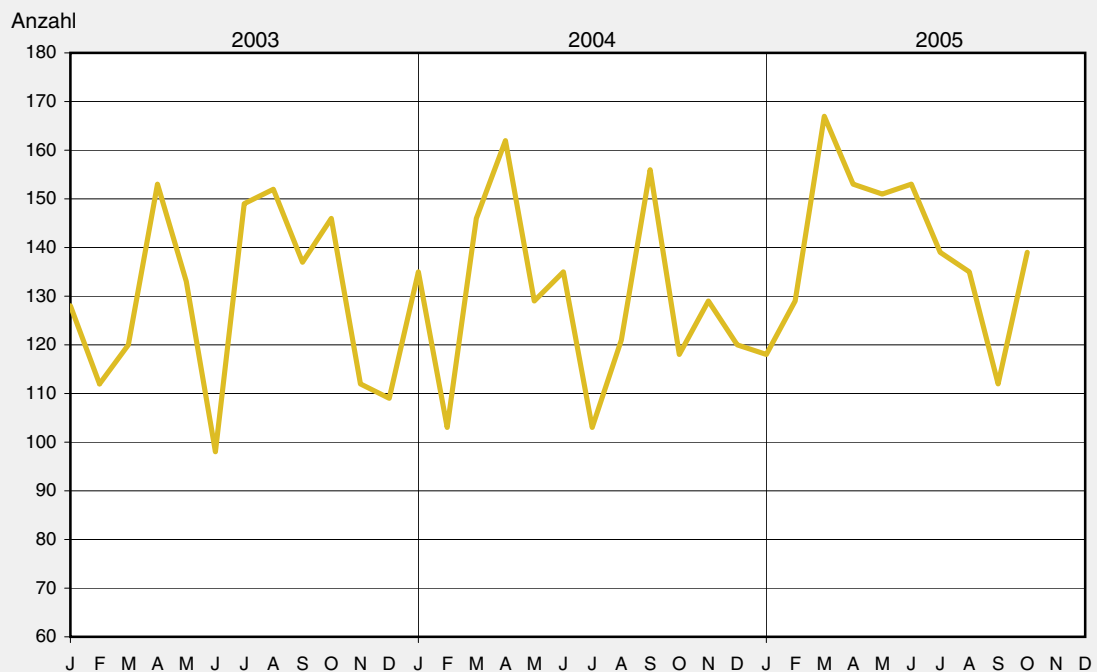


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

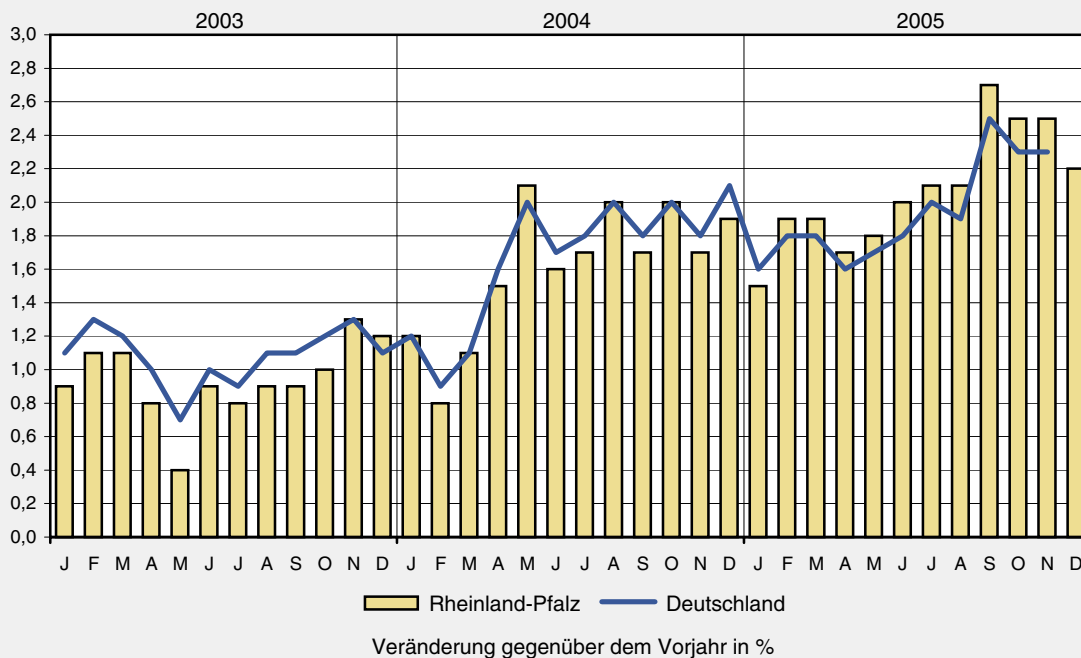
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



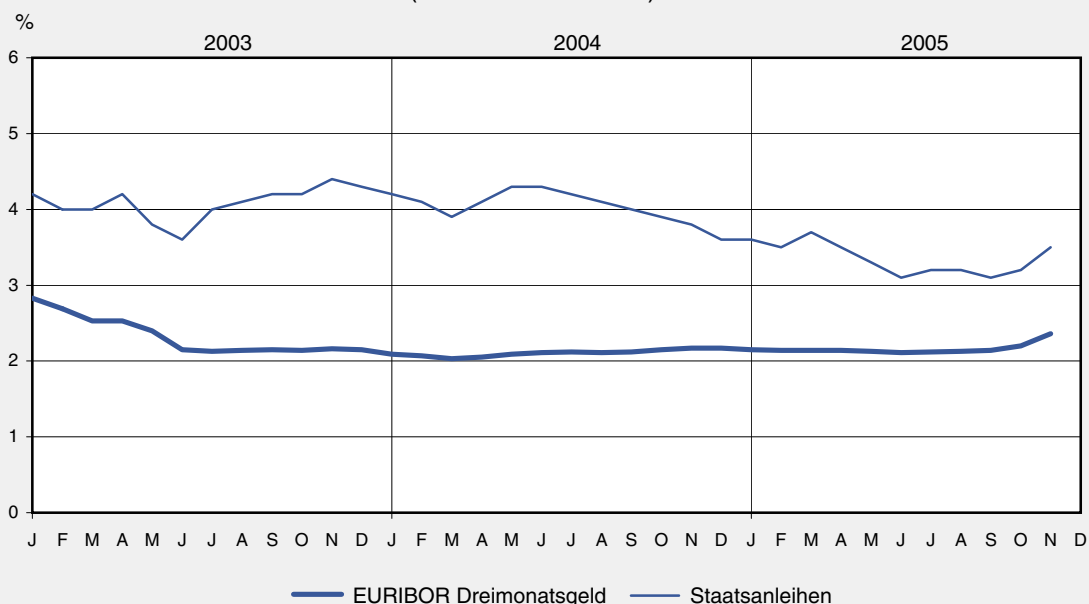
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

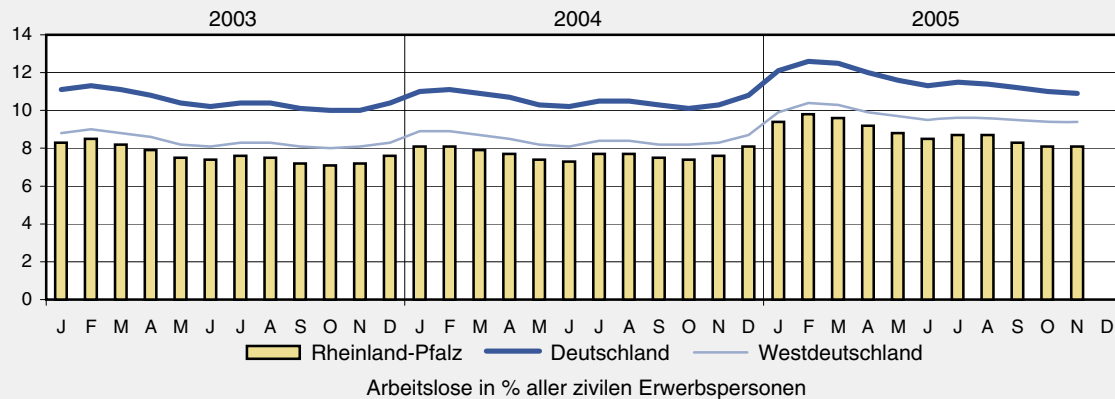


Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

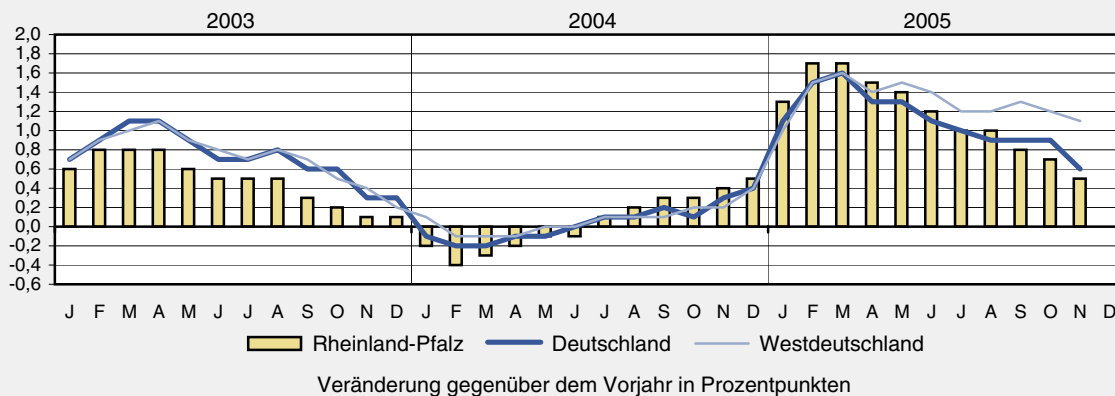


Quelle: Deutsche Bundesbank.

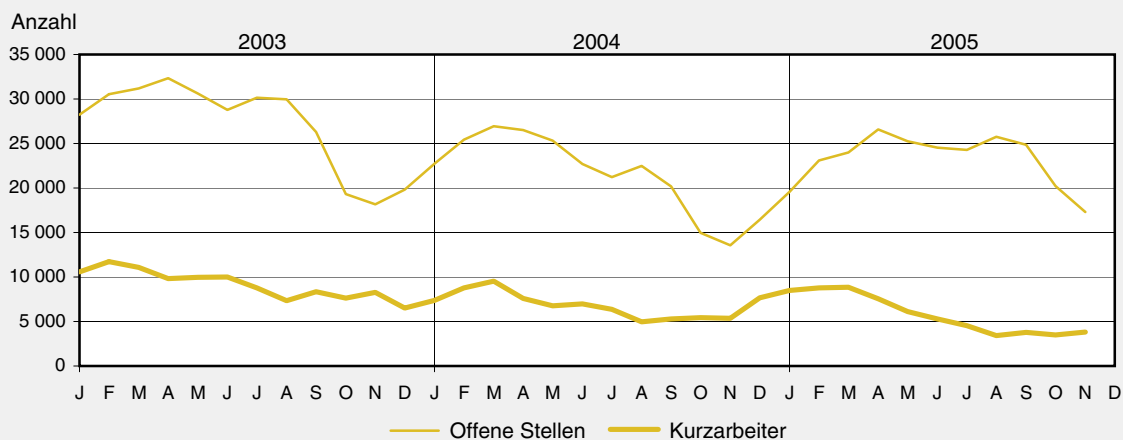
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

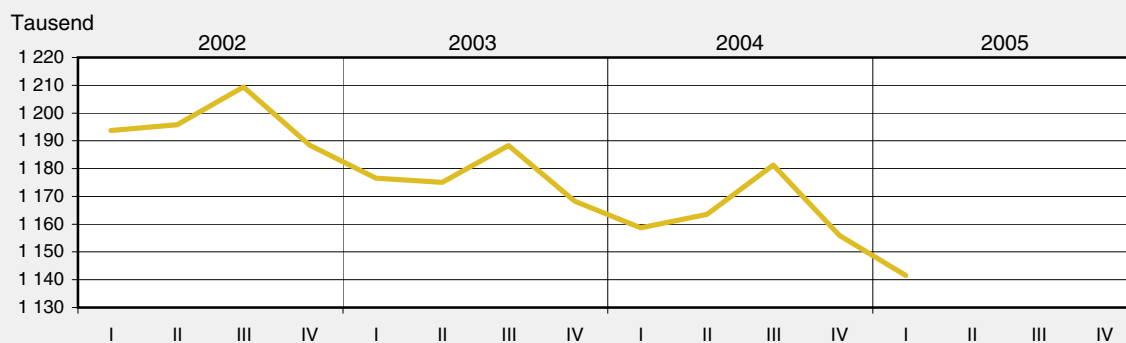


Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

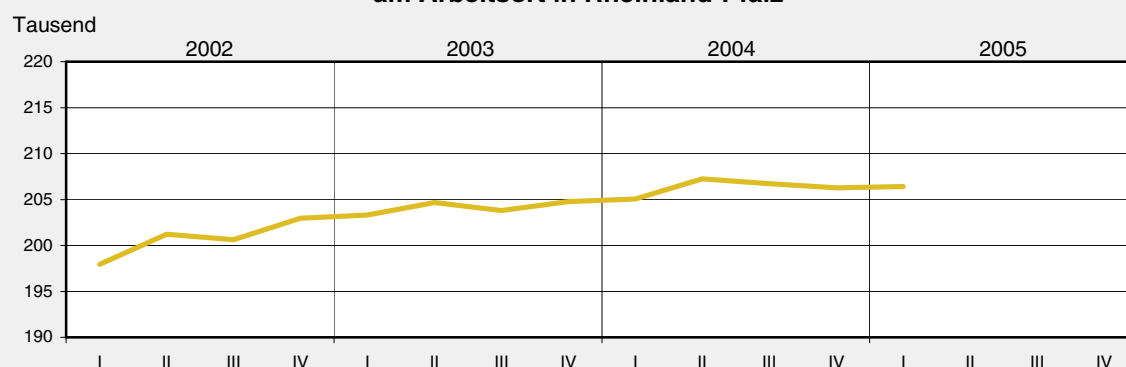


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

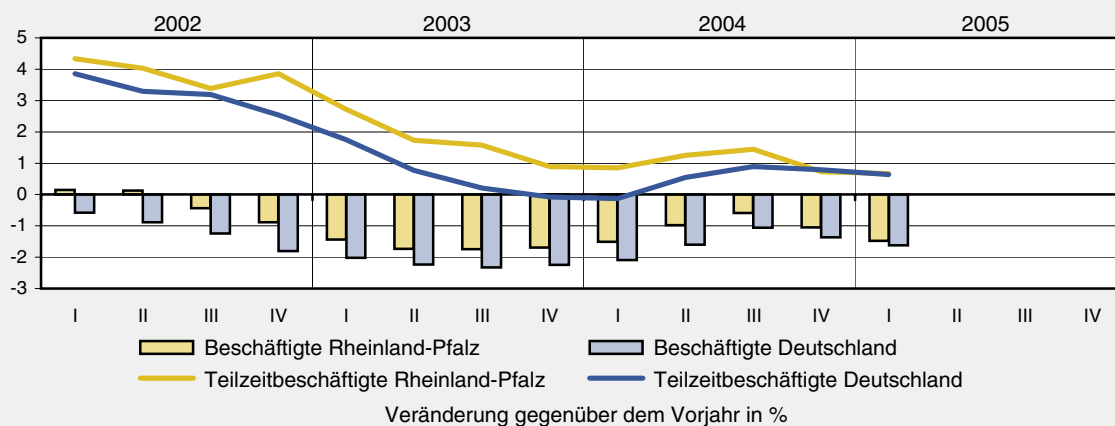
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



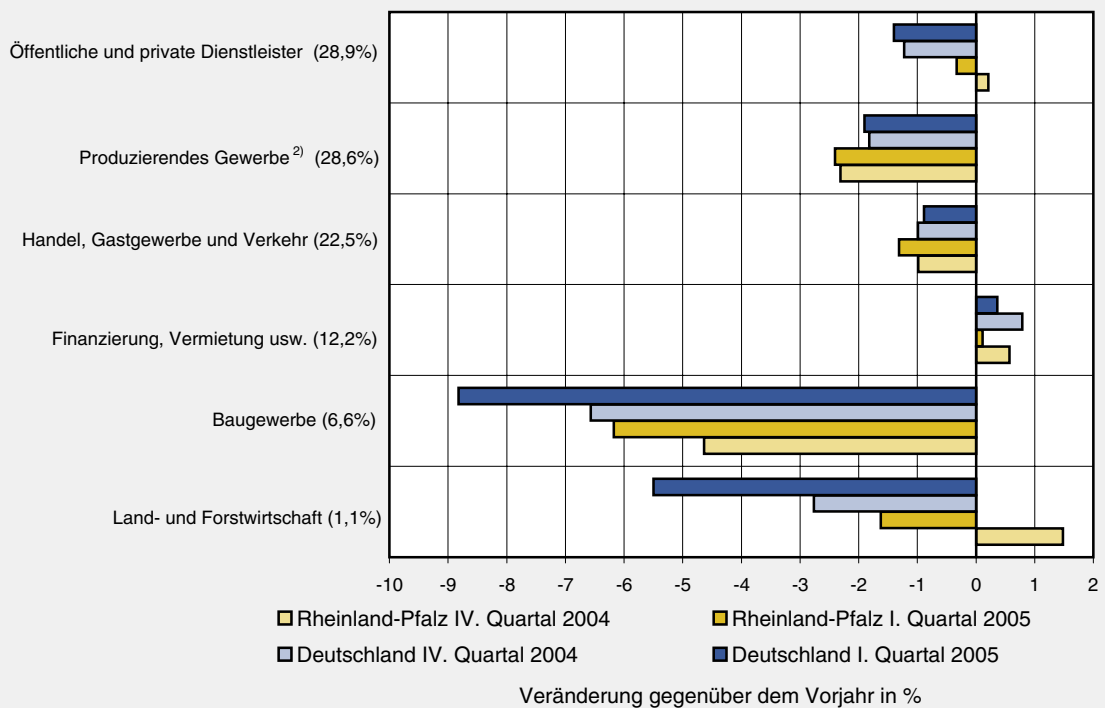
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2004. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. Dezember 2005.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbspersonen

Die EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Euro-Referenzkurs

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

Exportquote

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunktorentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehende sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



37	1.279.036	20.053.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
081	1.474.661	22.438.521	4.092.465
	1.789.099	21.687.249	4.092.465

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ¹⁾	4 061 ¹⁾	4 058	4 059	4 061	4 058	4 060	4 060
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	312 ¹⁾	316	316	317	314	315	315
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾									
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 677	1 753	2 216	2 475	2 390	2 969	1 885	2 390
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 840	2 785	2 839	3 132	3 121	2 665	2 870	2 669
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,2	8,5	9,1	9,1	7,7	8,6	7,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 661	3 464	3 241	3 337	3 371	3 702	3 369	3 070
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,2	9,7	9,7	9,8	10,7	10,1	8,9
* darunter im 1. Lebensjahr									
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	14	12	16	15	8	6	7	12
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,9	4,1	6,4	3,7	3,3	2,3	2,4	4,5
* Überschuss der Geborenen (+)									
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 821	- 679	- 402	- 205	- 250	- 1 037	- 499	- 401
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,0	- 1,2	- 0,6	- 0,7	- 3,0	- 1,5	- 1,2
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 406	8 107	8 396	9 040	10 004	8 479	8 827	8 792
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 346	2 218	2 418	2 550	2 469	2 021	2 418	2 571
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 505	7 237	7 128	7 886	8 063	6 452	7 062	7 937
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	1 849	2 114	1 814	2 453	2 223	1 533	1 943	2 181
* Wanderungsgewinn (+)									
bzw. -verlust (-)	Anzahl	900	870	1 268	1 154	1 941	2 027	1 765	855
* Innerhalb des Landes									
Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 821	12 969	12 978	13 515	15 118	13 044	13 237	12 602
ERWERBSTÄTIGKEIT									
Beschäftigte	Einheit	2002	2003			2004			2005
		30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
* Sozialversicherungspflichtig									
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 196	1 175	1 188	1 168	1 159	1 164	1 181	1 156
* Frauen	1 000	532	527	531	527	524	522	530	523
* Ausländer/-innen	1 000	76	72	73	69	69	70	71	66
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	201	205	204	205	205	207	207	206
* darunter Frauen	1 000	176	179	178	179	179	181	181	180
davon nach Wirtschaftsbereichen									
* Land- und Forstwirtschaft,									
Fischerei	1 000	14	13	13	11	12	13	13	12
* produzierendes Gewerbe									
ohne Baugewerbe	1 000	351	340	342	338	334	333	335	330
* Baugewerbe	1 000	85	80	82	77	74	77	79	74
* Handel, Gastgewerbe									
und Verkehr	1 000	271	265	268	262	260	262	268	259
* Finanzierung, Vermietung und									
Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	141	144	141	141	142	145	142
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	334	335	338	338	337	336	340	339

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2005 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Arbeitslose	Anzahl	154 664	155 111	150 289	149 000	152 285	175 766	168 104	164 610
* Frauen	Anzahl	66 055	66 311	66 394	65 784	66 580	84 004	81 082	79 775
* Männer	Anzahl	88 609	88 800	83 895	83 216	85 705	91 762	87 022	84 835
darunter									
Bauberufe	Anzahl	8 181	8 265	6 965	7 026	7 602	7 441	6 978	6 863
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 796	44 605	42 093	41 868	43 177	48 620	46 034	44 674
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	8,5	8,6	8,3	8,2	8,4	9,7	9,3	9,0
* Frauen	%	7,8	7,8	7,8	7,7	7,8	9,8	9,5	9,3
* Männer	%	9,2	9,2	8,8	8,7	8,9	9,6	9,1	8,9
* Ausländer/-innen	%	17,7	17,7	17,0	17,1	17,6	20,9	20,3	20,2
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,1	8,3	8,7	8,1	8,2	11,9	10,5	9,2
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	9 170	6 844	5 303	5 439	5 342	3 408	3 790	3 473
* Gemeldete Stellen	Anzahl	27 293	21 679	20 060	14 975	13 568	25 766	24 861	20 233
darunter									
Bauberufe	Anzahl	473	299	307	305	202	1 331	1 302	961
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 473	4 429	4 753	4 211	3 889	6 205	6 057	5 927

BAUTÄTIGKEIT (Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

	Einheit	2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Wohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	988	828	647	682	533	629	692	670
davon mit ...									
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	949	790	603	644	514	603	670	646
3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	39	38	44	38	19	26	22	24
davon									
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	2	-	1	2	-	1	-
Unternehmen	Anzahl	125	97	94	106	57	77	110	106
private Haushalte	Anzahl	862	729	553	575	474	552	581	564
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 322	1 154	927	1 240	691	858	863	868
* Umbauter Raum	1 000 m ³	952	810	629	753	501	595	629	605
* Wohnfläche	1 000 m ²	172	147	115	137	91	110	118	115
Wohnräume	Anzahl	7 525	6 416	5 066	5 926	3 990	4 793	5 045	4 904
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	217	184	143	166	114	138	144	139

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	128	130	139	134	148	139	166	125
davon									
öffentl. Bauherren und Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	15	16	22	9	15	15	25	19
Unternehmen	Anzahl	106	105	104	121	127	120	131	99
private Haushalte	Anzahl	6	10	13	4	6	4	10	7
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	16	15	10	21	20	34	39	2
* Umbauter Raum	1 000 m ³	661	662	1 087	484	571	538	1 054	927
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	98	148	72	95	88	159	120
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	67	90	34	59	52	144	95

Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß- nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 491	1 314	1 071	1 409	826	1 002	1 044	933
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	8 660	7 421	5 953	6 921	4 787	5 613	6 073	5 363

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 393	10 830	10 114	10 578	11 109	9 200	10 815	10 596	11 241
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 693	2 752	2 242	2 570	3 016	1 938	2 602	2 889	3 011
* Kälber	t	18	20	14	15	20	9	9	13	14
* Schweine	t	7 595	7 968	7 770	7 914	7 985	7 189	8 106	7 593	8 108
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	9 621	9 535	9 213	9 404	9 334	10 000	9 944	9 913	10 201
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	64 148	63 617	63 441	61 229	62 337	66 892	64 933	60 362	60 922
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 260	2 184	2 188	2 179	2 181	2 116	2 112	2 106	2 095
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	288 559	281 120	282 446	282 410	281 039	274 259	275 122	275 016	273 440
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	180 771	175 217	176 474	176 149	174 684	170 203	170 690	170 293	169 334
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	36 381	35 893	33 640	36 499	36 194	35 212	34 036	35 490	34 504
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	889	884	825	829	845	827	824	822	845
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	455	451	430	430	435	417	424	422	434
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	434	433	395	399	411	411	400	400	411
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 230	5 508	5 202	5 800	5 621	5 597	5 394	6 074	5 632
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	2 779	2 953	2 765	3 138	3 033	2 845	2 772	3 190	2 925
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 366	1 477	1 387	1 519	1 533	1 661	1 453	1 696	1 575
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	115	104	129	123	101	97	121	125
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	968	962	946	1 014	931	990	1 072	1 066	1 008
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 666	1 735	1 580	1 799	1 720	1 595	1 635	1 838	1 663
Fahrzeugbau	Mill. EUR	751	829	767	854	902	905	840	970	921
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 348	2 521	2 343	2 635	2 595	2 633	2 501	2 938	2 608
Exportquote ⁷⁾	%	44,9	45,8	45,0	45,4	46,2	47,0	46,4	48,4	46,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,6	106,8	99,1	106,1	106,6	109,5	106,1	116,0	113,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	99,1	104,2	96,4	108,8	106,4	108,2	105,0	113,8	110,1
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	100,5	111,4	104,1	100,5	104,9	111,5	105,7	117,3	117,8
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,1	98,2	91,9	95,0	106,3	96,6	92,7	97,1	98,9
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	103,1	108,1	99,3	115,4	115,6	115,6	120,5	132,7	126,1
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen ⁸⁾	2000=100	102,3	109,4	99,4	115,1	111,8	117,7	120,0	124,1	121,6
Fahrzeugbau	2000=100	105,2	119,1	114,4	101,7	108,6	114,0	110,6	122,7	124,7
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	87	86	85	85	85	88	88	88	87
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 660	10 377	10 309	10 381	10 347	10 120	10 175	10 231	10 210
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 363	1 329	1 196	1 366	1 328	1 287	1 213	1 334	1 273
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	34	33	29	29	37	31	30	30	37
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	640	668	573	648	660	486	525	590	499
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	624	651	553	627	643	468	512	571	487

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –

2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit

im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. –

7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 9) Kraft-

werke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit
im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. –
7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 9) Kraft-
werke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe

Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾

Baugewerbe	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	39 526	38 163	38 895	38 872	37 830	36 587	37 007	36 935	36 637
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 967	3 780	3 707	4 542	4 181	4 050	3 766	4 085	3 839
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 568	1 543	1 479	1 867	1 673	1 716	1 536	1 634	1 547
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	995	931	918	1 045	1 009	887	892	935	851
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 404	1 305	1 310	1 630	1 499	1 447	1 338	1 516	1 441
darunter Straßenbau	1 000 h	639	599	607	757	701	735	646	774	722
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	90	85	89	87	83	80	87	84	81
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	67	63	68	66	61	60	67	64	61
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	21	21	21	20	20	20	20
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	332	343	356	369	358	370	342	352	343
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	106	116	123	118	119	121	109	115	109
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	92	86	87	88	85	94	87	84	84
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	133	140	146	163	154	155	147	153	149
darunter Straßenbau	Mill. EUR	56	57	57	73	69	62	64	76	71

Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}

Einheit		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	368	332	331	331	334	331	319	320	...
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	12 338	11 708	11 569	11 497	11 999	11 767	11 207	11 488	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 677	3 558	3 446	3 467	3 681	3 636	3 330	3 652	...
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	80	77	73	75	78	83	72	77	...
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	57	55	52	54	56	59	51	55	...
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	23	22	21	22	22	24	20	21	...
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	270	263	195	244	281	335	183	240	...

HANDEL

Großhandel ^{p 7)}

Großhandel ^{o 7)}	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Beschäftigte	2003=100	100	99,2	99,9	100,5	100,5	98,1	99,4	99,8	99,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	105,0	106,8	105,5	105,9	111,5	113,9	113,9	114,4
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	103,8	102,9	109,9	110,8	103,6	109,8	113,6	110,4
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	100	101,8	99,9	107,2	107,4	98,6	104,2	106,9	103,8

Einzelhandel ^{p 9)}

* Beschäftigte	2003=100	100	102,7	103,0	103,0	103,7	103,7	104,5	104,9	105,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	102,5	102,8	102,9	104,0	105,8	106,5	106,6	107,2
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	103,1	98,8	101,1	105,0	104,0	102,0	104,6	106,0
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	100	103,0	98,8	101,2	104,7	103,3	101,4	103,6	104,9

Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}

* Beschäftigte	2003=100	100	98,2	99,3	99,7	99,3	98,4	99,6	99,4	99,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	92,3	93,5	92,5	92,8	97,0	96,5	96,2	97,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	102,4	94,1	100,4	104,7	107,7	97,0	103,8	103,0
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	100	101,3	92,9	99,4	103,6	105,6	95,0	101,4	100,3

GASTGEWERBE ^p

* Beschäftigte	2003=100	100	106,4	109,7	109,8	107,2	109,5	109,7	111,0	108,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	100	107,7	110,4	110,7	108,1	113,9	113,2	115,4	112,7
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	100	98,9	107,8	109,5	108,1	108,1	107,9	110,3	106,8
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	100	98,1	106,3	108,4	107,4	105,5	105,3	107,6	105,0

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitraums. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Gästeankünfte	1 000	561	580	747	799	774	782	791	819	782
* darunter von Auslandsgästen	1 000	123	130	207	154	144	227	232	154	151
* Gästeübernachtungen	1 000	1 657	1 652	2 521	2 223	2 168	2 318	2 584	2 224	2 170
* darunter von Auslandsgästen	1 000	375	376	760	419	377	745	838	450	408
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 357	2 262	2 537	2 451	2 492	2 355	2 550	2 233	2 447
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 540	1 447	1 738	1 630	1 682	1 696	1 824	1 511	1 681
* Getötete Personen	Anzahl	30	24	31	37	26	22	39	32	18
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	17	13	16	19	12	9	19	15	7
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	5	10	12	8	8	13	10	6
Radfahrer	Anzahl	2	1	3	1	1	2	1	4	2
Fußgänger	Anzahl	3	3	2	3	4	1	5	1	-
* Verletzte Personen	Anzahl	2 042	1 881	2 249	2 146	2 126	2 164	2 392	1 932	2 159
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	409	376	475	480	433	426	497	391	435
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	203	191	210	236	178	172	204	145	169
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	95	84	136	126	124	117	129	130	116
Radfahrer	Anzahl	51	45	77	77	66	81	98	72	90
Fußgänger	Anzahl	40	38	34	22	42	33	46	26	41
Kraftfahrzeuge										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 807	13 587	11 164	12 955	12 936	14 111	12 229	11 114	14 609
darunter										
Krafträder	Anzahl	975	865	765	562	332	961	749	576	410
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 525	11 583	9 542	11 347	11 417	11 972	10 414	9 527	12 691
* Lastkraftwagen	Anzahl	917	738	607	703	829	720	743	711	1 122
Zugmaschinen	Anzahl	200	239	172	225	232	259	200	179	312
Personenbeförderung										
	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	.	69 121	71 535	70 036	62 460	72 451	66 493	65 026	54 394
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	.	643	623	654	517	776	573	570	493
Binnenschifffahrt										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gütereingang	1 000 t	1 125	1 185	1 237	1 148	1 169	1 184	1 215	1 232	1 273
* Güterversand	1 000 t	756	808	827	757	828	942	887	988	967
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 383	2 638	2 680	2 588	2 616	3 147	2 823	2 682	2 987
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	162	156	154	149	159	176	168	195	192
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 157	2 349	2 386	2 308	2 318	2 813	2 517	2 360	2 645
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	27	27	16	18	18	18	13	17
* Halbwaren	Mill. EUR	83	99	92	93	98	111	111	99	120
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 055	2 223	2 267	2 199	2 202	2 684	2 388	2 249	2 508
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	669	694	676	651	719	718	649	582	844
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 387	1 529	1 591	1 548	1 483	1 966	1 739	1 667	1 664

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 780	1 933	1 972	1 817	1 936	2 321	2 074	1 929	2 257
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 590	1 721	1 751	1 624	1 731	2 053	1 811	1 656	1 962
Belgien	Mill. EUR	142	127	109	123	128	153	137	124	158
Luxemburg	Mill. EUR	31	35	34	30	39	50	42	39	33
Dänemark	Mill. EUR	33	32	27	33	28	36	37	38	43
Finnland	Mill. EUR	20	20	20	21	22	21	20	16	24
Frankreich	Mill. EUR	317	356	373	345	352	460	355	283	383
Griechenland	Mill. EUR	23	27	20	20	30	42	58	44	48
Großbritannien	Mill. EUR	190	215	226	228	214	269	238	260	261
Irland	Mill. EUR	11	12	14	10	11	13	13	16	15
Italien	Mill. EUR	186	200	209	155	219	227	217	143	223
Niederlande	Mill. EUR	154	156	140	149	140	150	142	136	170
Österreich	Mill. EUR	114	124	131	135	125	127	117	122	134
Schweden	Mill. EUR	44	52	53	46	56	73	38	93	61
Spanien	Mill. EUR	153	168	181	140	175	202	182	137	172
Portugal	Mill. EUR	19	19	21	15	16	22	18	16	20
* Afrika	Mill. EUR	50	61	73	72	64	59	77	67	62
* Amerika	Mill. EUR	260	300	295	293	271	286	288	318	292
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	201	227	212	219	203	192	200	246	210
* Asien	Mill. EUR	271	319	317	378	324	447	355	342	349
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	50	48	51	48	44	42	45	52
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	22	25	22	27	21	28	29	26	27
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 558	1 647	1 688	1 578	1 768	1 864	1 857	1 782	1 665
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	157	171	155	158	153	167	157	177	140
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 328	1 321	1 367	1 270	1 443	1 530	1 535	1 447	1 380
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	47	28	50	49	67	67	61	68
* Halbwaren	Mill. EUR	165	188	206	205	224	236	258	256	188
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 126	1 085	1 133	1 015	1 169	1 227	1 210	1 130	1 124
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	289	352	295	287	348	306	303	284
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	851	797	781	720	882	879	905	827	840
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 244	1 318	1 373	1 267	1 450	1 478	1 455	1 394	1 285
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 133	1 189	1 257	1 139	1 299	1 324	1 292	1 245	1 145
Belgien	Mill. EUR	163	200	192	228	197	201	179	218	208
Luxemburg	Mill. EUR	26	28	26	37	34	34	40	35	24
Dänemark	Mill. EUR	31	29	28	26	14	42	28	32	35
Finnland	Mill. EUR	8	6	8	8	7	8	6	9	7
Frankreich	Mill. EUR	240	265	277	186	325	260	262	217	221
Griechenland	Mill. EUR	4	4	2	4	2	3	4	4	4
Großbritannien	Mill. EUR	70	62	71	59	72	67	61	65	73
Irland	Mill. EUR	20	16	25	9	28	8	28	16	23
Italien	Mill. EUR	111	103	117	116	95	102	125	108	94
Niederlande	Mill. EUR	174	195	222	214	220	293	284	269	205
Österreich	Mill. EUR	50	50	51	48	47	61	51	54	47
Schweden	Mill. EUR	37	33	29	26	32	50	26	18	19
Spanien	Mill. EUR	69	71	67	75	83	76	73	66	61
Portugal	Mill. EUR	14	10	19	6	11	9	10	9	9
* Afrika	Mill. EUR	24	30	29	35	30	27	31	52	31
* Amerika	Mill. EUR	138	132	108	104	116	173	138	132	135
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	111	104	79	77	88	136	108	103	106
* Asien	Mill. EUR	147	162	172	167	168	177	230	197	210
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	26	33	29	25	32	30	19	25
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	7	6	4	7	3	6	4
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
	Einheit	2003	2004			2005				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 278	3 879	3 726	3 898	3 833	3 546	3 692	3 552	3 523
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 658	2 798	2 481	2 619	2 502	2 700	2 744	2 637	2 629

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN										
	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Insgesamt	Anzahl	399	456	380	557	437	564	547	456	613
davon										
* Unternehmen	Anzahl	129	130	121	156	118	139	135	112	139
* Verbraucher	Anzahl	155	201	172	242	190	283	254	210	331
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	100	113	79	138	118	129	145	120	129
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	16	13	8	21	11	13	13	14	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	121	118	160	123	137	113	97	91	98
HANDWERK ²⁾										
	Einheit	2003		2004				2005		
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	98,1	81,4	93,1	92,7	95,4	93,0	90,4	90,8	92,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	100,0	88,1	85,4	98,2	98,4	104,9	79,2	96,3	98,2
PREISE										
	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Verbraucherpreisindex	2000=100	104,3	106,0	106,3	105,9	107,0	109,0	109,0	108,5	109,4
VERDIENSTE ⁶⁾										
	Einheit	2003		2004			2005			
		Durchschnitt		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 531	2 571	2 599	2 578	2 575	2 502	2 576	2 608	...
* Männer	EUR	2 602	2 643	2 675	2 651	2 645	2 566	2 646	2 677	...
* Frauen	EUR	1 909	1 935	1 930	1 933	1 950	1 936	1 950	1 968	...
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	15,38	15,55	15,67	15,53	15,53	15,59	15,62	15,70	...
* Männer	EUR	15,79	15,95	16,09	15,92	15,91	15,99	16,01	16,09	...
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,96	17,05	17,20	16,99	17,02	17,05	17,12	17,23	...
angeleitete Arbeiter	EUR	15,12	15,45	15,60	15,45	15,40	15,44	15,42	15,51	...
Hilfsarbeiter	EUR	12,60	12,66	12,66	12,69	12,64	12,66	12,74	12,77	...
* Frauen	EUR	11,78	11,95	11,90	11,96	12,03	12,01	12,04	12,10	...
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,97	11,09	11,04	11,11	11,15	11,11	11,31	11,30	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,9	38,0	38,2	38,2	38,2	36,9	38,0	38,2	...
Arbeiter	h	37,9	38,1	38,3	38,3	38,3	36,9	38,0	38,3	...
Arbeiterinnen	h	37,3	37,3	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,4	...
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 686	3 775	3 785	3 779	3 769	3 788	3 815	3 843	...
* Männer	EUR	3 957	4 056	4 069	4 059	4 048	4 058	4 085	4 121	...
* Frauen	EUR	2 888	2 955	2 946	2 963	2 966	2 990	3 016	3 031	...
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 394	3 474	3 475	3 486	3 479	3 508	3 538	3 559	...
Männer	EUR	3 882	3 976	3 981	3 991	3 974	3 998	4 024	4 060	...
Frauen	EUR	2 821	2 879	2 872	2 885	2 891	2 915	2 941	2 954	...
* technische Angestellte	EUR	3 909	4 013	4 028	4 012	4 002	4 009	4 037	4 072	...
Männer	EUR	3 991	4 094	4 110	4 091	4 083	4 087	4 115	4 152	...
Frauen	EUR	3 136	3 245	3 233	3 259	3 250	3 275	3 301	3 322	...
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 780	2 878	2 857	2 871	2 900	2 911	2 921	2 929	...
* Männer	EUR	3 068	3 169	3 139	3 162	3 197	3 199	3 204	3 217	...
* Frauen	EUR	2 393	2 484	2 474	2 475	2 500	2 517	2 527	2 528	...
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 791	2 902	2 883	2 895	2 925	2 935	2 944	2 951	...
Männer	EUR	3 133	3 251	3 223	3 242	3 278	3 283	3 285	3 296	...
Frauen	EUR	2 401	2 495	2 487	2 486	2 512	2 524	2 534	2 533	...
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 246	3 329	3 324	3 327	3 336	3 355	3 372	3 392	...

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsgeld, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2003	2004					2005		
		Durchschnitt	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 290	113 247	112 230	112 953	113 075	114 728	115 919	116 079	116 272
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 598	12 465	12 674	12 524	12 154	12 506	12 650	12 259	12 162
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 550	9 938	10 424	9 987	9 817	9 525	9 438	9 491	9 205
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 142	90 844	89 132	90 442	91 104	92 697	93 831	94 329	94 905
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 069	107 347	106 093	106 903	107 220	109 173	110 271	110 514	111 055
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	92 487	93 937	93 207	93 794	94 260	94 486	95 392	96 140	96 722
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 582	13 408	12 886	13 109	12 960	14 687	14 879	14 374	14 333
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 221	5 899	6 137	6 050	5 855	5 555	5 648	5 565	5 217
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	84 173	87 584	86 538	87 046	87 280	89 470	92 709	93 280	94 232
Sichteinlagen	Mill. EUR	22 733	24 185	23 574	24 394	24 049	24 721	25 589	26 843	27 329
Termineinlagen	Mill. EUR	25 982	27 994	27 559	27 485	28 049	28 883	29 961	29 618	30 524
Sparbriefe	Mill. EUR	5 215	5 159	5 044	5 061	5 182	5 349	5 371	5 342	5 260
Spareinlagen	Mill. EUR	30 243	30 246	30 361	30 106	30 000	30 517	31 788	31 477	31 119
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	81 610	84 868	83 882	84 093	84 568	86 930	89 707	90 189	90 625
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	79 251	82 935	82 012	82 095	82 700	84 934	88 014	88 483	89 040
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 360	1 933	1 870	1 998	1 868	1 996	1 693	1 706	1 585
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 563	2 716	2 656	2 953	2 712	2 540	3 002	3 091	3 607

STEUERN

STEUERN	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 084	2 091	2 219	1 885	2 200	2 266	2 449	1 995	2 381
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	733	691	864	472	776	788	955	398	756
Lohnsteuer	Mill. EUR	636	573	426	431	753	765	423	422	742
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	121	115	-	-	317	329	-	-	314
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	5	7	267	- 45	- 30	- 28	328	- 24	- 18
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	51	7	147	10	15	19	13	7
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	20	7	12	37	37	9	12	32
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	9	-	-	26	25	-	-	18
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	41	158	- 72	6	- 2	176	- 25	- 7
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer-zerlegung	Mill. EUR	- 10	2	-	-	- 0	- 4	-	-	1
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 351	1 400	1 355	1 413	1 424	1 477	1 494	1 597	1 625
Umsatzsteuer	Mill. EUR	354	365	370	370	386	416	370	423	404
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	997	1 035	985	1 043	1 038	1 062	1 124	1 174	1 221
Zölle	Mill. EUR	96	123	132	123	122	139	159	148	138
Bundessteuern	Mill. EUR	108	86	90	216	- 55	85	93	61	64
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	66	44	39	185	- 84	56	36	35	35
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	32	44	24	21	22	49	19	21

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN

noch STEUERN	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Landessteuern	Mill. EUR	77	99	76	70	73	80	89	72	78
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	0	1	- 3	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	10	30	9	13	9	12	12	8	17
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	15	16	15	15	16	17	16	17	17
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	33	35	32	29	32	39	34	36	30
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	14	11	13	13	8	18	8	12
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	4	0	0	0	4	0	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	3	3	4	4	3	3

	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	350	404	355	447	367	445	438	415	406
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	4	5	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	97	99	91	107	107	90	92	110	112
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	240	291	251	323	245	346	333	288	280
sonstige Gemeindesteuern 1)	Mill. EUR	9	9	8	13	9	6	8	13	8

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

meinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	546	600	468	609	546	777	543	569	621
Gewerbesteuer (netto) 2)	Mill. EUR	160	230	227	262	173	257	291	220	216
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	247	230	127	191	222	379	130	193	251
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	28	11	31	29	41	17	28	28

	Einheit	2003	2004				2005			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Steuereinnahmen										
des Landes	Mill. EUR	577	598	603	483	591	582	535	470	578
Landessteuern	Mill. EUR	77	99	76	70	73	80	89	72	78
Anteil an den Steuern vom										
Einkommen	Mill. EUR	263	261	327	155	278	277	365	116	268
Lohnsteuer	Mill. EUR	220	205	131	133	269	272	130	129	263
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	2	3	113	- 19	- 13	- 12	139	- 10	- 8
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	14	22	- 0	72	3	1	4	4	2
Zinsabschlag	Mill. EUR	10	11	3	5	16	16	4	5	14
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	17	19	79	- 36	3	- 1	88	- 13	- 4
Anteil an den Steuern vom										
Umsatz	Mill. EUR	220	224	201	219	238	223	80	237	230
Umsatzsteuer	Mill. EUR	155	160	132	168	176	172	15	174	167
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	65	64	68	51	62	51	65	63	63
Anteil an der Gewerbe-										
steuerumlage	Mill. EUR	8	5	-	13	1	1	0	14	1
Gewerbesteuerumlage-										
Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	-	4	0	0	0	6	0
Gewerbesteuerumlage-										
Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	7	-	18	1	1	0	21	1
Gewerbesteuerumlage-										
Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	-	4	0	0	0	4	0

Steuereinnahmen des Bundes

des Bundes	Mill. EUR	1 116	1 071	1 113	1 107	955	1 217	1 294	1 078	1 236
Bundessteuern	Mill. EUR	108	86	90	216	- 55	85	93	61	64
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	317	314	379	206	331	359	420	168	321
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	683	667	644	673	677	772	782	835	850
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	5	-	13	1	1	0	14	1

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Dezember

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 2. Vierteljahr 2005 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200542

Abgekürzte Sterbetafel 2002/2004
Bestellnr.: A2033 200401

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2005 – Lehrerausbildung für allgemein bildende Schulen und berufsbildende Schulen nach dem Stand vom 1. Oktober 2005
Bestellnr.: B3023 200522

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im Oktober 2005
Bestellnr.: C2033 200506

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland Anfang Dezember 2005
Bestellnr.: C2013 200504

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe am 3. November 2005 – Vorläufiges Ergebnis
Bestellnr.: C3063 200500

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Oktober 2005
Bestellnr.: D1023 200510

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Elektrizitäts- und Wärmeherzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Oktober 2005
Bestellnr.: E4023 200510

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk im 3. Vierteljahr 2005 – Messzahlen für Umsatz und Beschäftigte nach Gewerbe- und Wirtschaftszweigen
Bestellnr.: E5023 200543

Bauhauptgewerbe im Oktober 2005 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200510

Ausbaugewerbe im 3. Quartal 2005 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Bestellnr.: E3023 200543

Ausbaugewerbe im Juni 2005 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (jährliche Erhebung)
Bestellnr.: E3033 200500

Bauhauptgewerbe im Juni 2005 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Totalerhebung)
Bestellnr.: E2033 200500

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2005
Bestellnr.: E1023 200510

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Oktober 2005
Bestellnr.: E1033 200510

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2005
Bestellnr.: F2033 200510

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im September 2005
Bestellnr.: G3023 200509

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Oktober 2005
Bestellnr.: G4023 200510

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im Oktober 2005
Bestellnr.: G1023 200510

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2004 – Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Empfänger/-innen am 31. Dezember 2004
Bestellnr.: K1023 200400

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Schulden der öffentlichen Haushalte sowie der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen am 31. Dezember 2004
BestellNr.: L3013 200400

Staats- und Kommunalfinanzen
– Jahresrechnungsergebnisse 2003
BestellNr.: L1033 200300

Realsteuervergleich 2004
BestellNr.: L2073 200400

Gemeindefinanzen – Jahresrechnungsergebnisse 2003
BestellNr.: L2013 200300

Gemeindefinanzen in Rheinland-Pfalz – Kassenergebnisse für das 3. Vierteljahr 2005
BestellNr.: L2023 200543

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im November 2005
BestellNr.: M1013 200511

CD-ROM: Finanzstatistische Daten nach Gebietskörperschaften (Ausgabe 2005)
BestellNr.: L2011C 200300

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Kreisfreie Städte und Landkreise
– Ein Vergleich in Zahlen
(Ausgabe 2005)
BestellNr.: Z2401 200500

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Gemeindeverzeichnis – Anschriften, Schlüsselnummern, Eckdaten für alle Gemeinden Deutschlands
(Stand: 31. Dezember 2004)
BestellNr.: A5015C 200400

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de steht die überwiegende Zahl der aktuellen Statistischen Berichte zum kostenlosen Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Touristik im Nassauer Land e.V. – Nassau

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.